



Hanns Dorfner:

Musik als Vielfalt des Denkens und Handelns

Über die erfreuliche Entwicklung der Bayerischen Musikschulen berichtete der VBMS-Präsident auf der Verbandstagung in Starnberg. **Seite 3**



Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer:

Realisierbare Lösungen für gemeindliche Praxis

Auf ein Vierteljahrhundert erfolgreicher Kommunalforschung blickt der Leiter des Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums zurück. **Seite 5**



Hans Schaidinger:

„Uns geht's so schlecht wie noch nie nach dem Krieg“

Über die Entwürfe zur Reform der Gewerbesteuer sprach der Regensburger Oberbürgermeister mit der Bayerischen Gemeindezeitung. **Seite 9**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geurtsried, den 24. Juli 2003

54. Jahrgang / Nummer 15/16



Als eifriger Leser der Bayerischen Gemeindezeitung outete sich Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beim CSU-Parteitag in Nürnberg am Stand der Bayerischen Gemeindezeitung. Anzeigerleiterin Viktoria Bertele und GZ-Vertriebsfrau Margit Spenninger hatten nichts anderes erwartet.

CSU-Parteitag in Nürnberg:

Starke Kommunen, starkes Bayern

Neues Umweltprogramm verabschiedet

„Damit Bayern stark bleibt, bedarf es ganz zentral einer Stärkung unserer Kommunen.“ Klar war das Bekenntnis des CSU-Vorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, beim 68. Parteitag der CSU in der Nürnberger Frankenhalle zu einer ausreichenden finanziellen Grundlage der Städte und Gemeinden. Schließlich erfüllten die Kommunen existenzielle Aufgaben.

„Ich weiß, wie es derzeit um viele Kommunen steht. Ich weiß um die Sorgen vieler Kommunalpolitiker, die Bibliotheken schließen müssen, die ihre Straßen nicht mehr unterhalten können und die zusehen müssen, wie ihre Schulgebäude verkommen“, betonte Stoiber. Um so mehr sei er froh, dass auf dem Parteitag ein gemeinsamer Beschluss hinsichtlich eines Sofortprogramms für Kommunen gefasst worden sei.

Deutliche Entlastung

Die CSU plädierte für die Senkung der Gewerbesteuerumlage

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

auf das ursprüngliche Niveau, eine höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer 2004 und eine deutliche Entlastung bei den Ausgaben. Grundsätzlich wird

Dringlichkeitsantrag zu Kommunalfinanzien

Die dramatische Finanzlage der Kommunen war Anlass für einen Dringlichkeitsantrag auf dem CSU-Parteitag, den namhafte Vertreter der Kommunalpolitischen Vereinigung und der Bayerischen Staatsregierung gemeinsam einbrachten. Das Papier erfuhr bei den Delegierten eine Zustimmung jenseits der 90 Prozent-Marke (vgl. S.10)

Stoiber zufolge eine Reform der Gewerbesteuer gefordert, die den Kommunen wieder stabile Einnahmen garantiert, ohne gleichzeitig die steuerlichen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu verschlechtern. Jetzt müsse Kanzler Schröder sein Versprechen einer Gemeindefinanzreform einlösen.

Im Alleingang handeln

Die CSU, so versprach Stoiber, werde für den Fall, dass der Bund trotz der Notlage weiter untätig bleibt, „im Alleingang handeln und 2004 für die Kommunen eine Auffanglösung vorgehen“, denn: „Wenn schon der Bund versagt, wird die CSU

wenigstens ihrer Verantwortung gegenüber den Kommunen gerecht!“

Mit Blick auf die Landtagswahl legte der mit einem Rekordergebnis von knapp 97 Prozent wiedergewählte CSU-Vorsitzende dem Parteitag ein Zwölf-Punkte-Programm vor. Darin nannte er die wichtigsten Ziele für die nächsten Jahre: Arbeit, Bildung und Sicherheit stehen im Zentrum von Stoibers Wahlprogramm.

Gemeinsame Verantwortung

Die gemeinsame Verantwortung von Staat und Bürger für die Zukunft der Schöpfung hat wiederum das neue CSU-Umweltprogramm zum Inhalt, das die knapp 1000 Delegierten mit großer Mehrheit verabschiedeten. Umweltminister Werner Schnappauf wertete das Programm mit dem Titel „Schützen und Gestalten“ am Rande des Parteitags als „großen Schritt“.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Ehrenpräsident Rainer Vorholz, Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Präsident Karl Herrmann (v. l.).

Bayerischer Städtetag 2003 in Bad Windsheim:

Blockadepolitik aufgeben!

Rund 300 Kommunalpolitiker erörterten Wege aus der Krise

„Krise der Städte - Krise des ganzen Landes“: Unter diesem Motto stand die diesjährige Verbandsversammlung des Bayerischen Städtetags in Bad Windsheim. Mit Blick auf die dramatische Finanzsituation der bayerischen Kommunen plädierte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, dafür, dass in Deutschland Reformen nicht nur diskutiert, sondern auch umgesetzt werden. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution (siehe Kasten) forderten die rund 300 Delegierten den Bund auf, die Gewerbesteuer zum 1. Januar 2004 zu reformieren.

des Unbehagens und der Ängstlichkeit. Dabei müsse das Glas wieder halb voll werden und nicht halb leer.

Den Gürtel enger schnallen

Die Bürger hätten durchaus verstanden, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss, meinte Deimer. „aber sie werden es nur akzeptieren, wenn alle den Gürtel enger schnallen, d.h. Un-“ (Fortsetzung auf Seite 4)

„Die allgemeine Verunsicherung muss durch eine verlässliche Politik abgebaut werden. Es kann nicht sein, dass jeden Tag neue Hiobsbotschaften verkündet werden, jeden Tag neue Pläne präsentiert werden, die am nächsten Tag widerrufen werden. Es darf nicht sein, dass sich

Regierung und Opposition um der Blockade willen blockieren. Das vergiftet das gesellschaftliche Klima. Damit wird das Vertrauen der Wirtschaft, aber auch das Vertrauen der Bürger in die Politik verspielt“, betonte Präsident Deimer. Geschaffen werde ein Klima

Beckstein dankt bayerischen Helfern

Das 1. Halbjahr 2003 war geprägt durch große Hitze verbunden mit extremer Trockenheit. Die Folge hätten verheerende Waldbrände sein können. Es gab sie aber nicht.

Zu verdanken ist dies mit der Luftrettungsstaffel Bayern, die mit ihren 330 ehrenamtlich tätigen Pilotinnen/Piloten und den Luftbeobachtern dafür sorgt, dass Feuerstellen frühzeitig geortet und Einsatzkräfte zeitnah an das Geschehen herangeführt werden können.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein dankte als Gastgeber eines Staatsempfangs auf der Nürnberger Kaiserburg den Ehrenamtlichen für ihren engagierten Einsatz zum Schutz von Natur, Mensch sowie Hab und Gut und betonte, dass durch deren Einsatz nicht nur große materielle Schäden verhindert wurden, sondern auch ein wesentlicher Beitrag für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung geleistet wurde. Das dies alles ehrenamtlich geschehe, sei, so Beckstein, der Luftrettungsstaffel Bayern zu verdanken.

In seiner kurzweiligen Laudatio hob der Minister hervor, dass die Luftrettungsstaffel in den 35 Jahren ihres Bestehens mit ihren derzeit 159 Flächenflugzeugen und 9 Hubschraubern rund 36 Millionen km über Bayern unterwegs gewesen sei; dies entspreche in etwa 900 Umrundungen der Erde oder fast 500 Flügen zum Mond. Die Luftrettungsstaffel Bayern fliegt dabei auf Anordnung der bayerischen Katastrophenschutzbehörden zum Selbstkostenpreis Kontroll- und Einsatzflüge nicht nur zur vorbeugenden Waldbrandbeobachtung, sondern führt auch Flüge bei Such- und Rettungsmaßnahmen, zur Verkehrsbeobachtung und Luftbildarchäologie, zur Gewässerüberwachung und zur Beförderung von Sachverständigen durch. „Die Luftrettungsstaffel ist aus der Katastrophenschutzplanung und dem Katastrophenschutz in Bayern nicht mehr wegzudenken - sie ist in der Bundesrepublik Deutschland beispielhaft“, so Beckstein. Hal.



OB Josef Deimer, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags.



Jeder Euro, den man in clevere und Aufmerksamkeit erregende Werbung für seine Kommune steckt, ist gut angelegtes, ertragreiches Geld, ist die Vorzimmerperle überzeugt. Anders mag man es mit der städtischen PR halten. Und gerade darauf zielt ein blamabler Stadtratsantrag von Fanny Bacher ab. **Seite 19**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bürokratieabbau bleibt Daueraufgabe	Seite 2
Herzog erhält Kommunalpreis des Gemeindetags	2
Zukunft der Schule - Schule der Zukunft	3
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Bürokratieabbau zügig vorantreiben	3
Lokales und regionales Fernsehen in Gefahr	4
Keine Minusrunde für bayerische Beamte	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiepolitik	6 - 8
Kommunalfinanzien	9 - 15
Visionen zur Agenda 2010	12
Aus den bayerischen Kommunen	16 - 20

Bürokratieabbau bleibt Daueraufgabe

Staatsregierung erwartet „soziale Dividende“ für Wirtschaft und Arbeit
Opposition will Vereinfachung „vom Kopf der Ministerien her“

Unter dem Motto „Deregulierung und Entbürokratisierung in Bayern - Vorfahrt für Unternehmergeist und Arbeitsplätze“ hat Staatskanzleiminister Erwin Huber in der letzten Regierungserklärung dieser Legislaturperiode dem Landtag die Ergebnisse der im letzten Dezember vom Kabinett eingesetzten Henzler-Kommission vorgelegt. Es geht um Aufhebung überflüssiger Gesetze, Verfahrensvereinfachung und damit Kostenersparnis für den Staat und für die Kommunen. All das werde „eine soziale Dividende durch Investitionen und Arbeitsplätze in Bayern“ zur Folge haben.

„Wir sehen die Verwaltung als wichtigen Standortfaktor für Bayern. Das ist eine neue Qualität im Staatsverständnis.“ So umriss der Minister das Thema, das dem neuen Landtag als Daueraufgabe auf die Tagesordnung gegeben wird. Der Schwerpunkt der Henzler Vorschläge (Prof. Herbert Henzler war leitend in der Unternehmensberatung Mc Kinsey tätig) zielt darauf ab, kleinen Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern „das Leben wieder leichter zu machen“, was andererseits auch den Kommunen zu Gute kommen werde. In diese Unternehmenskategorie gehören etwa 500.000 Unternehmen in Bayern, das sind 90% aller Betriebe. Sie sollen u.a. vom sozia-

len Kündigungsschutz entlastet und von Detailregelungen des Arbeitsstättenrechts befreit werden. Kleinunternehmer werden durch Abbuchungsverfahren für Steuern und Sozialabgaben von Aufwand und der steuerlichen Buchführungspflicht befreit.

Wirtschaftsrecht light

„Wirtschaftsrecht light“ heißt die Devise. Was die Staatsbürokratie betrifft, erwähnte Huber, dass in den letzten Jahren 1.500 Behörden, einschließlich Ministerien, reformiert und in ihren Strukturen gestrafft wurden. Bis 2007 würden 12.600 Stellen abgebaut, wobei Zuständigkeiten nach unten verlagert werden;

von den Ministerien auf die Regierungen, von diesen auf Städte und Landkreise.

Genehmigungen vereinfacht

Die Deregulierung betrifft auch das Baurecht und tangiert die Kommunen. Inzwischen wurden laut Hubers Bericht fast 104.000 Wohngebäude, also rund ein Drittel aller Projekte, genehmigungsfrei errichtet. Dies und das vereinfachte Genehmigungsverfahren habe den Bauherren mehr als 130 Millionen € an Gebühren und der örtlichen Verwaltung manchen Ärger erspart. Ziel ist nun, die Genehmigungsfreiheit auf gewerbliche Vorhaben bis zur „Sonderbaugrenze“ auszuweiten. Generalklauseln soll grundsätzlich der Vorrang vor Detailregelungen eingeräumt und Dokumentationen und Statistiken sollen soweit wie möglich reduziert werden.

Historischer Zentralismus

Landtagsvizepräsident Dr. Helmut Ritzer, der für die SPD eine eigene Entbürokratisierungskommission geleitet hat, dankte zwar der Henzler-Kommission, blieb jedoch unter Hinweis auf die zahlreichen Vereinfachungskommissionen der Staatsregierung seit 1967 skeptisch über den Erfolg. Bayern habe seinen historischen Zentralismus seit der Zeit des Grafen Montgelas vor bald 200 Jahren nicht verändert. Der Bürokratieabbau müsse am Kopf, also bei den Ministerien anfangen.

Mehr Vertrauen

Die Ritzer-Kommission hat die Abschaffung bzw. Zusammenlegung mehrerer Ministerien gefordert. „Nur wenn wir bereit sind, den Bürgerinnen und Bür-

gern, den Gemeinden und Landkreisen, den Vereinen und Verbänden mehr zuzutrauen und mehr zu vertrauen, können wir die Verhältnisse ändern. Wir brauchen eine neue Vertrauenskultur“ statt der „Misstrauenskultur“, forderte Ritzer.

Für die Grünen monierte Dr. Martin Runge die Zurückhaltung der Staatsregierung bei aktuellen Themen wie Änderung der Handwerksordnung und Abschaffung der Zwangsmemberschaft von Unternehmen in den Kammern.

Bürokratie-TÜV

Franz Meyer stellte sich für die CSU-Fraktion hinter das Konzept der Staatsregierung auf Grund des Henzler-Kommissionsberichts (mit rund 250 Seiten). Er verwies auf die gerade im Landtag anstehende Aufhebung von annähernd 200 veralteten Gesetzen. Ehrgeiziges Ziel bleibe der Abbau von 30% aller Vorschriften. Alle Normen müssten in einem „Bürokratie-TÜV“ auf den Prüfstand. In der Landtagsdiskussion spielten auch wieder die Vorwürfe an die Bundesbürokratie seitens der CSU und die Gegenwürfe von SPD und Grünen an die Adresse der Staatskanzlei ihre Rolle.

Sachnähere Fachbehörden

Als ein Beispiel, wenn auch nur einen „bescheidenen Schritt“ zur Entbürokratisierung bezeichnete zu einem anderen Tagesordnungspunkt Wissenschaftsminister Hans Zehetmair die Änderung denkmalrechtlicher Vorschriften. Gegen die Stimmen der Grünen und bei Enthaltung der SPD wird demnach das Erlaubnisverfahren für Veränderungen denkmalgeschützter Ensembles gelockert. Einige Zuständigkeiten des Landesamtes gehen auf „sachnähere Fachbehörden“ über. Die Neuregelungen sollen zur Entlastung der Kommunen beitragen.

In der Diskussion kam jedoch zum Ausdruck, dass das nicht immer zur Freude von Landräten und Oberbürgermeistern der Fall sein werde. Wie die Opposition

Herzog erhält Kommunalpreis des Gemeindetags:

Starker Fürsprecher der Gemeinden

Auszeichnung für den Vater des Konnexitätsprinzips
„Wer anschaffen will, soll auch bezahlen“

Der Bayerische Gemeindegtag verlieh seinen Kommunalpreis dem früheren Bundespräsidenten Professor Dr. Roman Herzog. In einer Feierstunde in den Räumlichkeiten des Presseclubs München e.V. würdigte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, die Verdienste Herzogs um die bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden.

Er war es, der das Konnexitätsprinzip, also den Grundsatz, dass die Gemeinden vom Staat die für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Finanzmittel erhalten müssen, populär gemacht hat. Im Herbst dieses Jahres wird das von den Kommunen seit langem geforderte Prinzip in der Bayerischen Verfassung verankert werden.

Roman Herzog hatte auf der Versammlung des Verbands der Bayerischen Bezirke in Weiden in der Oberpfalz im Jahre 1993 - soweit ersichtlich als erster - das Konnexitätsprinzip folgendermaßen umschrieben:

„Wir haben ein höchst fragwürdiges System der Finanzverteilung. Ein System, das auf einem völlig falschen Grundsatz aufbaut, nämlich darauf, dass der eine anschafft und der andere zahlt. Das darf nicht länger so sein. Es müssen nicht alle Sprichwörter, die von unseren Vorfahren überkommen sind, richtig sein; da bin ich der Letzte, der das so sieht. Aber das Sprichwort 'Wer zahlt, schafft an' hat zwei Vorteile: Es ist erstens richtig und zweitens kann man es auch von hinten her lesen: Wer anschaffen will, der soll gefälligst auch zahlen.“

In den darauf folgenden Jahren hat Herzog immer wieder die Umsetzung des Konnexitätsprinzips angemahnt. Nach und nach haben die politischen Entscheidungsträger im Freistaat die Richtigkeit und Notwendigkeit einer aufgabenbezogenen Finanzausstattung der Kommunen erkannt und akzeptiert. Die von den Freien Wählern zuletzt durchgeführte Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren hat dem Konnexitätsprinzip in Bayern den endgültigen Durchbruch beschert. Nur der Bund gibt sich noch zugeknöpft.

Der Bayerische Gemeindegtag würdigt durch die Verleihung seines Kommunalpreises die Verdienste außergewöhnlicher Persönlichkeiten um die kommunale Selbstverwaltung. Der - undotierte - Preis wird in unregelmäßigen Abständen verliehen.

sah auch Minister Zehetmair ein besonderes Problem in der Bodendenkmalpflege. Hier dürften die „normalen Hauslebauer“ nicht benachteiligt werden, forderte u.a. der SPD-Abgeordnete Friedrich Odenbach. Der Minister setzt auf Entscheidungen in Güterabwägung.

schaftsminister Hans Zehetmair, der nicht wieder als Abgeordneter kandidiert, dann auch nicht mehr Minister sein will und wird - was theoretisch möglich wäre.

Als letzte Amtshandlung hat der alte Landtag den Zwischenausschuss eingesetzt. Ihm gehören 31 CSU-Abgeordnete, 17 der SPD und 3 von den Grünen an. Laut Verfassung darf der Zwischenausschuss keine Gesetze und Volksbegehren beschließen oder Minister anklagen. Für die CSU-Fraktion hat Glück angekündigt, sie werde am 29. Juli nochmals zu einer Sitzung zusammenkommen, um über das Konzept der Staatsregierung für die Neuordnung der Beamtenbesoldung zu befinden. Der Ministerpräsident habe darum gebeten, auch wenn es zu keinem Landtagsbeschluss mehr kommen könne.

Der neue Landtag wird am 6. Oktober unter Leitung des ältesten Abgeordneten zur konstituierenden Sitzung mit der Wahl seines Präsidenten im Maximilianeum zusammenkommen. Die Wahl des Ministerpräsidenten soll einen Tag darauf und die Vorstellung seines Kabinetts am 14. Oktober stattfinden. **rm**

Personalspekulationen

Laut Mitteilung der Fraktionen kandidieren 50 der derzeit noch 204 Abgeordneten (im neuen Landtag nur mehr 180) nicht wieder; 27 aus der CSU, 19 aus der SPD und 4 von den Grünen. Unter den Ausscheidenden ist auch Dr. Herbert Kempfler, seit 1978 Abgeordneter des Stimmkreises Rottal-Inn und seit 1994 Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit. Für seine Nachfolge werden u.a. Thomas Kreuzer (Kempten) und Franz Meyer (Passau-West) genannt.

Die Personalspekulationen geizen im Vorfeld der Neuwahl. Nahezu sicher scheint es, dass der CSU-Fraktionsvorsitzende Alois Glück neuer Landtagspräsident wird. Fraktionsintern, so war zu hören, hat er sich schon in diesem Sinne geäußert. Für alle anderen Positionen, insbesondere im nächsten Kabinett Stoiber, schwirren viele Namen durch das Maximilianeum. Sicher scheint derzeit nur, dass Wissen-

Gemeinsam für Bayern arbeiten

„Stunde des Abschieds“ im alten Landtag und Ausblick auf das neue Parlament - Präsident Böhm zieht eine kritisch-positive Bilanz

Den Landtag nicht zu einem Ersatz-Bundestag werden zu lassen, sondern im Sinne eines modernen Föderalismus im Verhältnis zum Bund und im eigenen Land bis zu den Kommunen zu arbeiten - das haben Landtagspräsident Johann Böhm, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und SPD-Fraktionsvorsitzender Franze Maget als Sprecher für alle drei Fraktionen zum Abschied des alten und in Vorschau auf den am 21. September zu wählenden 15. Bayerischen Landtag seit der Verfassung von 1946 in der letzten, 122. Plenarsitzung des alten zum Ausdruck gebracht. Dies in Hoffnung auf die in Gang gekommene Diskussion um die verfassungsrechtliche Neugestaltung der Rechte von Bund, Ländern und Gemeinden, ergänzt durch den Abbau des „Exekutivföderalismus“ und der Bürokratie.

Böhm zeigte sich in seiner „Stunde des Abschieds“ - er kandidiert nicht wieder zum Landtag - kritisch und zuversichtlich. Es sei gelungen, die Parlamentsarbeit zu straffen und professioneller zu sein. Dafür gebe es neuartige Instrumente wie die Einführung von Enquete-Kommissionen, die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände und die Stärkung der Minderheitenrechte der Opposition. Zu bewahren bleibe die „Scharnierfunktion“ zu den Bürgern als „eine unserer Stärken“.

Konzentrieren auf das Wesentliche

Böhm hob hervor, dass viele Abgeordnete in der Kommunalpolitik stark engagiert seien. Doch müssten sich alle Landparlamente wieder mehr auf Themen konzentrieren, für die sie tatsächlich zuständig seien, so verführerisch es sein möge, sich mit aktuellen bundespoliti-

schen Fragen auseinander zu setzen. Das „schwächt auf Dauer unser Ansehen als Landtag“, weil der Eindruck entstehe, „als hätten wir kaum eigene Befugnisse und Zuständigkeiten“.

Gelebter Humanismus

Franz Maget forderte das Parlament auf, „mit aller Macht gemeinsam für Bayern“ zu arbeiten, was aber auch bedeute, dass die Opposition die Kontrolle der Staatsregierung wahrnehme, zumal sich gerade in Bayern die CSU als „Schutzmacht der Regierung“ verstehe. Auch Maget begrüßte Neuerungen wie die Enquete-Kommissionen und die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Verfassung. Angesichts der aktuellen bundespolitischen Auseinandersetzungen warnte Maget, „wer aus partei- oder wahltaktischen Gründen blockiert, wird verlieren“.

Ministerpräsident Stoiber dankte Böhm unter großem Bei-

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Otto Spangler
97355 Rüdental
am 3.8.
Bürgermeister Georg Dülz
95168 Marktlesauheim
am 25.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Josef Steinberger
94419 Reischbach
am 14.8.

Bürgermeister Georg Keller
83646 Wackersberg
am 15.8.
Bürgermeister Michael Hamann
95692 Konnersreuth
am 19.8.

Bürgermeister Otto Rothe
95632 Wunsiedel
am 19.8.

Bürgermeister Hans Roßmann
92709 Moosbach
am 21.8.

Bürgermeister Karl Pühl
95514 Neustadt a. d. Kulm
am 21.8.

Bürgermeister Erwin Filser
93359 Wildenberg
am 21.8.

Bürgermeisterin
Monika Meyer-Bühl-Wall
82234 Weßling
am 1.9.

Bürgermeister Olaf Hoffmann
88299 Grünbach
am 3.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Helmut Roch
91456 Diespeck
am 30.7.

Bürgermeister Alfons Satzl
84101 Obersüßbach
am 1.8.

Bürgermeister Alfons Biber
87739 Breitenbrunn
am 2.8.

Bürgermeister Franz Meier
83556 Griesstätt
am 9.8.

Bürgermeister Michael Volkert
87243 Bieberehren
am 10.8.

Bürgermeister
Reinhold Kestler
91460 Baudenbach
am 12.8.

Bürgermeister Ludwig Geiger
94533 Buchhofen
am 14.8.

Bürgermeister Josef Meier
92369 Sengenthal
am 14.8.

Bürgermeister Heinz Karg
93133 Burglengenfeld
am 19.8.

Bürgermeister Ulrich Willburger
82418 Seehausen a. Staffelsee
am 19.8.

Bürgermeister Franz Höcker
82418 Riegsee
am 30.8.

Bürgermeister Herbert Struch
97261 Güntersleben
am 3.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Friedrich Kropf
96152 Burghaslach
am 31.7.

Bürgermeister Bernd Steiner
89428 Syrgenstein
am 31.7.

Bürgermeister Helmut Himmler
92348 Berg
am 1.8.

Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
91052 Erlangen
am 4.8.

Bürgermeister Hendrik Dressel
96145 Seßlach
am 11.8.

Bürgermeister Walter Müller
97789 Oberleichtersbach
am 23.8.

Bürgermeister Josef Stadler
94258 Frauenau
am 26.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Jürgen Seitz
63796 Kahl am Main
29.7.

Bürgermeister Konrad Springer
85414 Kirchdorf a. d. Amper
am 26.8.

Bürgermeister Peter Kneipp
86854 Ambach
am 26.8.

Bürgermeister Walter Weber
97618 Heustreu
am 31.8.

Bürgermeister Wolfgang Zirngibl
94347 Ascha
am 1.9.

Bürgermeister Georg Schwarz
86476 Neuburg/Kammel
am 3.9.

ZUM 35. GEBURTSTAG
Bürgermeister Ewald Seifert
94363 Oberschneiding
am 5.8.

Bürgermeister Georg Huber
83122 Samerberg
am 29.8.



Festakt 26. Bayerischer Musikschultag und 30 Jahre Städtische Musikschule Starnberg (v.l.n.r.): Ludwig Jägerhuber, 2. Bürgermeister der Stadt Starnberg, Eva Szameitat, Vorsitzende des VBMS, Kultusministerin Monika Hohlmeier, Carl-Orff-Medaille-Träger und ehemaliger Bürgermeister sowie Ehrenbürger der Stadt Starnberg, Heribert Thallmair, VBMS-Präsident Landrat Hanns Dorfner (Passau) und Dr. Josef Höb, Ehrenpräsident des VBMS. Foto:Gangkofner

Bayerischer Musikschultag in Starnberg:

Musik als Vielfalt des Denkens und Handelns

Heribert Thallmair mit Carl-Orff-Medaille ausgezeichnet / Kultusministerin Hohlmeier will Zusammenarbeit von Schulen und Musikschulen fördern

Beim 26. Bayerischen Musikschultag in Starnberg wurde Heribert Thallmair, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Starnberg und langjähriger Präsident des Bayerischen Gemeindetages und des Bayerischen Senats, vom Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V. (VBMS) für seine besonderen Verdienste um die bayerischen Musikschulen mit der Carl-Orff-Medaille ausgezeichnet. Eingebettet in den Musikschultag war der 30. Geburtstag der Städtischen Musikschule Starnberg.

Zu diesem Jubiläum führte das Orchester der Musikschule unter der Leitung von Musikschulleiter Rüdiger Schwarz die „Wassermusik“ von Georg Friedrich Händel auf, denn Starnberg und das Wasser sind zur untrennbaren Einheit verbunden.

1973 gründete die Stadt Starn-

berg mit dem ersten Bürgermei- ster Heribert Thallmair die Städtische Musikschule. Schulleiter wurde der noch heute amtierende Rüdiger Schwarz. Mit 200 Schülern nahm die Musikschule ihre Arbeit auf, der Unterricht erstreckte sich auf Musikalische Früherziehung, Grundausbildung, Klavier, Blockflöte und Akkordeon. Heute lernen 750 Kinder und Jugendliche in der Musikschule ein Instrument, singen im Chor und musizieren gemeinsam. Die Städtische Musikschule Starnberg ist mit ihrer qualifizierten Musikausbildung zu einem wesentlichen Bestandteil des kommunalen Lebens geworden.

schulen herbeigeführt hat. In besonderen Maße habe er immer wieder auf die gesellschaftliche Verantwortung für das Heranwachsen der Kinder und für die Beachtung der Musik hingewiesen. In seiner Dankesrede forderte Thallmair erneut, in das Recht auf Bildung auch die musikalische Bildung miteinzubeziehen.

Bayerisches Kulturverständnis

„Musikschulen sind Träger eines tief empfundenen bayerischen Kulturverständnisses“, hob Kultusministerin Monika Hohlmeier in ihrer Festrede hervor. Sie forderte, die präventive Kraft in der Musik bewusster zu nutzen. Musik diene nicht nur der kulturellen Vermittlung, sondern auch einer größeren Vielfalt des Denkens und Handelns. Mit Blick auf die gegenwärtige Bildungsdebatte forderte Monika Hohlmeier, die Diskussion aufzugeben, Musik nur als schönes Nebenfach zu verstehen. Zum nächsten Schuljahr sollen in Zusammenarbeit mit den Musikschulen neue Formen des Musikunterrichts greifen. „Musikunterricht kann nicht einfach „abgearbeitet“ werden“, so Hohlmeier, „es kommt vielmehr darauf an, wie musikalische Bildung vermittelt wird.“ Wichtig sei das praktische Ausüben von

Musik, nur so könne Musik erfahren und Musikunterricht attraktiver werden. Hierbei würden auch „unkonventionelle“ Formen der Zusammenarbeit zwischen allgemein bildenden Schulen und Musikschulen helfen. Das Hofer Beispiel - eine Zusammenarbeit zwischen der Musikschule der Hofer Symphoniker und einer Grund- und Hauptschule in einem sozialen Brennpunkt - mache deutlich, wie effektiv Kindern und Jugendlichen Musikalität vermittelt werden kann, wenn die Akteure ihre Interessen und Aufgaben nicht an Kompetenzen ausrichten, sondern sie so vernetzen, dass am Ende ein stimmiges Konzept steht.

Kooperationen

Die Kultusministerin will deshalb Kooperationen von Musikschule und allgemein bildender Schule, die bereits in vielen Formen bestehen, weiter fördern: „Wir wollen die Vernetzung noch stärker herbeiführen und sie systematisch ausbauen“, erklärte sie. Den Ausbau der Ganztagsbetreuung dürften die Musikschulen nicht als Konkurrenz sehen, sondern als Chance, sehr viele Kinder und Jugendliche mit ihrer Arbeit zu erreichen. Die Staatsministerin kündigte an, bei der Nachmittagsbetreuung in Schulen eng mit den Musikschulen zusammenzuarbeiten. „Wir haben festgelegt, dass wir bei der Finanzierung der Ganztagsangebote die Musikschullehrer anerkennen und mitfinanzieren“, erklärte Hohlmeier. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass in jedem Ganztagsangebot in irgendeiner Form die Musikschule mit eingebunden ist, weil nicht zuletzt im nachmittäglichen Bereich neben der sinnvollen Freizeitgestaltung vor allem Präventivarbeit geleistet wird.

Bildungsauftrag

Unter dem Titel „Musik hilft überleben - überleben auch die Musikschulen?“ ging Prof. Urs Frauchiger, Bern, der Frage nach, wie Musikschulen auch in Zukunft ihren öffentlichen Bildungsauftrag effektiv und nachhaltig wahrnehmen können.

Dem Referenten zufolge ist es die vordringlichste Aufgabe der Musikschulen, das Handwerk zu vermitteln. Dabei dürfe aber keinesfalls die Begeisterung für das Erlernen eines Instrumentes auf der Strecke bleiben. Begeisterung, Leidenschaft und eigene

GZ Kolumne Luitpold Braun

mit Voll dampf... ge- nannte „Henzler-Kommission“ die Vorschläge zur Entbürokratisierung erarbeitet. Ende 2002 wurde sie erst eingesetzt. Sie bestand aus einer 12 Personen umfassenden Expertenrunde.

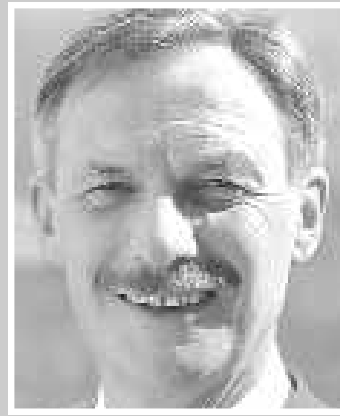
Das Neue daran war, dass sie sich auf die Perspektive der Unternehmungen beschränkte. Es sollte also nicht die Staatsverwaltung „entrümpelt“ werden, sondern den

Bürokratieabbau zügig vorantreiben

Betrieben sollten bürokratische Hindernisse weggewonnen werden. Von 3000 Unternehmern kamen Vorschläge. Es wurden Hearings durchgeführt, verschiedene Verwaltungen angehört und mit einzelnen Unternehmern gesprochen.

Allein die Tatsache, dass in einem halben Jahr der Bericht vorgelegt werden konnte, beweist das effektive Arbeiten. Betrachtet man die letzten Kommissionen auf Bundesebene, merkt man auch den positiven Unterschied.

Jetzt ist zunächst der künftige Bayerische Landtag aufgefordert, die Vorschläge umzusetzen, die in die bayerischen Kompetenzen fallen.



Aber auch der Bundesrat und der Bundestag werden sich mit den angedachten Änderungen befassen müssen. Würden auf Bundesebene die Verhältnisse gleich bleiben, wäre ein wesentlicher Teil der Kommissionsergebnisse nicht umsetzbar.

Im übrigen können die erfolgreichen Teilnehmer der Kommission sicher sein, dass niemand auf die Umsetzung ihrer Ergebnisse mehr wartet, als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den staatlichen und kommunalen Verwaltungen. Die bürokratischen Hürden belasten ja nicht nur den Bürger, sie quälen auch diejenigen, die sie im Alltag umzusetzen haben. Öffentliche Bedienstete sind oft viel unbürokratischer, als man gemeinhin glaubt. Nur, sie sind an die Vorgaben des Gesetzgebers, manchmal auch der staatlichen Oberbehörden, gebunden.

Ich bin sicher: Wenn jetzt die Vorschläge der Kommission zügig umgesetzt werden, dann nützt dies allen und bringt Bewegung in unser Land.

Luitpold Braun

Interpretation entstünden, wenn der Schüler den Klang seines Instrumentes in sich selbst erzeugt. „Den eigenen Ton findet man nicht, wenn man ihn nicht in sich findet“, betonte er.

Inspiration statt Perfektion

Es gehe in der Ausbildung von Musikschülern nicht um Perfektion, sondern um Inspiration und erlaubte Fehler. Den individuellen Ausdruck des Musikschülers zu formen, das Schöpferische im Kind zu wecken, sei ebenso wichtig wie das ordentliche und fehlerfreie Spiel. Gegen eine zu starke Reglementierung der musikalischen Ausbildung richtete sich Frauchigers Forderung nach mehr „genius touch“ in der Musikschule: „Eine Musikschule, durch die kein genialer Hauch weht, ist keine richtige Schule.“ Die Kultur einer Musikschule zeichne sich durch „Leidenschaft, Begeisterung und Humor“ aus.

Qualität vor Quantität

Mit Blick auf die Diskussion über Qualitätsmangel warnte Frauchiger vor Gleichmacherei und überzogener Schematisierung des Musikschulunterrichts. „Viele Stunden haben ihr eigenes Gesetz, das ein Betrachter von außen nicht sofort begreifen kann. Genau das aber ist ein wichtiges Kriterium für die Güte des Musikschulunterrichts“, bekräftigte der Referent. Dem häufig gehörten Ruf nach immer „mehr Musik“ entgegnete Frauchiger mit der Aufforderung an die Musikschulvertreter, besser die Qualität als die Quantität des Musikschulunterrichts zu prüfen und entsprechende Konzepte zu entwickeln.

Die Musikschule könne sich innerhalb einer Späßgesellschaft nur dann behaupten, wenn sie mehr und anderes bietet als bloßen Spaß, lautete Frauchigers Resümee. Die Gelegenheit hierzu sei günstig, da sich unter vie-

len Jugendlichen Überdross und Ratlosigkeit breit gemacht habe.

Vielfältiges Programm

Für die Musikschüler aus insgesamt 14 oberbayerischen und schwäbischen Musikschulen, die in der Schlossberghalle ein reiches und vielfältiges Programm mit Kompositionen der unterschiedlichsten Epochen rund um die Musik, Gesang und Tanz darboten, gilt dies freilich nicht. Breit spannte sich der Bogen der musikalischen Darbietungen vom Piano-Solo zum Symphonie-Orchester über Chöre und Volksmusik-Ensembles bis zur Ballettaufführung und zu Percussionformationen.

Harald Roßberger, Leiter der Musikschule Bad Tölz, moderierte den Konzertabend kompetent und unterhaltsam und lobte die Leistungen der Musikschüler, von denen fast alle bereits erfolgreich im Leistungswettbewerb „Jugend musiziert“ waren. **DK**

Zukunft der Schule - Schule der Zukunft

Von Werten und Wegen zur schulischen Weiterentwicklung Programm der CSU-Landtagsfraktion

„Zukunft der Schule - Schule der Zukunft“ lautet ein von der CSU-Landtagsfraktion vorgelegtes Programm, in dem die Ergebnisse schulpolitischer Überlegungen dargestellt werden. Dabei spielt die Frage „Was brauchen Kinder für ihre Entwicklung?“ eine zentrale Rolle. Laut Alois Glück, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, „müssen wir aufhören, auf die Schule nur durch die Brille der Erwachsenen zu blicken, die der Eltern, der Lehrer, der Wirtschaft und vieler anderer“.

Wie Glück bemerkt, wird ein Leitbild für Erziehung und Bildung an den öffentlichen Schulen benötigt. Die Bildungs- und Schulpolitik orientiere sich am Menschenbild der christlich-europäischen Wertetradition, weshalb gelte: Jeder Mensch ist einmalig. Für die Schule bedeute dies konkret: 1. Erziehung zur Selbstständigkeit und zur Eigenverantwortung - die Kinder müssen von der Überzeugung geprägt werden, dass das, was der Einzelne zumutbar selbst leisten kann, auch selbst leisten muss. 2. Erziehung zur Mitverantwortung für den anderen - für Kinder muss eine „Kultur des Helfens“ selbstverständliche Haltung für das ganze Leben werden.

Der Vergleich von Schulen in Bayern mit Schulen in anderen deutschen Ländern und insbesondere im internationalen Vergleich zeige, dass dort die besten Ergebnisse für Kinder erreicht

ernstgenommen werden und die Verantwortlichen zum Handeln bringen müsse: Das Schulwesen in Deutschland ist zu wenig durchlässig für Kinder mit schwierigem sozialen Hintergrund. Im internationalen Vergleich seien hierzulande die soziale Herkunft und die familiäre Beziehung zu Schule und Bildung für die Entwicklung der Kinder im Schulwesen weit überdurchschnittlich ausschlaggebend. Dies könne im Sinne der Chancengerechtigkeit nicht akzeptiert werden. Es handle sich dabei um eine der größten Herausforderungen in der Weiterentwicklung der Schulen. Dabei dürfe aber auch nicht vergessen werden, dass Bildung auch immer eine Bringschuld des Einzelnen darstelle.

Die Pflicht der Politik sei es, die angemessenen Rahmenbedingungen anzubieten, damit der Einzelne mit eigener Anstrengung seine Fähigkeiten entwickeln und die seiner Begabung entsprechenden Möglichkeiten entfalten könne. Glück: „Die gemeinsame Verpflichtung gilt den Kindern, allein ihre Belange haben Vorrang. Alle anderen Interessen sind nachrangig!“ **DK**

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

berg mit dem ersten Bürgermei- ster Heribert Thallmair die Städtische Musikschule. Schulleiter wurde der noch heute amtierende Rüdiger Schwarz. Mit 200 Schülern nahm die Musikschule ihre Arbeit auf, der Unterricht erstreckte sich auf Musikalische Früherziehung, Grundausbildung, Klavier, Blockflöte und Akkordeon. Heute lernen 750 Kinder und Jugendliche in der Musikschule ein Instrument, singen im Chor und musizieren gemeinsam. Die Städtische Musikschule Starnberg ist mit ihrer qualifizierten Musikausbildung zu einem wesentlichen Bestandteil des kommunalen Lebens geworden.

Berührungspunkte

In seiner Begrüßungsrede vor 250 Gästen aus Politik, Bildung und Kultur unterstrich der VBMS-Präsident und Passauer Landrat Hanns Dorfner die erfreuliche Entwicklung der gemeinsamen „Berührungspunkte“ von Musikschulinteressen und Zielsetzungen des Kultusministeriums. Vor dem Hintergrund der krisenhaften kommunalen Finanzsituation warnte er davor, die Einrichtung Musikschule in weniger guten finanziellen Zeiten „auf die Seite zu stellen“. Die Finanzmisere der Kommunen stelle „ein Riesenproblem“ dar,

Blockadepolitik ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Unternehmen und Arbeitnehmer müssen gleichmäßig belastet werden". Zugleich müssten von der Politik wieder Signale der Verlässlichkeit ausgehen, „damit sowohl die Wirtschaft wie auch jeder Bürger sich darauf einstellen kann und bereit ist, optimistisch die Zukunft anzugehen“.

Zusammenarbeit

Die Vollversammlung des Bayerischen Städtetags appellierte an alle politischen Kräfte hierzulande, über Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten, um Schaden von den Städten und Gemeinden dieses Landes zu wenden. Bislang waren die Städte in Deutschland schließlich Vorzeigebjekte im internationalen Wettbewerb. Deshalb gelte: Wer die Städte sträflich vernachlässigt, vernachlässigt die gesamte Republik.

Am Beispiel der Städte Würzburg, Erlangen, Hof und Sulzbach-Rosenberg wurden die Grenzen der Haushaltskonsolidierung anschaulich dargestellt.

Wie Würzburgs Oberbürgermeisterin Pia Beckmann aufzeigte, wurde der Haushalt 2003 von der Rechtsaufsichtsbehörde nicht mehr genehmigt. Im laufenden Jahr beträgt die Deckungslücke 21,5 Mio. Euro bei einem Verwaltungshaushalt in Höhe von 263 Mio. Euro und einem Vermögenshaushalt von 44 Mio. Euro. Selbst bei der Schließung sämtlicher kommunalen Einrichtungen (Schulen und Kindergärten ausgenommen) könnte die Stadt lediglich 17,5 Mio. Euro einsparen, schilderte Frau Beckmann. Bei einer solchen vollständigen Schließung blieben jedoch Personalkosten in Höhe von 18,8 Mio. Euro bestehen. Dieses Beispiel zeigt, dass eine Lösung des Finanzproblems aus eigener Kraft nicht mehr möglich ist.

Budgetierung

Erlangens Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis sieht im Bereich Budgetierung das größte Einsparpotenzial. Auf diese Weise konnte die Stadt ab 1997 massive Einsparungen bei den Sach-

kosten erzielen. Im Zuge der Personalkostenbudgetierung wiederum wurde eine enorme Produktivitätssteigerung pro Mitarbeiter erreicht. Laut Hof's Oberbürgermeister Dieter Döhla sind die Probleme seiner Stadt nicht annähernd mit einer Haushaltskonsolidierung zu lösen. Auch in Hof habe man alle internen Abläufe im Hinblick auf Optimierungsmöglichkeiten auf den Prüfstand gestellt. Dennoch sei der Haushalt der Stadt nicht genehmigt, Problemlösungen noch nicht gefunden. Grundsätzlich sieht Döhla in der Krise der Kommunen eine Gefahr für periphere strukturschwache Städte und Gemeinden. Das Problem sei, dass sich Investoren dann zurückhielten, wenn Leistungen zurückgefahren würden.

Raubritter-Methoden

„Wir hätten keine Probleme, wenn uns nicht quasi mit verfeinerten Raubritter-Methoden ständig alles abgenommen würde“, brachte Gerd Geismann, Ester Bürgermeister von Sulzbach-Rosenberg, die prekäre kommunale Situation unter großem Beifall der Delegierten auf den Punkt. Auch seine Stadt sei nicht mehr in der Lage, die Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Alle bislang getätigten Investitionen seien bedarfsorientiert und notwendig gewesen. Nicht zuletzt die Unverlässlichkeit der staatlichen Steuergesetzgebung habe dazu geführt, dass aufgrund einer daraus resultierenden Überschuldung das Tafelsilber veräußert werden müsse. Für den Bürger habe das Defizit in diesem Jahr konkret das Rückfahren aller freiwilligen Pflichtleistungen um die Hälfte, die drastische Reduzierung der Öffnungszeiten von Bädern, Stadtbibliotheken usw., die Streichung von Repräsentationsausgaben sowie die Verringerung der Vereinszuschüsse zur Folge.

Podiumsdiskussion

Aktuellen Bezug auf das Tagungsthema nahm auch eine Podiumsdiskussion, an der Bayerns Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, der Vizepräsident des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft, Prof. Thomas Bauer, Steuerexperte Prof. Dr. Lorenz Jarass, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, Dr. Barbara Hendricks, sowie die Kommunalpolitiker Oberbürgermeister Christian Ude, München, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg, und Erster Bürgermeister Rudolf Schupp, Berchtesgaden, mitwirkten.

Minister Faltlhauser betonte, dass es in der jüngsten Sitzung der Gemeindefinanzkommission zu einer grundlegenden Weichenstellung gekommen sei; aufgrund des vorgelegten Zahlenmaterials werden weder er als bayerischer Finanzminister noch das bayerische Kabinett das BDI-Modell verfolgen.

Entscheidung am 7. 11.

Staatssekretärin Barbara Hendricks erläuterte, dass sich die Gemeindefinanzkommission bis auf die Vertreter der Wirtschaft für das Modell der kommunalen Spitzenverbände ausgesprochen haben. Sie stellte den weiteren Zeitplan für die Gemeindefinanzreform vor: Am 13. August wird das Bundeskabinett den Gesetzentwurf beschließen. Das Gesetzgebungsverfahren wird zwischen September und November im Bundestag und Bundesrat stattfinden. Die Entscheidung im Bundesrat soll am 7. November fallen.

Der Gesetzentwurf soll Frau Hendricks zufolge aus einem sog. Zusammengesetzten Gesetz aus drei Artikeln bestehen. Der erste wird die Einnahmeseite,



Krise der Städte - Krise des ganzen Landes: Die dramatische Finanzsituation der Kommunen war Thema der Podiumsdiskussion beim Bayerischen Städtetag in Bad Windsheim. Unser Bild zeigt von links: Prof. Dr. Lorenz Jarass, Prof. Thomas Bauer, Dr. Barbara Hendricks, Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, Dr. Joachim Käppner, Christian Ude, Hans Schaidinger und Rudolf Schupp.

insbesondere die Gewerbesteuer, regeln. Artikel zwei beschäftigt sich mit der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, während in Artikel drei die sog. finanzverfassungsrechtlichen Schlussfolgerungen geregelt werden, sprich die Aspekte der Finanzverteilung.

Modell der Spitzenverbände

Sowohl die Ober-/Bürgermeister als auch Professor Jarass erläuterten das von den kommunalen Spitzenverbänden vorgelegte Reform-Modell; es sieht vor, die Wertschöpfung vor Ort bei der Steuerberechnung zu Grunde zu legen. In diese Basisdaten sollen auch Mieten, Pachten, Schuldzinsen und Leasingraten einfließen. Zugleich sollen die Freien Berufe zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Diese

können die Gewerbesteuer allerdings bei der Einkommensteuer absetzen, so dass sie unter dem Strich kaum belastet werden.

Lebensqualität sichern

Die Einführung einer kommunalen Betriebssteuer verstärke das Band zwischen Wirtschaft und Kommunen und erleichtere somit die Gewerbeansiedlung. Sie schaffe zudem Potenzial für Steuersatzsenkungen: Wer heute viel bezahlt, bezahle dann weniger. Wer heute ganz legal trotz guter Gewinne für Aktionäre und Vorstand wenig oder gar nichts bezahle, werde wieder an der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur beteiligt. Das Unternehmen „Kommune“ könne so der lokalen Wirtschaft wieder dauerhaft die dringend erforderlichen Aufträge erteilen und da-

mit Unternehmen, Arbeitsplätze und Lebensqualität sichern.

Werbung für BDI-Modell

Professor Bauer lehnte das Kommunalmodell wegen der damit verbundenen Substanzbesteuerung hingegen weiterhin entschieden ab und warb intensiv für das sog. Zuschlagsmodell zur Einkommensteuer des BDI/VCI. Dieses senke die Einkommensteuer, bevor der Zuschlag greife. Damit werde für viele Bürger sogar eine Steuerentlastung möglich. Auch werde den Bedürfnissen der an Betrieben reichen Großstädte konsequenter Rechnung getragen als bisher. Kurzum: Das Zuschlagsmodell von BDI/VCI zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage sei stabiler, bürgernäher und gerechter. **DK**

Resolution

Der Bund wird aufgefordert

- die Gewerbesteuer auf der Grundlage der Modelle der kommunalen Spitzenverbände zum 1.1.2004 zu reformieren,
- dem vom Bundesrat beschlossenen Sofortprogramm zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, insbesondere der Senkung der Gewerbesteuerumlage, zuzustimmen,
- die Zuständigkeit und die Kosten für langzeitarbeitslose erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger zu übernehmen,
- im Grundgesetz ein striktes Konnexitätsprinzip zu verankern.

Der Freistaat wird aufgefordert

- der Reform der Gewerbesteuer auf der Grundlage der Modelle der kommunalen Spitzenverbände und der Zuständigkeit des Bundes für die langzeitarbeitslosen erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger zuzustimmen,
- die kommunalen Schulen zu verstaatlichen, wenn die Kommunen entsprechende Anträge stellen. Soweit die Schulen in kommunaler Trägerschaft bleiben, müssen die Kosten für die Lehrer voll erstattet werden,
- die Kosten für Ganztagsangebote an Schulen zu übernehmen,
- die mediengerechte Ausstattung der Schulen maßgeblich mitzufinanzieren.

Bundestag und Bundesrat werden aufgefordert,

sich bei der Lösung der kommunalen Finanzkrise nicht gegenseitig zu blockieren. Das Vorziehen der Steuerreform darf die Kommunen nicht zusätzlich belasten. **DK**

Starke Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Ein „ehrgeizigeres Programm“ gebe es in ganz Deutschland nicht.

Anreize schaffen

Wo immer sachgerecht möglich, müssen demzufolge Anreize des Staates für eigenverantwortliches Verhalten (siehe Aktive Bürgergesellschaft) Vorrang vor staatlicher Regelung haben. Die Landschaftspflegeverbände seien ein erfolgreicher Weg der gleichberechtigten Zusammenarbeit von Landnutzern, Naturschützern und Kommunalpolitikern, von Bürgern und Staat. Diese gemeinsame Arbeit soll flächendeckend entwickelt werden.

Die Einschränkung des Flächenverbrauchs zähle zu den dringlichsten und zugleich schwierigsten Aufgaben des Umweltschutzes. Dabei seien Indikatoren für ein Monitoring zu entwickeln und nachahmenswerte Beispiele möglichst für alle Handlungsträger transparent zu machen. Ein „Bündnis zum Flächensparen“ soll alle Akteure so stark zu positiven Beiträgen anspornen, dass die von der Partei angestrebte Trendwende im Flächenverbrauch bald möglichst erreicht wird.

Ziel müsse die vorrangige Inanspruchnahme von ehemals genutzten und jetzt brachliegenden Flächen sein. Hier stünden die Kommunen und die Regionalen

Planungsverbände über die Bauleitplanung und die Regionalplanung in der Verantwortung.

In punkto Hochwasserschutz müssten alle Möglichkeiten wahrgenommen werden, den Kommunen und Bürgern bewusst zu machen, wie wichtig es ist, den Flüssen Raum zu geben. Zu verfolgen sei ein ganzheitlicher Ansatz, da der Flussoberlauf für das Gleichgewicht des Flusses auf der gesamten Fließstrecke von sehr hoher Bedeutung ist. Die Kommunen müssten bei der Ausweisung von Rückhaltebecken im ländlichen Raum unterstützt werden.

Qualitätsstandard halten

Was den Wasserschutz angeht, so soll der gute Qualitätsstandard für Bayerns Bürger unter der Verantwortung der Kommunen gehalten werden. Aktionen für sparsamen Umgang mit Trinkwasser seien flächendeckend zu initiieren. Die Brauchwasseraufbereitung benötige eine Imagekampagne. Der Anteil der Bevölkerung, der seine Abwässer über kommunale Kläranlagen entsorgt, sei nochmals zu steigern. Laut Programm sollen die noch nicht geklärten Abwässer (6 Prozent) baldmöglichst einer Klärung zugeführt werden. Dabei setzt die CSU je nach Situation auf Kleinkläranlagen ebenso wie auf kommunale Kläranlagen. **DK**

Lokales und regionales Fernsehen in Gefahr

Landkreistag fordert „Moratorium“ für die Absenkung des Teilnehmerentgeltes

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, fordert zusammen mit seinen Kollegen der anderen kommunalen Spitzenverbände die Unterstützung des lokalen und regionalen Fernsehens in Bayern.

Die Existenz des lokalen Fernsehens ist dramatisch in Gefahr. Das Bayerische Mediengesetz sieht bis Ende 2008 in Stufen eine Absenkung des Teilnehmerentgelts bis auf Null vor. Zellner: „Damit berücksichtigt das Gesetz nicht die schlechte wirtschaftliche Situation der Anbieter, auf die ich bereits im Jahr 2001 hingewiesen habe. Seitdem hat sich die Lage durch den Niedergang der Wirtschaft und die damit wegbrechenden Werbeeinnahmen weiter verschlechtert. Die Einsparmöglichkeiten bei den Anbietern sind bereits ausgeschöpft bzw. könnten nur mit einer gravierenden Verschlechterung der Programmqualität noch

erweitert werden. Deshalb ist eine Aussetzung der weiteren Absenkung des Teilnehmerentgelts notwendig.“

Identifikation der Bürger

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags weiter: „Lokales Fernsehen ist ebenso wie lokaler Hörfunk eine entscheidende Voraussetzung für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Kommunen sowohl im städtischen wie auch im ländlichen Bereich. In letzterem sind lokale Rundfunkprogramme zusätzlich ein unverzichtbares Mittel, um strukturelle Nachteile wenigstens teilweise auszuglei-

chen. Die Akzeptanz des lokalen Fernsehens kann aber nur weiter gesichert und ausgebaut werden, wenn es gelingt die noch bestehende Vielfalt und Qualität sowie die Lokalbezogenheit des Programmangebots zu erhalten und zu verbessern.“ Nach Zellers Auffassung muss die sich abzeichnende dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufgefangen und die wirtschaftliche Existenz des lokalen und regionalen Fernsehens erhalten werden. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags: „Das im bundesweiten Vergleich beispielhafte System des lokalen und regionalen Fernsehens, an dessen Zustandekommen die Bayerische Staatsregierung maßgeblichen Anteil hat, muss bestehen bleiben.“ **DK**

Landesversammlung des Arbeitskreises Öffentlicher Dienst (AK ÖD) in Landshut:

Keine Minusrunde für bayerische Beamte

„Es wird in diesem Jahr keine Minusrunde für die bayerischen Beamten geben“, dies versicherte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, bei der Landesversammlung des Arbeitskreises Öffentlicher Dienst (AK ÖD) in Landshut.

In seiner Rede machte Huber deutlich, dass auch der Freistaat Bayern angesichts der prekären Haushaltssituation nicht an Einsparungen vorbeikomme. Bei den Sparmaßnahmen würden jedoch die berechtigten Belange der Beamten berücksichtigt. Huber kündigte an, dass der Ministerrat mit einer Entscheidung im Juli noch vor den Landtagswahlen für Klarheit beim Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld sorgen werde.

Hervorragendes Zeugnis

Bayerns Beamten und Angestellten im Öffentlichen Dienst stellte Huber ein hervorragendes Zeugnis aus. „Bayern liegt bei der Pisa-Studie nicht nur deswegen an der Spitze, weil wir gute Schüler haben“. Die Leistungen des Öffentlichen Dienstes seien für Bayern ein wichtiger Standortfaktor.

tezeiten bei Beförderungen im mittleren Dienst zu verkürzen. In der Justiz komme es vor, das Beamte 20 Jahre nicht befördert würden. Waschler versprach, dass der AK ÖD auch in Zukunft die Reformen im öffentlichen Dienst konstruktiv kritisch begleiten werden.

Finanznot

Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer beklagte in seinem Grußwort die akute Finanznot der Kommunen. Zu den leeren Kassen habe auch der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst beigetragen. „Wir haben uns dabei einfach übernommen“, so Deimer. Der Präsident des bayerischen Städtetags mahnte eine Gemeindefinanzreform an und sprach sich dabei für die Revitalisierung der Gewerbesteuer aus. „Blödsinnig“ nannte er die vom Kanzler angekündigten kommunalen Konjunkturprogramme, „die nützen uns gar nichts“. **JK**

25 Jahre Kommunalwissenschaftliches Forschungszentrum in Würzburg:

Realisierbare Lösungen für gemeindliche Praxis

Festveranstaltung mit Dr. Günther Beckstein

Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer „Seele und Spiritus Rector des Instituts“

Auf ein Vierteljahrhundert erfolgreicher Kommunalforschung für die Praxis kann das Kommunalwissenschaftliche Forschungszentrum Würzburg zurückblicken. Untrennbar mit dem KWFZ ist der Name Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer verbunden. Wie Kommunalminister Dr. Günther Beckstein bei einer Festveranstaltung in der ehemaligen Bischofsstadt bemerkte, lebe das Institut durch Professor Knemeyer. Er sei Initiator und Gründer, Wissenschaftler und Wissenschaftsmanager in einer Person.

„Durch Forschen nur gewinnt man Vorsicht und Bedacht in allem Tun.“ Diese Worte des griechischen Dichters Sophokles mögen wohl richtig sein. Doch ist mit Vorsicht und Bedacht allein noch nichts gewonnen. Es bedarf vor allem einer Umsetzung der Erkenntnisse in die Praxis. In diesem Sinne wird im Kommunalwissenschaftlichen For-

Räume zur Verfügung gestellt. Die Mittel des Fördervereins sollten der Ergänzung der Personal- und Bibliotheksmittel des Lehrstuhls dienen.

Basis für Gespräche

In der Folgezeit wurden aus diesen Mitteln eine kommunalwissenschaftliche Bibliothek

jüngster Zeit haben ihn seine Wege sogar nach Russland geführt, wo er sich im Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen engagiert sowie eine Kurzfassung seines Lehrbuch-Klassikers „Bayerisches Kommunalrecht“ publiziert hat.

Wichtige Literatur

Was diese kleine Einrichtung KWFZ mit relativ bescheidenen Fremdmitteln in 25 Jahren im Bereich der kommunalrechtlichen Forschung für die Praxis geschaffen hat, ist in einer umfangreichen Sammlung von Publikationen dokumentiert. Hinzuweisen sei an dieser Stelle nur auf Folgendes: Neben dem Standardwerk zum Bayerischen Kommunalrecht (10. Auflage) stehen eine Vielzahl kommunalrechtlicher Monographien, Sammelwerke und Reihen. Von den Reihen sei verwiesen auf die Schriften zur öffentlichen Verwaltung (42 Bände), Kommunalrecht für die Praxis (38 Hefte), Kommunalrecht/Kommunalverwaltung, herausgegeben zusammen mit dem Vorstand des KWI Osnabrück und des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften in Kiel (42 Bände), Entscheidungen zum Kommunalrecht (5 Bände), Beteiligung an den Schriften zum Deutschen und Europäischen Kommunalrecht, Betreuung von ca. 80 kommunalwissenschaftlichen

Dissertationen, ca. 200 wissenschaftliche Aufsätze und eine Vielzahl von Vorträgen.

Juristische Probleme

Ein wichtiges Thema, mit dem sich insbesondere auch die Schriftenreihe „Kommunalrecht“ beschäftigt hat, waren die rechtlichen Probleme der wirtschaftlichen kommunalen Betätigung sowie in jüngerer Zeit auch das Thema „Kommunalunternehmen“.

In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die kommunale Daseinsvorsorge so stark verändert wie vorher nicht in Jahrzehnten. Alte Sicherheiten durch monopolistische Positionen der Kommunen in angestammten Tätigkeitsbereichen bestehen nicht mehr oder werden in Frage gestellt. Kommunalminister Beckstein nannte beim Festakt in diesem Zusammenhang die Einführung des Wettbewerbs bei Strom und Gas, den zunehmenden Wettbewerb im ÖPNV, die Beschränkung der Rolle der Kommunen in der Abfallwirtschaft durch das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sowie Bestrebungen, die kommunale Wasserversorgung dem Wettbewerb zu öffnen.

Lösungsmodelle entwickeln

„Die Idee ist für den Fortschritt der Wissenschaft so unentbehrlich wie die Tatsache.“ Ausgehend von diesem Zitat von F.A. Lange zeigte sich Beckstein überzeugt, dass es Prof. Knemeyer „an neuen und innovativen Ideen für zukünftige Forschungsprojekte nicht mangelt“. Auch die kommunale Praxis werde genügend Herausforderungen bereithalten, für die es Lösungsmodelle zu entwickeln gilt. **DK**

NürnbergMesse:

Stolze Bilanz 2002

Auch im Geschäftsjahr 2002 hat die NürnbergMesse ihre ehrgeizigen Umsatzziele deutlich übertroffen. Wie Bernd A. Diederichs, Geschäftsführer der NürnbergMesse, auf einer Pressekonferenz in der Norisstadt darlegte, stieg der Umsatz der NürnbergMesse GmbH um 14 Prozent auf rund 93 Mio. Euro (2001: 81,8). Im Konzern betrug der Umsatz sogar 95,2 Mio. Euro. Die stärksten Geschäftsfelder waren erneut die Segmente Eigen- und Partnerveranstaltungen und Gastveranstaltungen.

Im Konzern NürnbergMesse waren im Jahr 2002 durchschnittlich 205 Personen (2001: 168) beschäftigt. „Noch vor fünf Jahren erwirtschafteten durchschnittlich zwei Personen eine Million Euro Umsatz. Heute benötigen wir bereits drei. Der Aufwand für Akquisition und Betreuung von Ausstellern und insbesondere Besuchern ist nachhaltig gestiegen“, begründete Diederichs das Personalwachstum.

Zukunftsinvestitionen

In Investitionen für Programm, Geländeausbau sowie die Instandhaltung des bestehenden Geländes gingen bei der NürnbergMesse 2002 rund 48,8 Mio. Euro. Das entspricht rund 53 Prozent des Konzernumsatzes. Aufgrund von Zinsen, Tilgungen und Abschreibungen beträgt der Jahresfehlbetrag minus 1,6 Mio. Euro. „Ohne diese zukunftsorientierten Geländeinvestitionen wäre die NürnbergMesse ein hochprofitables Unternehmen“, betonte Diederichs.

Plus bei Ausstellern ...

Im Konzern NürnbergMesse ist die Zahl der Aussteller im vergangenen Jahr mit 22.373 um fünf Prozent gestiegen. Am Messeplatz Nürnberg wurden 21.337 Aussteller betreut. Erneut überdurchschnittlich um gut zwölf Prozent auf über 7.000 kletterte die Zahl der internationalen Aussteller. Damit hat der Anteil ausländischer Aussteller am Messeplatz Nürnberg mit 33 Prozent eine neue Bestmarke erreicht und belegt im europäischen Vergleich Platz acht unter den Messeplätzen mit der größten Internationalität.

... und verkaufter Fläche

„Diese Zahlen machen uns vor dem Hintergrund der schwierigen Wirtschaftslage natürlich ein wenig stolz“, meinte der Geschäftsführer. Noch aussagekräftiger für den Umsatz als die Zahl der Aussteller sei die verkaufte Ausstellungsfläche. Sie stieg ge-

genüber 2001 um 15 Prozent. Die Auslastung in Nürnberg liegt mit 15 deutlich über dem deutschen Durchschnitt, der zehn bis elf beträgt. Im Geschäftsjahr 2002 standen rund 150.000 m² Ausstellungsfläche in Hallen und Foyers des Messezentrums zur Verfügung.

Die Gesamtbesucherzahl kletterte 2002 auf rund 1,3 Mio. (2001: 1,2 Mio.), darunter 650.000 (2001: 550.000) Fachbesucher. Überproportional entwickelte sich auch hier die Zahl der internationalen Fachbesucher, die deutlich auf rund 124.000 (2001: 99.000) zulegte. Damit kam fast jeder fünfte Fachbesucher aus dem Ausland.

Platz sieben unter den Messestandorten

Gemessen am Umsatz belegt die NürnbergMesse Platz sieben unter den deutschen Messeplätzen. „Die Tatsache, dass die NürnbergMesse im Jahr 2002 in die Gemeinschaft Deutscher Großmessen (GDG e.V.) aufgenommen wurde, ist sichtbarer Beleg für unsere gute Entwicklung in den vergangenen Jahren“, erklärte Diederichs.

Umsatzwachstum

Für das laufende Geschäftsjahr 2003 erwartet der Konzern NürnbergMesse trotz einer unverändert schlechten Wirtschaftslage in Zentraleuropa ein kontinuierliches Umsatzwachstum auf knapp 100 Mio. EUR. Gleichzeitig realisiert die Gesellschaft Investitionen in den Ausbau und die Infrastruktur des Messegeländes in Höhe von rund 51 Mio. EUR. Im Zentrum der Kapazitätserweiterung, für die zwei Drittel der geplanten Investitionen veranschlagt sind, steht dabei der Rohbau für das neue Kongresszentrum CCN Ost. 31 Fachmessen stehen für 2003 im Veranstaltungskalender der NürnbergMesse, darunter 20 Eigen- und Partnerveranstaltungen sowie elf Gastveranstaltungen. Zwei Drittel der Veranstaltungen finden hierbei im Messezentrum Nürnberg statt. **DK**

genverantwortung und Effektivität betreiben zu können.

7. Damit sich deutsche Unternehmen möglichst früh mit wettbewerbsfähigen Produkten auf den internationalen Märkten etablieren können, bedarf es der Schaffung neuer unbürokratischer Spielräume/Freiräume. Durch die Einführung neuer Öffnungs- und Experimentierklauseln sollen die Betriebe in begründeten Fällen von Standards und Vorgaben abweichen dürfen.

8. Unvermeidbare Behörden-gänge und -beteiligungen sollen zunehmend von Zuhause oder dem Büro erledigt werden können. Dafür müssen auch die untergeordneten Gebietskörperschaften beim umfassenden Einsatz des eGovernment unterstützt werden.

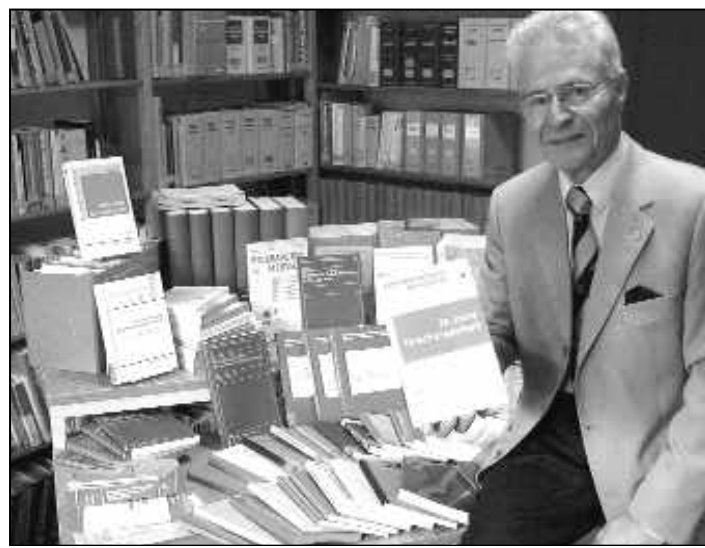
9. Zur Unterstützung der vor genannten Punkte soll ein zentrales Organ im Sinne einer Petitionsstelle geschaffen werden. Diese soll sowohl Anträge und Verbesserungsvorschläge von Organisationen, Verbänden und Unternehmen wie auch von betroffenen Kommunen und deren Bürgern bearbeiten und auswer-

ten. Ähnlich dem Beauftragten für Datenschutz ist ein „Beauftragter für Entbürokratisierung“ zu installieren (zeitlich begrenzt).

10. Schaffung eines „Bürokratie-TÜV“- (analog „PÜV = Politischer Überwachungsverein als „Qualitätskontrollstelle“ für Politiker). Durch dieses Instrument soll eine regelmäßige und ständige Überprüfung von existierenden Regelungen bzw. Regelungen der politisch Tätigen geschaffen werden. Standards reduzieren, d. h. vereinfachen und abbauen bedeutet Kreativität aufbauen und optimieren.

Nach 24 Jahren Bürgermeistertätigkeit habe ich bei den jüngsten Wahlen nicht mehr kandidiert. Trotz zunehmender Bürokratie habe ich den Glauben an echte Reformen noch nicht verloren. Neuerdings versuche ich auf Seiten der Wirtschaft als Geschäftsführer und Berater bei einem Deutschen Marktführer Politikvertreter für diese Daueraufgabe zu gewinnen.

Hans Eichhorn
Dipl.- Verwaltungswirt (FH)
Asbach-Bäumenheim



Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer im Kreise seiner 'geistigen Kinder', zahlloser kommunalwissenschaftlicher Standardwerke, die den Gelehrten weit über Bayerns Grenzen hinaus zu einem gesuchten Fachmann und Berater gemacht haben.

schungszentrum nicht etwa geforscht, nur um den Wissensdurst des ehrgeizigen Wissenschaftlers zu stillen, sondern das Motto lautet: Betreiben von Grundlagenforschung unter dem Aspekt der Praxisrelevanz.

Kontakte zur Praxis

Als Vorstand des in Würzburg neu geschaffenen Instituts für Verwaltungsrecht (ab 1970) beschäftigte sich Franz-Ludwig Knemeyer sehr bald in einem besonderen Schwerpunkt mit der Kommunalforschung und baute Kontakte zur Praxis - dem Staatsministerium des Innern sowie den Kommunen und ihren Spitzenverbänden - auf. Auf Initiative dieser Spitzenverbände war er bestrebt, zur Untermauerung und Außendokumentation der Arbeiten ein kommunalwissenschaftliches Institut nach dem Vorbild des Münsteraner KWI zu schaffen.

Spezielle Rechtsform

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre ließ die bayerische Wissenschaftspolitik jedoch keine Neugründungen von Instituten zu. So wurde in Absprache mit Kultusminister und Hochschulreferent sowie auf maßgebliches Betreiben des Kanzlers eine (Rechts-)Form gefunden, die weder eine Neugründung eines Instituts darstellte noch geplanten Zusammenlegungen mehrerer öffentlich-rechtlicher Institute entgegen stand.

Unter der offenen Bezeichnung Kommunalwissenschaftliches Forschungszentrum wurde eine „Firma“ gefunden, unter der nach außen in die Praxis hinein ein wirksames kommunalwissenschaftliche Forschung betrieben werden konnte. Dem Forschungszentrum wurden zwei

und ein umfangreiches Archiv aufgebaut, das schwerpunktmäßig der Erfassung der kommunalwissenschaftlichen Zeitschriftenliteratur und auch der grauen Literatur dient.

Seit 25 Jahren bildet das Forschungszentrum gewissermaßen die Basis für Gespräche zwischen Wissenschaft und Praxis. Deren Ergebnisse haben auch ihren Niederschlag in der Kommunalgesetzgebung des vergangenen Vierteljahrhunderts gefunden und die Entwicklung des Kommunalrechts in Bayern entscheidend mit beeinflusst.

Entwicklungshilfe ...

Der Einfluss auf das Kommunalrecht hat jedoch nicht an den bayerischen Grenzen halt gemacht. Da es nur wenige vergleichbare Einrichtungen in Deutschland gibt, haben Knemeyers Exportbemühungen, die Vorteile der bayerischen Kommunalverfassung deutlich zu machen, auch in die neuen Bundesländer hineingewirkt. Bereits vor der Wende nahm Prof. Knemeyer erste Kontakte zur Kommunalverwaltung in der damaligen DDR auf, um unmittelbar nach der Wahl der ersten demokratisch gewählten Regierung als einziger Wissenschaftler aus dem Westen in eine Kommission zur Ausarbeitung einer DDR-Übergangs-Kommunalverfassung berufen zu werden.

... auch in Osteuropa

Das besondere Engagement des Wissenschaftlers gilt ohnehin den osteuropäischen Staaten, wo er bereits Ende der 70er Jahre zunächst in Polen, später auch in der Tschechoslowakei und in Ungarn Vorträge zum Verwaltungsrecht, insbesondere zum Kommunalrecht, hielt. In

Meine Meinung ...

Richtlinien in Bund, Land und EU für weniger Bürokratie

Mehr Freiräume für Kreativität und Innovation

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland rangiert mittlerweile als Schlusslicht in Europa; in der Regulierungsdichte ist Deutschland jedoch Spitzenreiter. Die Flut und Unüberschaubarkeit an Regulierung und Reglementierung hemmt die Eigeninitiative der Bürger und aller Segmente der Wirtschaft. Nur über eine rasche und tiefgreifende Entbürokratisierung können die gemehnten Potenziale unserer Ökonomie und die schwindende Leistungsbereitschaft unserer Bürger wieder entfesselt werden. Die Bürokratiebefreiung muss nicht nur alle staatlichen (nationalen) Ebenen erreichen; auch Kommunen sind angehalten Ortsrecht regelmäßig zu überprüfen und transparenter zu machen.

Folgende Maßnahmen sollen daher unverzüglich und nachhaltig in Angriff genommen werden:

1. Damit Investitionen und Innovationen nicht unnötig von Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren behindert wer-

waltungsvorgänge und Verfahren beschleunigt werden. Zudem bedarf es einer höheren Transparenz und Dienstleistungsbereitschaft aller Behörden.

4. Gesetze und Vorschriften, die Bürger und Unternehmen belasten, sollen vermehrt zeitlich befristet werden, um sie auf ihre Notwendigkeit und aktuelle Richtigkeit hin zu überprüfen.

5. Überreglementierte Vorschriften der Europäischen Union bedeuten zusätzliche Kontrollmechanismen und bürokratische Hindernisse. Die EU muss sich auf Rahmenvorgaben beschränken - mehr Gestaltungsfreiräume für Behörden und Politiker „vor Ort“ bedeuten mehr Motivation für Selbstverwaltung und heimatnahe Gestaltung!

6. Zur Erfüllung der Kernaufgaben eines Landes - der Inneren Sicherheit, des Schul- und Hochschulwesens, der Infrastruktur und des Sozialsystems - bedarf es einer klareren Kompetenzabgrenzung zwischen den staatlichen Ebenen. Ferner soll der Bund und das Land Bayern für die Rückgewinnung entscheidender Gesetzgebungskompetenzen der Länder eintreten, um die Entbürokratisierung zukünftig und nachhaltiger in größerer Ei-



den, bedarf es eines generellen Rückzugs bürokratischer Instanzen und des Abbaus von überflüssigen bürokratischen Beteiligungen bzw. Regelungen.

2. Bei der Änderung von Vorschriften muss die Beweislast umgekehrt werden. Zukünftig soll nicht mehr derjenige Beweis führen, der Regulierungen vereinfachen oder abschaffen will, sondern derjenige, der neue Vorschriften fordert.

3. Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und zahlreiche Ver-

Jährlich werden rund 140.000 Tonnen Kohlendioxid eingespart:

Fernwärme ab 2005

Spatenstich für moderne GuD-Anlage im Nürnberger Heizkraftwerk Sandreuth

Die Bauarbeiten zur Umrüstung des Heizkraftwerkes Sandreuth (HKW) auf die moderne Gas und Dampf-Technologie (GuD) können beginnen. Am 2. Juni setzten der N-ERGIE Aufsichtsratsvorsitzende und Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly sowie die N-ERGIE Vorstandsmitglieder Herbert Dombrowsky, Werner Juling und Ewald Woste den 1. Spatenstich.

Auf einer Fläche von 50 mal 50 Metern entsteht das neue GuD-Gebäude, das an das bestehende HKW angebaut wird und sich architektonisch in die Umgebung integriert. Als Generalunternehmer verantwortet die ALSTOM Turbinen GmbH, Nürnberg, die Lieferung, Installation und Inbetriebnahme von zwei Gasturbinen plus Abhitze-Kessel inklusive der zugehörigen Leittechnik, die Umrüstung eines bestehenden Kohlekessels auf Gasfeuerung sowie die erforderlichen gebäudetechnischen Neubauten. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt rund 90 Millionen Euro.

Modernisierung

Die Modernisierung sieht vor, dass das Prinzip des bisherigen Heizkraftwerkes, die gleichzeitige Strom- und Wärmegewinnung, weiterhin bestehen bleibt. Eine langfristige Sicherung der Fernwärmeversorgung im Stadtgebiet Nürnberg wird durch den Einsatz der neuen GuD-Technik erreicht. Rund 25 Prozent der Nürnberger Bevölkerung werden derzeit über das 270 Kilometer lange N-ERGIE Fernwärmenetz bei einer Abgabe von 1.252 Millionen kWh mit Wärme versorgt.

Wirtschaftlichkeit

Eine wichtige Voraussetzung

Anwendertage Biomasse

Am 20./21. November findet bereits zum 12. Mal eine der wichtigsten Anwendertagungen zum Thema „Biomasse“ in Kloster Banz, Bad Staffelstein statt. Veranstalter ist das OTTI Energie Kolleg. Das Programm sowie weitere wichtige Infos zum Symposium „Energie aus Biomasse - Biogas, Flüssigkraftstoffe, Festbrennstoffe“ finden Interessierte unter: <http://www.otti.de/pdf/fuchssteiner/buh1802.pdf>.

RENEXPO 2003:

Weltweite Resonanz

Einen großen Erfolg erzielte die „RENEXPO 2003“, früher „Bayern Regenerativ“, Kongressmesse für erneuerbare Energien, Bauen der Zukunft und Altbauanierung. 2.200 Besucher aus über 30 Nationen trafen sich im Juni in der Messe Augsburg.

Mit 1.800 Fachbesuchern haben wir einen großen Erfolg erzielt - vor allem im Hinblick auf die Internationalität. Mit Besuchern aus Bulgarien und Kuba, Indien und den USA, Malta und Tunesien - um hier nur einige zu nennen - lag der Anteil an internationalem Publikum bei rund 20 Prozent“, freut sich Johann-Georg Röhm, Geschäftsführer des Messeveranstalters erneuerbare energien GmbH.

Schwerpunkte bei Ausstellung und Tagungen lagen auf den Sektoren Biogas, Pflanzenöl, Wasserkraft sowie Bauen und Sanieren. „Das vorherrschende internationale Interesse an diesen Themen lässt hoffen, dass sich die „Biogas International“ und die „Hydropower“ weltweit als Leitveranstaltungen etablieren“, äußert Röhm. Auch beim Pflanzenölforum seien die über 150 Zuhörer nicht nur aus Deutschland, sondern beispielsweise aus den Niederlanden, aus Belgien

für die Wirtschaftlichkeit dieser Umrüstung ist die Förderung des Umbaus über das Kraft-Wärme-Kopplungs-Modernisierungsgesetz. Nach diesem Gesetz werden Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen bis 2010 gefördert, die vor 1990 in Betrieb gegangen und bis 2005 modernisiert worden sind. Die Nürnberger Anlage ist bundesweit eine der ersten von insgesamt 18 Anlagen, für die nach dem neuen Gesetz der Zuschussantrag gestellt wird. Nach dem derzeitigen Zeitplan erfolgt die Inbetriebnahme im ersten Quar-

tal 2005. Zur Heizperiode 2005/2006 soll die neue GuD-Anlage Sandreuth den Dauerbetrieb aufgenommen haben.

Langfristiger Liefervertrag

Bereits im März dieses Jahres hat die N-ERGIE mit der Ruhrgas AG einen langfristigen Erdgaslieferungsvertrag für das Heizkraftwerk Sandreuth geschlossen. Mit diesem Vertrag sichert sich die N-ERGIE den sicheren und wettbewerbsfähigen Bezug von Erdgas für das Heizkraftwerk in jährlicher Höhe bis zu 2.600 Millionen kWh.

Zur Verdeutlichung, um welche Erdgasmengen es geht: Mit dem Erdgas, das das Heizkraftwerk in einer Stunde beziehen kann, könnten 19 Einfamilien-

häuser ein Jahr lang versorgt werden.

Verstärktes Leitungsnetz

Das Gas wird über eine neu zu bauende Erdgasleitung zum HKW Sandreuth transportiert. Die 17 Kilometer lange Erdgasleitung verläuft zwischen Reutles und Nürnberg-Sandreuth. Diese Leitung verstärkt auch das innerstädtische Leitungsnetz der N-ERGIE erheblich und trägt zur Versorgungssicherheit der Kunden bei.

Mit der Umrüstung des Heizkraftwerkes Sandreuth trägt die N-ERGIE auch zur Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes (CO₂) in Nürnberg bei. Rund 140.000 Tonnen weniger CO₂ wird die neue Anlage emittieren und der Schwefeldioxidausstoß wird jährlich um rund 200 Tonnen auf fast Null gesetzt. Gleichzeitig wird die Stromproduktion mit der neuen Anlage von derzeit 440 Millionen Kilowattstunden verdoppelt.

Wie sieht die Stromerzeugung der Zukunft aus?

Der Wettbewerb im Strommarkt hat zu einem Einbruch der Erlöse bei den Stromerzeugern geführt. Eine angesichts notwendiger Kraftwerkserneuerungen ab 2007 schwierige Situation, so Prof. Dr. Ulrich Wagner, TU München, bei der Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW, in Schweinfurt. Über die Stromerzeugung der Zukunft diskutierten beim Energie-Forum neben Wagner Stromerzeuger, Kraftwerkshersteller und ein Vertreter der Deutschen Energie Agentur.

Ausgehend von einer schrittweisen Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2021 hat Wagner verschiedene Szenarien für die Stromerzeugung der kommenden 20 Jahre entwickelt. Alle Szenarien gehen davon aus, dass die Strompreise wieder

steigen müssen, will Deutschland in seiner Stromerzeugung weitgehend autark bleiben. Andernfalls bleiben notwendige Investitionen aus.

In seinem Szenario kommt Wagner zu dem Ergebnis, dass der Ausbau von Windkraftanla-

gen vor allem die Steinkohle verdrängt. Dafür sei mit einem starken Zubau von so genannten Gas- und Dampfturbinenkraftwerken (GuD) zu rechnen. Diese können unter den veränderten Bedingungen am wirtschaftlichsten betrieben werden.

Teure Windkraft

Mit dem Ausbau der Windkraft steigen jedoch die Erzeugungskosten. Dies liegt an der verringerten Ausnutzung der konventionellen Kraftwerke und dem vermehrten Bedarf an Regelenergie und Reserveleistung. Trotz Ausbaus der Windkraft muss der vorhandene Kraftwerkspark auf Vordermann gebracht werden, denn pro 1 MW Windkraft müssen 0,9 MW Ersatz in einem konventionellen Kraftwerk zur Verfügung stehen, ergänzt der VBEW.

Fragwürdige Förderung

Wagner hinterfragt auch die derzeitigen Fördermechanismen: „Die heutige Förderung der erneuerbaren Energien stellt nicht die effektivste Form des Umweltschutzes dar.“ Würde die Förderung anstatt in Windkraftwerke in die Effizienzsteigerung konventioneller Kraftwerke gesteckt, ließen sich, so Wagner, dieselbe Menge an Brennstoff und sogar noch mehr Emissionen einsparen.

Luftballone fliegen für guten Zweck

E.ON Bayern unterstützt „1000 Herzen für Kronach“

Kronach. Eine besondere Überraschung erwartete die Besucher des großen Sommerfestes im Landesgartenschau-gelände Kronach. Beim Hauptponsor E.ON Bayern konnte neben dem Kinderzelt jeder für einen geringen Beitrag am Luftballon-Wettfliegen teilnehmen und wurde sofort mit einer kleinen Tüte Popcorn belohnt. E.ON Bayern verdoppelte den Erlös und stellt die Gesamtsumme der Aktion „1000 Herzen für Kronach“ zur Verfügung.

Aber auch der Gewinner, dessen Luftballon am weitesten flog, durfte sich auf einen attraktiven Preis freuen: Ein Tag mit allem Drum und Dran im Günzburger Legoland Deutschland inklusive Fahrtkosten, Eintritt und Verpflegung für die ganze Familie.

Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu:

Startschuß für Bayerischen Energiepreis 2004

Auszeichnung für modernste Energietechnologien

Startschuß für den Bayerischen Energiepreis 2004: Das Bayerische Wirtschaftsministerium schreibt gemeinsam mit dem Bayerischen Energie-Forum wieder den Bayerischen Energiepreis aus. Für Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu ist der Preis die ideale Gelegenheit, innovative Ideen im Bereich der Energietechnik zu präsentieren: „Innovationen sind Türöffner für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Sie ermöglichen technischen Fortschritt und sind unverzichtbar, um sich von Wettbewerbern abzuheben.“

Wiesheu hob hervor, dass in Bayern die Förderung neuer Energietechnologien seit fünfundsiebenzig Jahren zu den Kernpunkten der Energiepolitik zähle. Neben den bestehenden Energieförderprogrammen gebe dabei seit fünf Jahren der Bayerische Energiepreis zusätzlichen Auftrieb. Ziel sei die Unterstützung und Verbreitung neuer Ideen und Technologien. „Mit bisher rund 320 Bewerbungen von hohem fachlichem Niveau, darunter neueste High-Tech-Entwicklungen mit zum Teil internationaler Ausstrahlung, haben wir dieses Ziel erreicht. Die in den bisherigen drei Ausschreibungen ermittelten drei Hauptpreise und gut zwei Dutzend weitere ausgezeichnete Projekte unterstreichen die hohe Innovationskraft Bayerns bei den neuen Energietechniken“, erklärte der Minister.

Der Bayerische Energiepreis ist mit insgesamt 25.000 Euro Preisgeld dotiert. Interessenten können sich beim Bayerischen Energie-Forum über Teilnahmebedingungen und Verfahren informieren: Bayern Innovativ GmbH, Bayerisches Energie-Forum, Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg, Tel.-Nr.: (0 18 05) 35 70 35, E-mail: energie@bayern-innovativ.de, Internet: www.bayerisches-energie-forum.de.

Biowärme für Dinkelsbühl

Für den Bau eines Biomasse-Heizwerks hat Landwirtschaftsminister Josef Miller den Stadtwerken Dinkelsbühl einen Zuschuss von bis zu 974.000 Euro zugesagt. Die Gesamtkosten liegen bei 3,3 Millionen Euro. Das Heizwerk soll mehrere Schulgebäude, das Kreiskrankenhaus, ein Seniorenheim, einen Kindergarten und ein Hallenbad mit umweltfreundlicher Biowärme versorgen. Die Heizkessel haben eine Leistung von 400 bzw. 2150 Kilowatt. Sie werden mit Holz-hackschnitzeln befeuert.

Mit der Entscheidung für Bio-

masse setzt Dinkelsbühl laut Miller ein wichtiges Zeichen. Die Stadt habe Vorbildfunktion bei der klima- und ressourcenschonenden Energieversorgung. Das Biomasse-Heizwerk spart jährlich rund 980.000 m³. Damit wird der Ausstoß von rund 2300 Tonnen CO₂ vermieden.

Beim Einsatz biogener Energieträger belegt Bayern im bundesweiten Vergleich den Spitzenplatz. Biomasse deckt im Freistaat rund 3,6 Prozent des Primärenergieverbrauchs, das entspricht dem Wärmebedarf von 85000 Einfamilienhäusern.



Merings Bürgermeister Hans Dieter Kandler und Ralf Nelhiebel stellen ihr Pilotprojekt zum EnergieEinspar-Contracting vor.

Energie-Einspar-Contracting:

Markt Mering spart Energie und Geld

Der Abschluß der energetischen Sanierung der Luitpoldschule und Mehrzweckhalle war Anlass einer Feierstunde im großen Sitzungssaal des Marktes Mering. Mit einem symbolischen Knopfdruck startete Bürgermeister Hans Dieter Kandler das Gebäudeleitsystem, eine der neu installierten Maßnahmen, durch die ab sofort jährlich mindestens 23% der Energiekosten eingespart werden.

„Der Vorteil für unsere Markt-gemeinde liegt darin, dass die Investitionen und Einspargarantien durch unseren Partner, die Geringer Firma Dyneco, übernommen werden.“ sagte Kandler bei seiner Begrüßungsansprache.

Möglich ist dieser Weg durch den EnergieCheck-Vertrag, abgeschlossen auf Contracting-Basis mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Nach der Projektübergabe folgt jetzt die Phase Objektbetreuung - zehn Jahre lang. Ralf Nelhiebel, Geschäftsführer von Dyneco, will die Garantien nicht nur einhalten sondern noch über-treffen: „In unserem Projekt Waldfriedhof Fürstfeldbruck konnten wir im ersten Jahr statt 23% sogar 31% Einsparungen erreichen - darüber freut sich je-

der Kämmerer angesichts der angespannten Lage in den öffentlichen Kassen!“.

Die Grüße von Umweltminister Schnappauf überbrachte Dr. Karlheinz Stephan, Regierungsdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Er begrüßte die CO₂-Reduktion bei öffentlichen Liegenschaften - ich freue mich, dass die Skepsis in den öffentlichen Verwaltungen allmählich nachläßt.“ In Mering werden ab jetzt jährlich 31 Tonnen weniger CO₂ ausgestossen - Grund genug für Bürgermeister Kandler schon jetzt über Folgeprojekte nachzudenken.

Kundencenter Penzberg von E.ON Bayern:

Sicherung und den Ausbau der Stromversorgung

Über 10 Millionen Euro Investitionen

Über 10 Millionen Euro hat das Kundencenter der E.ON Bayern AG in Penzberg im Jahr 2003 für Investitionen und Wartungsmaßnahmen veranschlagt. 7,8 Millionen Euro investiert der Energiedienstleister für den Anschluss von neuen Bau- und Gewerbegebieten, die Erneuerung und Verstärkung von Stromleitungen der Mittelspannung (20.000 Volt) und Niederspannung (230/400 Volt) sowie den Ausbau der Straßenbeleuchtung. Insgesamt 2,7 Millionen Euro sind für Instandsetzungs- und Wartungsarbeiten am bestehenden Stromnetz mit Leitungen, Transformatoren, Kabelverteilerkästen und Straßenbeleuchtungsanlagen verplant.

Das Kundencenter Penzberg betreut mit 84 Mitarbeitern rund 272.000 Einwohner aus 76 Städten und Gemeinden in großen Teilen der Landkreise Bad-Tölz-Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg, München, Starnberg und Weilheim-Schongau.

E.ON Bayern investiert 200 Millionen Euro

In den Etat des laufenden Geschäftsjahrs hat E.ON Bayern

für Neuinvestitionen in eine moderne Infrastruktur und Instandhaltungs- oder Erschließungsmaßnahmen im Freistaat insgesamt rund 200 Millionen Euro eingestellt. Davon entfallen auf die Region Oberbayern rund 85 Millionen Euro.

Die Investitionen kommen in hohem Maße der heimischen Wirtschaft zu Gute und sichern rund 2 700 Arbeitsplätze in Bayern. Die Aufträge werden vor allem an mittelständische und kleinere Unternehmen aus der jeweiligen Region vergeben.



Wie es „hinter der Steckdose“ aussieht und welche Ausbildungsmöglichkeiten es bei einem Energiedienstleister gibt, demonstrierte E.ON Bayern bei seinem Azubifest. Den Besuchern wurden „Arbeiten unter Spannung“ vorgeführt, Führungen durch die Gruppenschaltleitung Franken angeboten, sie konnten im Klettergarten Strommasten erklimmen, wurden mit dem Steiger in die Luft gehoben und nahmen an einer Kabelschulung teil. Am Nachmittag führte ein Zauberer besonders den kleinen Gästen seine Kunststücke vor. Die Auszubildenden hatten ihr Fest in eigener Verantwortung geplant.

Schwerpunkt Verkabelung

Über drei Millionen Euro wendet E.ON Bayern im Landkreis Garmisch-Partenkirchen für die Sicherung und den Ausbau der Stromversorgung auf. Ein Schwerpunktprojekt stellt die Verkabelung von aufgrund ihrer Lage störanfälligen Mittelspannungsfreileitungen dar. Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen werden dafür über 600.000 Euro aufgewendet. Dabei wird ein Teil der 20.000-Volt-Freileitung zwischen Grainau und Eibsee in Angriff genommen und im Jahr 2003 ein 3,57 km langer Abschnitt für rund 152.000 Euro unter die Erde verlegt.

Teile der Freileitungen zwischen Einsiedl und Wallgau (Gemeindegebiete von Kochel, Jachenau und Wallgau, 5,7 km), von Klais nach Tennsee auf dem Gemeindegebiet von Krün (1,2 km) und im Bereich Lothdorf-Höhlmühle (2,5 km) auf dem Gemeindegebiet von Riegsee werden für über 600.000 Euro abgebaut und durch unterirdisch laufende Kabel ersetzt.

In zahlreichen Kommunen:

Strom-Ehen um 20 Jahre verlängert

Das ostbayerische Gebenbach setzt seine bewährte Partnerschaft mit E.ON Bayern ebenso fort wie Vilsheim, Röhrnbach und Freihung.

Die Kommunen haben mit E.ON Bayern neue 20-jährige Konzessionsverträge abgeschlossen, in dem die Rechte und Pflichten der jeweils beiden Vertragspartner in Sachen Stromversorgung geregelt sind. Damit werden Partnerschaften fortgesetzt, die sich in den zurückliegenden Jahren nach Meinung aller Beteiligten außerordentlich bewährt haben.

Die neuen Konzessionsverträge verschaffen E.ON Bayern die Planungs- und Investitionssicherheit, um in das Stromnetz in der Gemeinden zu investieren. Häufig handelt es sich um weitere Verkabelungen des Ortsnetzes.

Die eindeutig dezentrale Ausrichtung von E.ON Bayern sorgt für ein hohes Maß an Investitionen in der Region, die vor allem mit Unternehmen vor Ort verwirklicht werden. So bleibt ein großer Teil der Umsätze von E.ON Bayern in Form von Löhnen, Gehältern und Aufträgen in der Region.

Die Bürgermeister Peter Dotzler, Walter Brandlmeier, Norbert Bücherl und Josef Gutsmedl sehen in den neuen Konzessionsverträgen eine gute Grundlage für die Fortsetzung einer langfristig erfolgreichen und vertrauensvollen Partnerschaft.

Erdgasautos im Aufwind

Der subventionierte Tritt aufs Gaspedal
Erdgas Südbayern GmbH fördert Trend bei Erdgasantrieb

Eine echte Wohltat für Umwelt und Geldbeutel: Autos mit Erdgasantrieb produzieren wenig Abgase und senken die Tankkosten. So ist es kein Wunder, dass die Nachfrage steigt. Bei der teuren Anschaffung helfen manchmal Hersteller und Kommunen.

In den vergangenen Jahren hat sich eine Alternative zu konventionellen, immer teurer werdenden Kraftstoffen etabliert, mit der Autofahrer buchstäblich Vollgas fahren und trotzdem sparen können: der Erdgasantrieb. Er verspricht eine Halbierung der Tankausgaben und entlastet dabei nicht nur die Kasse, sondern dank geringerer Emissionen auch die Umwelt.

25 % weniger CO₂

Der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid reduziert sich im Gasbetrieb um etwa 25 Prozent. Smogfördernde Emissionen sind kaum messbar, Partikel oder Geruchsbelästigungen kein Thema mehr. Selbst der Geräuschpegel geht deutlich zurück.

Für den Antrieb mit Erdgas sprechen nach Angaben des Interessentenverbandes „Trägerkreis Erdgasfahrzeuge“ in Bonn vor allem aber die deutlich geringeren Betriebskosten: Ein Kilogramm Erdgas kostet derzeit rund 70 Cent, entspricht aber im Energiegehalt etwa 1,5 Litern herkömmlichen Kraftstoffs. Umgerechnet auf den Energiegehalt eines Liters Benzin ergibt das einen Vergleichspreis von 42 bis 48 Cent. Da Erdgas bis 2020 steuerbegünstigt ist, macht das angesichts steigender Ökosteuer-

ern auf Benzin und Diesel eine Vergünstigung von rund 70 bis 80 Prozent.

Attraktiver Zuschuss

Allerdings profitieren Erdgasfahrer nicht zum Nulltarif vom günstigen Treibstoff. Vor dem Sparen steht die Investition für das entweder direkt vom Hersteller oder später bei einem unabhängigen Zulieferer entsprechend umgerüstete Fahrzeug. Der Mehrpreis liegt bei Fahrzeugen ab Werk nach Angaben des Trägerkreises bei zwischen 1500 und 3500 Euro.

Vielfach dürfen Interessenten aber auf Unterstützung hoffen. Viele Energiekonzerne und Kommunen subventionieren den Neukauf oder die Umrüstung, manche bezuschussen auch mit Tankgutscheinen, wie beispielsweise der regional agierende Erdgasversorger Erdgas Südbayern GmbH. Bei der Anschaffung eines Erdgasfahrzeugs beträgt die Höhe des Gutscheins 400 Euro. Das heißt 11.000 km kostenlos mit einem Erdgasfahrzeug fahren. Der attraktive Zuschuss wird einmalig gewährt.

Ständiger Netzausbau

Das größte Problem der Erdgasfahrzeuge ist derzeit das noch

lückenhafte Tankstellen-Netz. Nach Angaben des „Trägerkreises Erdgasfahrzeuge“ gibt es in Deutschland nur rund 350 entsprechende Tankstellen. Jeden Monat kommen aber 15 neue Gas-Zapfsäulen dazu. Addiert man die Ankündigungen der Mineralölindustrie, wächst das Netz bis zum Jahresende auf mehr als 500 Stationen. Bis Ende 2006 sollen es in Deutschland dann mehr als 1000 sein.

Für den regionalen Erdgasversorger Erdgas Südbayern GmbH (ESB) ist es als Regionalversorger selbstredend, dass auch in ländlichen Gebieten der Ausbau

Bayerngas erfolgreich im Jahr 2002

Zweithöchster Gasabsatz in der Unternehmensgeschichte

Die Bayerngas GmbH, München, siebtgrößte Ferngasgesellschaft in Deutschland und größte kommunale Einkaufsgesellschaft für Erdgas, hat mit rund 59,9 Mrd. Kilowattstunden (kWh) verkauftem Erdgas im Jahr 2002 den zweithöchsten Gasabsatz in der Unternehmensgeschichte erzielt (2001: 60,5 Mrd. kWh). Die leichte Verringerung des Absatzes um 1,1 % im Vergleich zum Vorjahr ist auf die deutlich mildere Witterung sowie auf Absatzrückgänge im kommunalen Kraftwerksbereich zurückzuführen.

Wie schon im Vorjahr konnten durch intensive Anschlussaktivitäten der von Bayerngas belieferten Stadtwerke und Regionalgesellschaften rund 26.000 neue Kunden mit Erdgas versorgt werden.

Das beste Ergebnis

Aufgrund des Rückganges der für die Erdgaspreisbildung maßgeblichen Heizölpreise sowie des zunehmenden Wettbewerbes, verringerten sich die Umsatzerlöse im Jahr 2002 gegenüber 2001 von 1,31 Mrd. € um 14,2 % auf 1,12 Mrd. €. Der Jahresüberschuss 2002 beläuft sich dennoch wegen der günstigen Kostenstruktur, höheren Zinsersparungen und niedrigeren Steuern auf 16,7 Mio. € (2001: 14,1 Mio. €), was das beste Ergebnis der Bayerngas darstellt.

Ausblick auf 2003

Aufgrund des positiven Verlaufes in der ersten Jahreshälfte, bedingt durch die im Vergleich zum Vorjahr kältere Witterung in den Wintermonaten, rechnet die Bayerngas auch für das Jahr 2003 mit einem durchwegs

von Erdgas-Zapfstellen nicht vernachlässigt, sondern forciert wird. Das Ziel des Ausbaus der Tankstelleninfrastruktur im ESB-eigenen Versorgungsgebiet soll in zwei Schritten erreicht werden: Schritt Nummer eins heißt, alle 30 bis 40 km eine Erdgastankstelle und im weiteren Verlauf eine Reduktion der Entfernungen auf 20 bis 30 km.

Vorreiterrolle

Der südbayerische Erdgasversorger Erdgas Südbayern GmbH (ESB) übernimmt in Sachen Erdgasfahrzeuge schon seit Jahren eine Vorreiterrolle ein, denn neben der Kernkompetenz Erdgasversorgung gilt das Engagement des Unternehmens den Erdgasfahrzeugen und damit dem Ausbau des Erdgastankstellennetzes.



Von links: Christian Bergmann, technischer Geschäftsführer EAO, Reinhold Sontheimer, Bürgermeister von Schwangau, Maximilian Stückl, Baudirektor vom staatl. Hochbauamt Kempten, Michael Hold, kaufm. Geschäftsführer EAO. EAO = Erdgas Allgäu Ost GmbH & Co.KG.

Schloss Neuschwanstein:

Spatenstich für Bau des Erdgas-Anschlusses

Bewaffnet nicht mit einem Schwert, sondern mit einem Spaten führten der 1. Bürgermeister der Gemeinde Schwangau, Reinhold Sontheimer, und Baudirektor Stückl unmittelbar vor dem „Ritterbau“ des Schlosses Neuschwanstein am 15. Mai den Spatenstich für den Bau des Erdgas-Anschlusses für das Märchenschloss aus.

Wie Christian Bergmann, Technischer Geschäftsführer der Erdgas Allgäu Ost GmbH & Co. KG, darstellte, wurde 1999, also genau 130 Jahre nach der Grundsteinlegung des Schlosses Neuschwanstein, mit der Inbetriebnahme des Erdgas-Leitungsprojektes von Schwarzenberg, Gemeinde Oy-Mittelberg, nach Füssen der Grundstein für die Erdgasversorgung der Gemeinde Pfronen, der Stadt Füssen und der Gemeinde Schwangau und somit auch des Schlosses Neuschwanstein gelegt.

Probleme mit Öl

Die ersten Meter Erdgasleitung wurden bereits im Mai 1999 in Hohenschwangau verlegt, direkt unterhalb des Schlosses. Damals wurde ein Kanal gebaut und als Vorabmaßnahme in diesem Zuge eine Erdgasleitung. Im Jahr 2001 kam ein Vertreter des Staatlichen Hochbauamts auf die Erdgas Allgäu Ost GmbH mit der Frage zu, ob das Schloss Neuschwanstein mit Erdgas versorgt werden kann. Die Ölversorgung bereitet laut Bergmann aufgrund des kleinen Öltanks gerade im Winter bei der engen und steilen Straße zum Teil große Probleme. Die Besucherströme werden durch die Transporte behindert. Bei einer erforderlichen Tankerweiterung rechnet man mit statischen Problemen. Ständig stört der Geruch, der gerade bei der Betankung besonders auffällt, und zudem muss das Öl vom Übergabepunkt in den Tank aufwändig hochgepumpt werden.

Bedarfsermittlung

Noch im Jahr 2001 wurden von dem Energieversorger sämtliche Daten ermittelt, wie

benötigte Leistungen und Mengen, Rohrleitungslängen und -dimensionen, eine Trassenführung, Kosten, usw. Wie Bergmann betonte, war schnell klar, dass das Projekt nur dann realisiert werden kann, wenn ein weiterer Kunde mit entsprechender Abnahmemenge hinzukommt: „Wir haben das Glück, dass unterhalb des Schlosses das Staatliche Gymnasium und Schülerheim Schwangau liegt und dieses Gymnasium in nächster Zeit ebenfalls in die Ölbevorratung investieren müsste.“

Hochwertige Rohre

Nach intensiven Verhandlungen konnten der Vertrag für die Erdgasversorgung des Schlosses Neuschwanstein einschließlich des Schloss-Bauhofes und des Schloss-Restaurants sowie der Vertrag für die Erdgasversorgung des Gymnasiums unterzeichnet werden. Insgesamt sind von der bestehenden Leitung in Schwangau, Ortsteil Alterschrofen, aus rund 2700 m Leitung zu legen. Bewusst entschied man sich für ein äußerst hochwertiges Rohrmaterial, da die Leitung im extrem steilen Gelände nicht in Sand gebettet werden kann und somit besonderen Belastungen ausgesetzt sein wird.

CO₂-Einsparung

Bei einem Jahresenergiebedarf für das Schloss, den Schloss-Bauhof, das Schloss-Restaurant und das Gymnasium von insgesamt ca. 3,8 Mio. kWh, können durch den Einsatz von Erdgas pro Jahr rund 225 Tonnen des Klimakillers CO₂ eingespart werden. Dies ist Bergmann zufolge „ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz“.

DK

Kooperation perfekt:

Vertragsunterzeichnung zwischen BayWa AG und ESB

Stadt Pfaffenhofen übernimmt Schirmherrschaft beim Bau einer Erdgastankstelle

Pfaffenhofen. „Die BayWa AG und Erdgas Südbayern GmbH (ESB) treiben die Markteinführung von Erdgas als innovativen Kraftstoff im öffentlichen Verkehr voran“, so der offizielle Vertragstext zum Bau einer Erdgastankstelle auf dem Gelände der BayWa AG, in Pfaffenhofen. Der Vertrag wurde im Mai von den Firmenvertretern im Pfaffenhofener Rathaus unterzeichnet. Die Stadt unterstützt das Bauvorhaben und hat die Schirmherrschaft für die Erdgastankstelle übernommen.

„Erdgas hat seinen festen Platz im umweltfreundlichen Verkehr der Zukunft. Nachdem die Gaswirtschaft zugesagt hat, bis 2006 das Tankstellennetz flächendeckend auszubauen, ist nun die Automobilbranche gefordert, eine möglichst breite Palette an Fahrzeugen zu entwickeln“, unterstrich Martin Heun, Leiter Marketing und Vertrieb bei der ESB die Anliegen seines Unternehmens.

GZ-Interview mit Oberbürgermeister Hans Schaidinger:

„Uns geht's so schlecht wie noch nie nach dem Krieg“

Die finanzielle Situation der Kommunen ist katastrophal. Diesem Desaster widmete der Bayerische Städtetag seine Jahrestagung in Bad Windsheim. Regensburgs Oberbürgermeister gehört zu jenen Rathauschefs, die die Nöte der Kommunen deutlich artikulieren. Mit ihm sprach GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Wie sieht es in Regensburg konkret aus?

Schaidinger: Wir sind „Spitzenreiter“ beim Rückgang der Gewerbesteuer. Das ist deswegen besonders bitter, weil wir uns zwanzig Jahre besonders bemüht haben, die Stadt wirtschaftlich voran zu bringen und jetzt werden wir um die Früchte des Erfolgs gebracht. Das ist ein Vorwurf in Richtung Bundesregierung, weil die Gewerbesteuerreform im Rahmen der Steuerreform 1999/2000 wesentliche Schuld daran hat. Um es mit zwei Beispielen zu markieren: Von den 14 DAX-Unternehmen, die in Regensburg in den letzten Jahren im Schnitt 30 Millionen Mark Gewerbesteuer bezahlt haben, erhielten wir im letzten Jahr noch 171.000 Euro. Das heißt ungefähr ein halbes Prozent.

Unangemessene Verschuldung

Unsere „normale“ Gewerbesteuer wären etwa 90 Millionen Euro. Wir werden heuer auf die Hälfte kommen, aber wir können bei den Ausgaben nicht entsprechend reagieren. Deshalb müssen wir uns für Dinge, die eigentlich aus dem laufenden Etat gedeckt werden müssten, verschulden. Das ist nicht angemessen. Wir hatten noch ein Polster aus der Vergangenheit. Deswegen haben wir heuer noch einen genehmigten Haushalt. Im nächsten Jahr wird das wahrscheinlich nicht mehr so sein.

GZ: Was ist die Konsequenz daraus, auch für die Region?

Schaidinger: Wir versuchen noch, Investitionen in die Zukunftsfähigkeit zu tätigen, obwohl wenn wir andere wünschenswerte Dinge nicht mehr machen können. Aber auch das stößt zum Ende des Jahres an Grenzen. Dann steht die Zukunftsfähigkeit der Stadt auf dem Spiel und nicht mehr nur der Verzicht auf das Wünschenswerte und das Schöne. Wenn die Städte mit ihrer Funktion als Wachstumsmotoren für die Region aber ihre Zukunftsfähigkeit aufs Spiel setzen müssen, dann steht auch die Zukunftsfähigkeit der ganzen Region auf dem Spiel. Wir haben 50.000 Einwohner jeden Tag. Unsere wirtschaftliche Situation ist nicht nur etwas, das uns selbst tangiert; das tangiert die ganze Region.

GZ: Die Bundesregierung kam beim Städtetag in Bad Windsheim sehr glimpflich davon, obwohl sie einen Großteil der Schuld an dieser Situation hat.

Schaidinger: Diese Betrachtung wäre unvollständig. Schuld an der Gewerbesteuermisere trägt die Bundesregierung. Aber die Bundesregierung ist klüger geworden. Sie hat sich für die Vorstellungen des Deutschen Städtetages in Sachen Gewerbesteuerreform ausgesprochen. Man sollte den Bund nicht daran hindern, aus seinen Fehlern zu lernen.

GZ: Hat nicht die „Schuld“ der Bundesregierung zwei Aspekte: Es geht doch nicht nur um die Konditionen, die Herr Eichel den Kommunen auf's Auge gedrückt hat; es sind die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die die Wirtschaft in die Talfahrt ge-

trieben haben. Deshalb fehlen der öffentlichen Hand auf jeder Ebene die Einkünfte.

Schaidinger: Natürlich spielt die Konjunktur eine Rolle. Aber die Konjunktur ist an unserer Situation nicht überwiegend schuld. Das waren die Fehlentscheidungen bei der Steuerreform 1999/2000. Dafür trägt die Bundesregierung Verantwortung. Ich muss aber auch sagen, wenn ich mir z. B. die Entscheidungen im Vermittlungsausschuss im April 2003 anschau, dort haben sich die Länder und der Bund auf vier Milliarden Mehreinnahmen geeinigt und die Kommunen sind leer ausgegan-

gar revitalisiert und teilweise neu eingeführt, haben die Bemessungsgrundlage verbreitert, haben damit die Steuersätze senken können und machen sehr gute Erfahrungen damit.

GZ: In irgend einer Weise brauchen die Kommunen eine Motivation dafür, Wirtschaft anzusiedeln und zu halten. Eine enge Beziehung zwischen Kommunen und Wirtschaft muss sichergestellt werden.

Schaidinger: Ich habe in den letzten Monaten in Diskussionen mit den Vorständen großer Industrieunternehmen immer gesagt: „Wünschen Sie sich das BDI-Modell nicht. Sie werden sehen, was Sie davon haben.“ Und am Ende der Diskussion stand immer die Einsicht, dass die jetzige Lösung - die verbesserungsfähig und verbesserungsbedürftig ist, auch für die Betriebe besser ist, als die Alternativen, die aus der

Abschaffung der Gewerbesteuer wurden die Gemeinden bereits am Umsatzsteueraufkommen mit 2,2 Prozent beteiligt. Die Verteilung dieses Umsatzsteuerbetrags soll ab 2004 nach einem orts- und wirtschaftsbezogenen Schlüssel erfolgen.

Beispiel Telekom

Schaidinger: Das kann kein Ersatz für die Gewerbesteuer sein und zwar deswegen: Auch die Umsatzsteuerbeteiligung zahlen letztlich die Konsumenten und nicht die Betriebe. Es fehlt damit das Bindeglied zwischen Betrieben und Standort. Einen weiteren Mangel der Umsatzsteuerbeteiligung mache ich am Beispiel der Telekom deutlich: Von deren Umsatzsteuer bekäme jede Gemeinde im ganzen Land eine Umsatzsteuerbeteiligung. Umsätze entstehen überall, weil überall telefoniert wird. Aber die Telekom hat nicht überall Betriebsstätten. Was wir Städte verlangen - und da muss man sich endlich dazu bekennen - ist, dass es eine Steuer gibt, die die Betriebe am Ort zahlen. Die Begründung ist klar: Die Betriebe brauchen am Ort Infrastruktur, sie nutzen Infrastruktur, sie verlangen Infrastruktur von den Kommunen. Deshalb muss dafür auch unmittelbar eine adäquate Steuerquelle vorhanden sein. Da sind alle anderen Modelle eben nicht dazu geeignet. Die Wirtschaft ist mit einer unmittelbar an der örtlichen Betriebsstätte ansetzenden Steuer in der Vergangenheit nicht schlecht gefahren. Und ich lasse mich in meiner Wirtschaftsfreundlichkeit kaum übertreffen.

Ich habe mich mit einer Minderheit von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern für die Abschaffung der Gewerbesteuer ausgesprochen. Das sind beides Aspekte, die belegen, dass meine Auffassung nicht irgendwo links angesiedelt ist, sondern ernst genommen werden kann und aus dieser Auffassung heraus sage ich: Ohne eine am örtlichen Betriebsitz anknüpfende Steuer gibt es nicht die Wirkungen, die man braucht; nämlich die Fähigkeit der Kommune, die Infrastruktur für die Betriebe am Ort auch zu schaffen.

GZ: Maßgebend für den Steuerschlüssel bei der Umsatzsteuer wären das Anlagevermögen, das Umlaufvermögen, die Löhne und Gehälter und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Alles, was sich am Ort abspielt sollte einfließen und nach diesem Schlüssel sollte ausgeschüttet werden. Die Erarbeitung dieses Schlüssels macht aber offensichtlich schon seit 1998 größere Schwierigkeiten.

Schaidinger: Nein, die Bundesregierung hat ja erst vor einem Jahr angefangen. Die haben ja bis vor einem Jahr daran nichts getan.

GZ: Was braucht ein Notar, ein Anwalt oder ein Zahnarzt für eine Infrastruktur, die die Stadt stellt? Aber jeder Bürger braucht natürlich auch einen Bäcker, einen Anwalt, ein Kaufhaus. Es ist immer ein wechselseitiges Geben und Nehmen. In erster Linie brauchen die Bürger Arbeitsplätze. Selbst wenn keine Gewerbesteuer mehr bezahlt würde, bezögen die Bürger ihr Einkommen aus der Wirtschaft.

Ungerechtigkeiten

Schaidinger: Gegenfrage: Eine Kanzlei, die eine GmbH ist, oder ein Architekturbüro, das als GmbH geführt wird, mit 15 Arbeitskräften, die brauchen dieselbe Infrastruktur, wie der Architekt, der sein Büro als Freiberufler führt. Warum sollte die Gewerbesteuerpflicht unterschiedlich sein? Natürlich braucht der Notar einen öffentlichen Personennahverkehr, er braucht eine zentrale Lage, der braucht ein Parkhaus in der Nähe seiner innerstädtischen Kanzlei. Also jeder Betrieb - und zwar unabhängig von der Rechtsform - braucht Infrastruktur. Jeder kommt zu mir und verlangt sie. Deshalb soll auch dafür gleichmäßig gezahlt werden. Was wir jetzt haben, ist Ungerechtigkeit und diese Ungerechtigkeit muss vermindert werden und nicht noch vermehrt.

GZ: Die Vertreter der Wirtschaft sagen, das modifizierte Gewerbesteuermodell gehe an die Substanz der Unternehmen, die ohnehin keinen finanziellen Spielraum mehr haben.

Schaidinger: Das ist das zweite große Märchen. Es gibt keine Forderung nach Substanzbesteuerung. Die Gewerbesteuer, die wir bis 1998 hatten, war Substanzsteuer. Die Vorschläge, die wir jetzt machen, zur Einbeziehung bestimmter Bestandteile aus dem Rechnungswesen der Unternehmen, sind keine Substanzbesteuerung, sondern sind Zurechnungen beim Ertrag, sind Ertragsbestandteile. Mit zwei Hauptaspekten möchte ich das deutlich machen. Erstens: Die Gewerbesteuer, die gab es auch, wenn kein Ertrag da war. Das ist Substanzsteuer. Das, was wir jetzt an Zurechnungen verlangen, das gibt es nur, wenn der Betrieb einen Ertrag hat. Das ist der erste große Unterschied. Und der zweite ist: Was wir zu rechnen wollen, ist eben nicht die Substanz, sondern die Finanzierung von Aufwendungen, die ertragswirksam sind.

Schluss mit Trickserien

Ich gebe ein Beispiel: Ein Betrieb finanziert eine Maschine mit Eigenkapital und der andere mit geliehenem Geld. Es muss hier eine Zurechnung der Zinsen auf das geliehene Geld zum Ertrag erfolgen, weil ich sonst die Nutzung des Eigenkapitals besteuern würde und das Fremdkapital nicht. Das wäre ja pervers. Oder ein anderes Beispiel. Ich zitiere den Bayerischen Ministerpräsidenten der vor vier Wochen in Regensburg gesagt hat: „Mit den Trickserien muss Schluss sein.“ Das ist meine Meinung auch. Es wird soviel getrickt und deswegen muss es diese Zurechnungen geben. Eine Leasinggebühr, mit der Ertrag verschoben wird in ein Niedrigsteuerland - solche Gewinne werden in Holland pauschal mit sechs Prozent versteuert - wäre so ein Fall. Wenn also ein hiesiger Betrieb trickst und über eine Leasinggebühr einen Ertragsbestandteil nach Holland verschiebt, dann hat der Herr Ministerpräsident völlig recht, muss eine Zurechnung dieser Leasinggebühr zum hiesigen Gewerbeertrag erfolgen, damit die Trickserie aufhört.

GZ: Die Betriebe behaupten, sie haben das Eigenkapital aber gar nicht.

Schaidinger: Das stimmt ja nicht. Manche haben es schon. Wenn wir diese Zurechnungen nicht vornähmen, würde das, was aus dem Eigenkapital finanziert ist, besteuert. Und wenn sich jemand von der Bank Geld leiht, würde das nicht besteuert. Es würde derjenige, der viel Eigenkapital angesammelt hat - und solche gibt es, nicht über alle Branchen hinweg und insge-

samt zu wenig, aber es gibt sie - die würden bestraft. Das kann ja nicht sein. Das, was der Städtetag fordert, heißt, Eigenkapital wird belohnt, und nicht bestraft.

GZ: Eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer hätte, so die Befürworter, zusätzlich den Vorteil, dass gerade die Gemeinden begünstigt wären, deren Betriebe über Anlage- und Umlaufvermögen verfügen und Mitarbeiter beschäftigen. Dabei wird gerne das Beispiel von BMW gebracht. Durch die Verluste bei Rover bezahlte die Firma von 1998 bis 2000 keine Gewerbesteuer. Die Betriebsstandorte Regensburg, München, Landshut und Dingolfing hätten jedoch bei der vorgeschlagenen Lösung weiterhin Anspruch auf Umsatzsteuerbeteiligung gehabt, da an allen Betriebsstätten Anlagevermögen, Umlaufvermögen und Beschäftigte vorhanden waren.

Schaidinger: Das muss ein Anfänger überlegt haben. Die Wirklichkeit schaut ganz anders aus. Wenn ich eine modifizierte Gewerbesteuer habe, muss BMW auch Gewerbesteuer bezahlen. Wenn ich eine Umsatz-

(Fortsetzung auf Seite 10)



Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger.

gen. Ich verteile Vorwürfe an alle. Das gilt auch für die Tatsache, dass sowohl Bund als auch die Länder Aufgaben auf die Städte abgelagert haben, ohne das Geld dafür zur Verfügung zu stellen, auch wenn - und das muss ich positiv hervorheben - der Freistaat Bayern mittlerweile bereit ist, im Rahmen des Konnexitätsprinzips auch einzusehen, dass das nicht so weitergehen kann.

GZ: Die Gewerbesteuer ist in Regensburg eklatant zurückgegangen. Hängt das mit dieser Situation zusammen, oder wäre die auch aufgrund der schlechten Konjunktur zurückgegangen. Wie sähe es aus, wenn die Rahmenbedingungen von vor fünf Jahren noch gelten würden?

Ausgehöhlte Gewerbesteuer

Schaidinger: Dann hätten wir deutlich mehr Gewerbesteuer. Aber konjunkturelle Einbrüche hat es immer gegeben. Die würden wir auch verkraften. Die Kommunen können nicht erwarten, dass die anderen die Folgen von Konjunkturreinbrüchen tragen und wir verschont bleiben. Wobei die Gewerbesteuer nicht generell konjunkturanfällig ist. Wir sind in den vergangenen Jahrzehnten damit zurecht gekommen. Das geht jetzt nicht mehr, weil man sie völlig ausgehöhlt hat.

GZ: Man sagt, außer in Luxemburg gäbe es in ganz Europa keine Gewerbesteuer.

Schaidinger: Das ist falsch. Es gibt sie in Italien, in Frankreich, in Österreich; und zwar als lokale kommunale Betriebssteuer. Mit solchen Märchen muss man aufhören. Die Italiener haben die Gewerbesteuer so-

Industrie kommen. Ganz abgesehen davon, dass das BDI-Modell einen entscheidenden Fehler hat: Ich sehe nicht ein, warum die Bürger alles zahlen sollen und die großen Betriebe nichts.

GZ: Sie wurden bei Ihrer ersten Wahl zum Oberbürgermeister gefeiert als ein Mann, der Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und die Wirtschaft hat. Warum soll sich die Wirtschaft ihr eigenes BDI-Modell nicht wünschen?

Nabelschnur geht verloren

Schaidinger: Drei Gründe: Erstens: Es gibt dann keine Nabelschnur mehr zwischen Kommune und Wirtschaft. Zweitens: Es gibt eine Belastung der Arbeitnehmer und die Großbetriebe zahlen nichts mehr und drittens bleibt der Mittelstand - z. B. über die Personennunternehmen und über die Einkommensteuer der geschäftsführenden Gesellschaften belastet, während die Aktiengesellschaften, die ohnehin in einer globalisierten Welt viele Möglichkeiten haben, sich zu entlasten, noch weiter entlastet würden. Also gerade der Mittelstand kann das BDI-Modell nicht wünschen. Deswegen ist es ja auch richtig, dass sich die Handwerkskammern nicht hinter dieses Modell gestellt haben.

GZ: Es gibt noch ein weiteres Modell. Eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer soll der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Clement, präferieren, auch im Bayerischen Finanzministerium scheint diese Idee Befürworter zu haben; kürzlich wurde auch in der KPV darüber diskutiert.

Im Zusammenhang mit der

„Uns geht's so schlecht ...

(Fortsetzung von Seite 9)
steuerbeteiligung habe ist das die Legalisierung von „Windfall-Profit“. Dann wird überall bezahlt, wo Umsatz ist, dann brauche ich mich um nichts mehr zu kümmern, weil Umsätze gibt es auch, wenn ich mich als Kommune nicht kümmere. Umsatz gibt es immer. Aber es macht keinen Sinn, dass ich kommunale Windfall-Profits erzeuge.

GZ: Wenn in Regensburg diese Firmenstandorte ansässig sind, dann haben die hier ihr Anlagevermögen, die zahlen hier ihre Löhne und Gehälter ...

Schaidinger: Moment, Sie sprachen über die Umsatzsteuer. Weder das Anlagevermögen ist umsatzsteuerpflichtig, noch die Löhne und Gehälter sind umsatzsteuerpflichtig ...

GZ: Nach unseren Informationen sollen diese Parameter bei der Schlüsselberechnung einbezogen werden.

Anknüpfen am Ertrag

Schaidinger: Wie soll dieser Schlüssel ausschauen? Den kenne ich nicht. Aber warum sagt eigentlich niemand, dass die Umsatzsteuerbeteiligung die Substanz besteuern kann. Es kann ja passieren, dass man einen Betrieb, der keinen Gewinn hat, trotzdem über den Schlüssel besteuert. Während dessen unser Modell - modifizierte Gewerbesteuer - immer am Ertrag anknüpft. Das ist die gerechteste Besteuerung, die es gibt.

GZ: Die Freiberufler laufen Sturm gegen das Modell der kommunalen Spitzenverbände.

Schaidinger: Die Freiberufler fahren mit dem Städtetagsmodell auch nicht schlechter. Bis zu einem Hebesatz von 360 findet eine vollständige Verrechnung mit der Einkommensteuer statt. D. h. bis zu diesem Hebesatz ändert sich für die Freiberufler nichts. Beim BDI-Modell sind die Freiberufler nicht in die Gewerbesteuer einbezogen, aber ihre Einkommensteuer würde sich erhöhen, weil die 22 Mrd. Euro Gewerbesteuer, die in Deutschland gezahlt werden, auf alle Einkommensteuerzahler umgelegt werden müssten um das Aufkommen nicht zu schmälern. Dann würden die Einkommensteuerzahler und die Freiberufler überproportional dabei sein.

Nahe am Betrug

Der einzige, der gegen unser Modell etwas haben könnte, ist eigentlich der Bund. Denn das Modell des Städtetages führt über seine Verrechnungswirkungen mit der Einkommensteuer zu einer Verschiebung von Steuererträgen vom Bund, teilweise auch den Ländern, zu den Kommunen. Das halten wir aber für gerechtfertigt, weil der Bund - und teilweise auch die Länder - uns in der Vergangenheit zu unseren Lasten etwas weggenommen haben. Teilweise fast betrügerisch, wie bei der Gewerbesteuerumlagerung.

GZ: Sie sagen, natürliche

Personen müssen vor dem Städtetagsmodell keine Angst haben. Erkennen Freiberufler zu wenig die Möglichkeiten der Gegenrechnung mit der Gewerbesteuer?

Schaidinger: Freiberufler werden letztlich sogar begünstigt, weil wir wieder an die Kapitalgesellschaften rangehen.

GZ: Konjunkturabhängigkeit bleibt für die Kommunen dann aber ein Damoklesschwert.

Verstetigung gefordert

Schaidinger: Das akzeptiere ich. Ich bin Wirtschaftler. Wir fordern als Städte eine gewisse Verstetigung. Aber ich sage nicht, dass die Kommunen unter der Konjunktur nicht mitleiden müssen. Es darf nur nicht dazu führen, dass unsere Einnahmekurve wie eine Achterbahn ausschaut. Aber dass sie auf und ab geht, wenn Bund und Länder auch weniger einnehmen, ist in Ordnung. Dann können wir nicht mehr oder gleich viel einnehmen. Das akzeptiere ich.

GZ: Das Dilemma der Kommunen ist auch eine Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Sehen die Bürger, dass ihre Städte kein Geld mehr haben? Entsteht ein „Wir-Gefühl“ aus dem heraus man sagt „Uns

geht es gemeinsam schlecht“?

Schaidinger: Das Thema ist schwierig zu vermitteln. Heute war ein Elternbeirat bei mir, der meinte, wir sind „so a bissl beim Sparen“. Dem habe ich erzählt, wo wir sind und was meine eigentliche Überzeugung ist, aber was ich gezwungen bin, zu tun. Dann hatte er eine ganz andere Vorstellung und Verständnis.

Heute Nachmittag gehe ich in eine Personalversammlung und werde dort dazu Stellung nehmen, wie es uns geht. Das Wir-Gefühl wird wieder stärker. Die Leute wissen, dass nicht der Bürgermeister vor Ort schuld ist, sondern die Schuldigen für die Misere woanders sitzen.

GZ: Kommunizieren Sie das?

Schwierige Materie

Schaidinger: Das ist eine schwierige Materie. Allein wenn der Bürger das Wort „Gewerbesteuerumlagerung“ liest, schaltet er ab. Dafür habe ich Verständnis. Es ist sehr viel persönliche Kommunikation nötig. Eines haben wir geschafft: Die Bürger wissen dass es uns so dreckig geht wie noch nie nach dem Krieg. Zweitens, dass wir nicht selbst schuld sind und drittens, dass dieses mit massiven Leistungsreduzierun-

gen einhergehen wird in den nächsten Jahren.

GZ: Nennen Sie die Schuldigen?

Schaidinger: Ja, in erster Linie den Bund. Aber die Länder haben auch eine Aufgabe, uns aus der Misere heraus zu helfen. Die Länder sind nicht ganz unschuldig. Der Schlüssel zur Hilfe liegt jetzt bei den Ländern, nachdem die Bundesregierung schon erklärt hat, dass sie ihre Fehler ausbügeln will.

GZ: Die Fehler sind nicht nur mit steuerrechtlichen Veränderungen auszubügeln.

Klare Erwartungshaltung

Schaidinger: Der Bund hat erklärt, er bügelt seine Fehler aus. Und jetzt erwarte ich, dass er daran nicht gehindert wird. Da bin ich mit dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer vollkommen ebenso einig wie mit allen anderen Bürgermeistern und Oberbürgermeistern. Es gibt ja jetzt einen Erwartungshaltung auch an die Bayerische Staatsregierung.

GZ: Was haben Sie am 9. September vor?

Schaidinger: Das werden wir sehen. Es gibt ja jetzt einen Gesprächstermin mit dem Ministerpräsidenten. Und es ist Bereitschaft sichtbar, aufeinander zuzugehen.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch.

Aufklärungskampagne zur kommunalen Finanzreform

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft wendet sich an Bürgermeister und Landräte / Für Abschaffung der Gewerbesteuer

München. Zur Reform der Kommunalfinanzen starteten die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und der Bayerische Bauindustrieverband (BBIV) eine intensive Aufklärungskampagne. Alle Bürgermeister und Landräte in Bayern bekommen ein von diesen Wirtschaftsorganisationen entwickeltes Faltblatt. Darin wird im Detail beschrieben, warum die Abschaffung der Gewerbesteuer auch ein Testfall für die Reformfähigkeit der Bundesrepublik ist.

„Die kommunalen Spitzenverbände dürfen sich nicht im Schulterschluss mit den Gewerkschaften zum Bremsen der Nation entwickeln“, erklärte Stefan Albat, stellvertretender vbw-Hauptgeschäftsführer bei einer Pressekonferenz in München. Die Diskussion zur Reform der Kommunalfinanzen habe teils groteske Formen angenommen. Vor allem Vertreter der Kommunen hätten die Wirtschaft mit falschen Angaben regelrecht der Steuerhinterziehung bezichtigt und die soziale Verantwortung der Unternehmen in Frage gestellt. Gleichzeitig ignorierten sie, dass die Wirtschaft ein Reformmodell ist vorgelegt hat, das die Kommunen unbelastet entlasten würde.

Vereinfachtes Steuersystem

Nach diesem Modell fällt die Gewerbesteuer weg und die Einkommensteuer wird um den fünfzehnprozentigen Anteil der Gemeinden gesenkt. Im Gegenzug erhalten die Gemeinden ein individuelles Zuschlagsrecht auf Einkommen- und Körperschaftsteuer, dessen Hebesatz

sie autonom und für jeden Bürger und für jedes Unternehmen sichtbar festlegen können. Sie bleiben - höher als bisher - an der Umsatzsteuer beteiligt. Die Vorteile des so genannten BDI-VCI Modells sind nach Ansicht von Stefan Albat die Vereinfachung des Steuersystems, es sei kaum konjunkturanfällig und es bestehe ein klarer Bezug zur Wirtschaftskraft der Gemeinde. Ferner werde die Stadt-Umland-Problematik entschärft, der Wegfall der Gewerbesteuer entlaste die Kommunalverwaltungen und das Preis-Leistungsverhältnis der Kommunalpolitik werde transparenter. Dagegen ist die von den kommunalen Spitzenverbänden propagierte „Revitalisierung“ der Gewerbesteuer nach Meinung der vbw intransparent, bürokratisch und teuer und bringe vor allem weitere Steuererhöhungen. Die Gewerbesteuer und pauschalisierte Anrechnung blieben erhalten.

Durchsichtiges Manöver

Durch die Einführung neuer Hinzurechnungen (Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten) komme es zur Substanzbesteuerung, weil auch in Verlustjahren die Unternehmen noch Steuern zahlen müssten. Diese Steuern könnten sie wiederum nur mit neuen Krediten finanzieren, was die Abwärtsspirale weiter verschärfen würde. Die von den Kommunen gewollte Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer ist nach Ansicht von Albat ein durchsichtiges Manöver. Die heute bestehenden Abgrenzungsprobleme zwischen gewerblicher und freiberuflicher Tätigkeit in der Gewerbesteuer sollten damit nur verlagert werden auf neue Ab-

grenzungsprobleme zwischen freiberuflicher und nicht selbständiger Tätigkeit. „Schließlich ist eine Revitalisierung der Gewerbesteuer nicht belastungsneutral zu haben“, betonte Geschäftsführer Albat, „sie wird zu einer Mehrbelastung für die Wirtschaft in Höhe von zwei Milliarden Euro führen“.

Vorurteilsfreie Diskussion

Abschließend forderte die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft die kommunalen Spitzenverbände auf, das Reformmodell der Wirtschaft vorurteilsfrei zu diskutieren. Die Revitalisierung der Gewerbesteuer würde die Probleme nicht lösen. Man erwarte von den Städten und Gemeinden endlich Vorschläge, wie die steigende Ausgabenseite der Kommunen in den Griff gebracht werden kann. Man leiste sich auch in Bayern immer noch mehrere tausend Kommunen und Verwaltungsstrukturen. **E. Scholl**

Stadtmarketing-Tag in Ingolstadt

Die Weiterentwicklung der Innenstädte und Ortszentren ist ein wichtiges Thema der Zukunft. Angesichts der sich abzeichnenden demographischen Veränderungen und des unaufhaltsamen Strukturwandels im Einzelhandel stellen sich neue Aufgaben. Diese können nicht allein von Staat und Kommunen übernommen werden. Bürger und vor allem die örtliche Wirtschaft sind in gleicher Weise gefordert. Das Institut für City- und Regionalmanagement Ingolstadt e. V. informierte im Rahmen des 2. Bayerischen Stadtmarketing-Tages Ingolstadt über verschiedene Methoden, Aspekte und Instrumente des Stadtmarketings in Zeiten knapper Kassen. Zielgruppe der Tagung waren Kommunen, Werbegemeinschaften, Stadtmarketingorganisationen, Citymanager und Einzelhandelsverbände.

Dringlichkeitsantrag zum CSU-Parteitag in Nürnberg

1. Situation der Kommunen in Deutschland

Die Kommunen befinden sich in einer dramatischen finanziellen Lage. Wegbrechende Einnahmen und steigende Ausgabenlasten schränken die kommunale Handlungsfähigkeit ein und gefährden damit die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung. Die Steuereinnahmen der Kommunen brechen ein. Die Kommunen in den Flächenländern mussten 2001 gegenüber 2000 einen Rückgang der Steuereinnahmen um 5,5 % verkraften. Im Jahr 2002 lagen die Steuereinnahmen um weitere 3,2 % hinter 2001 zurück. Noch dramatischer ist die Entwicklung speziell bei der Gewerbesteuer (brutto). Das Aufkommen brach 2001 gegenüber 2000 um 9,2 % ein. Im Jahr 2002 ergab sich nochmals ein Rückgang um 4,9 %.

Verschlepte Gemeindefinanzreform

2. Versagen der Bundesregierung

Die Steuereinnahmen brechen vor allem aufgrund des finanz- und wirtschaftspolitischen Versagens und der falschen und handwerklich fehlerhaften Steuerpolitik der Bundesregierung in Städten und Gemeinden weg. Die Bundesregierung hat die dringend notwendige Gemeindefinanzreform verschleppt: Obwohl bereits seit Jahren dringender Handlungsbedarf zur Lösung der kommunalen Finanzprobleme besteht, hat sie die von ihr selbst im Koalitionsvertrag 1998 angekündigte Gemeindefinanzreform bis heute nicht umgesetzt.

3. Richtungsentscheidung

Nach dem Scheitern der von der Bundesregierung einberufenen Gemeindefinanzreformkommission muss nunmehr rasch eine politische Lösung für eine ab 1.1.2004 wirksame Verbesserung der Gemeindefinanzen herbeigeführt werden. Ziel muss es vor allem sein, den Städten und Gemeinden rasch verlässliche Steuereinnahmen zu sichern. Grundlage des sofort notwendigen Gesetzentwurfs kann daher nicht die Idee eines Zuschlagsmodells (BDI/VCI-Modell) sein, da dessen Umsetzung viel zu spät greifen würde, nur mit zu hohem Verwaltungsmehraufwand administrierbar wäre und das Stadt-Umland-Problem irreparabel verzerren würde. Zudem bestünde die Gefahr, dass die Arbeitnehmer überproportional mit Abgaben belastet würden, die bisher von der Wirtschaft zu schultern sind.

Folglich ist die Gewerbesteuer zu reformieren. Eine reformierte Gewerbesteuer muss den Städten und Gemeinden wieder stabile Einnahmen garantieren, ohne gleichzeitig die steuerlichen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu verschlechtern. Von einem dringend benötigten Wachstumsschub und den damit verbundenen Arbeitsplätzen werden auch die Kommunen profitieren. Die CSU lehnt eine Substanzbesteuerung ab. Es müssen jedoch Umgehungs- und Gestaltungsmöglichkeiten abgestellt werden, um das lokale Steueraufkommen zu stärken. Dazu gehört eine Überprüfung der gewerbesteuerlichen Organisation. Bei der Gewerbesteuer ist die Rechtsformneutralität zu wahren.

Soforthilfen sind unerlässlich

4. Sofortprogramm

Selbst wenn eine Gemeindefinanzreform zum 1. Januar 2004 Gesetz werden sollte, können die Kommunen frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2004 mit nennenswerten Einnahmeverbesserungen aus der reformierten Gewerbesteuer rechnen. Vor diesem Hintergrund sind Soforthilfen für die Städte und Gemeinden unerlässlich. Die im Sofortprogramm enthaltene Senkung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor Steuersenkungsgesetz 2000 und eine einmalige Anhebung der Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer im Jahr 2004 sind hierfür die geeigneten Maßnahmen. Sie bringen den Kommunen im Jahr 2004 ein Plus von über 3 Mrd. Euro

Aufgabenüberprüfung und Ausgabenentlastung

Die Aufgabenstruktur der Kommunen ist auf breiter Basis zu überprüfen. Zusätzliche Aufgaben können den Kommunen vom Bund nur auf Basis einer Konnexitätsverpflichtung übertragen werden. Wer beauftragt muss bezahlen. Die Ausgaben der Kommunen, insbesondere in den Bereichen Sozialhilfe- sowie Kinder- und Jugendhilfe sind sofort zurückzuführen. Die Grundsicherung ist entweder sofort abzuschaffen oder in vollem Umfang vom Bund auszugleichen. Zudem sind die Standards in allen Bereichen der Politik mit Blick auf die Belastung der Kommunen zu senken.

5. Gemeindefinanzreform eilt!

Die CSU fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der auf Basis einer reformierten Gewerbesteuer entwickelt ist. Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, am Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Gemeindefinanzen mit dem Ziel mitzuwirken, dass die Gemeindefinanzreform am 1. Januar 2004 in Kraft tritt. Da die Reform nur mit zeitlicher Verzögerung für die Kommunen finanziell spürbar werden wird, fordert die CSU die Bundesregierung weiter auf, als ergänzende Maßnahme das vom Bundesrat auf Initiative Bayerns am 11. Juli 2003 beschlossene Sofortprogramm zur finanziellen Entlastung der Kommunen umzusetzen. Der Bundesrats-Entwurf eines Soforthilfegesetzes für die Kommunen ist von der Bundesregierung in den Gesetzentwurf zur Reform der Gemeindefinanzen zu übernehmen. Der Parteitag beauftragt die Gremien der CSU, ihre abschließende Position zu Einzelheiten der Gemeindefinanzreform zusammen mit ihren Kommunalpolitikern zu formulieren.

Gutes Bauspargeschäft der Genossenschaftsbanken

Die Zahl der Verträge ist um 19 Prozent gestiegen

München. Die Betriebsergebnisse der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken werden in diesem Jahr voraussichtlich konstant bleiben. Aus Anlass der 104. Verbandstages erklärte Präsident Wilhelm Frankenberger vor der Presse, die Ertragsvorschau für 2003 deute mit einem Ergebnis von durchschnittlich 0,86 Prozent auf eine stabile und insgesamt befriedigende Geschäftslage hin. Die Bilanzsumme ging bis Ende Mai um 0,7 Prozent auf 98,2 Milliarden Euro zurück, das Kreditgeschäft war aufgrund der schlechten Konjunktursituation im Mittelstand leicht abgeschwächt.

In seiner Festrede auf dem Verbandstag erklärte Ministerpräsident Stoiber, in der gegenwärtig äußerst schwierigen Wirtschaftslage sei sich die Bayerische Staatsregierung der besonderen Bedeutung der Genossenschaften in Bayern und für Bayern bewusst. Die herausragende Rolle der Genossenschaften als Arbeitgeber und Ausbilder, als einer der größten Steuerzahler im Freistaat, als mitgliedstärkste Organisation unseres Landes und als wichtiger Wirtschaftsfaktor unterstreiche diese Bedeutung nachdrücklich.

Die tragende Säule der Genossenschaftsbewegung sei der Solidargedanke. In den Genossenschaften würden die Probleme gemeinsam angegangen. Nicht Wehklagen und Lamentieren, sondern Initiative, Tatkraft und Leistung stünden im Vordergrund. Nicht der Ruf nach dem Staat, sondern der Wunsch, die eigenen Angelegenheiten selbst

zu regeln sei kennzeichnend für die Genossenschaftsbewegung.

Ländlichen Raum stärken

Gerade in Zeiten der Globalisierung des gesamten Wirtschaftsgeschehens nehmen sich die Genossenschaften, so Stoiber, vor allem der mittelständischen Wirtschaft und der Landwirtschaft an. Sie seien auch Partner der Staatsregierung, „denn es ist ein wichtiges Ziel unserer Politik, den ländlichen Raum zu stärken und für gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land zu sorgen“.

Um die Position des Mittelstandes weiter zu stärken, hat nach den weiteren Worten des Ministerpräsidenten die Bayerische Staatsregierung vor kurzem den Entwurf einer Neufassung des Bayerischen Mittelstandsförderungsgesetzes beschlossen. Damit unterstreiche sie den Stellenwert, der dem Mittelstand

aufgrund seiner überragenden volkswirtschaftlichen Bedeutung zukomme. Die kleinen und mittleren Unternehmen seien die Leistungsträger der regionalen Wirtschaft. Das gelte für den Mittelstand im allgemeinen und den genossenschaftlich organisierten Mittelstand in besonderen. „Die Genossenschaften als gesellschaftspolitisches Modell für den Zusammenschluss freier, eigenverantwortlicher Bürger sind ein wichtiger Teil der stabilen und verlässlichen Basis, die unser Land trägt“.

Rund 27 Fusionen erwartet

Die Zahl der Genossenschaftsbanken in Bayern ist nach den Worten des Verbandspräsidenten von Januar bis Mai um fünf auf 407 gesunken. Bis zum Jahresende erwartet der bayerische Verband rund 27 Fusionen. Ein starkes Wachstum zeichnet sich für 2003 im Bauspargeschäft ab. Im ersten Quartal lag die Bausparsumme der neu abgeschlossenen Verträge um 27,8

Prozent über dem Vorjahreswert, die Zahl der Verträge stieg gegenüber dem Vorjahresquartal um 18,9 Prozent auf über 57.000 Verträge. Dies dürfte auf die anhaltende Diskussion um die Kürzung der Eigenheimzulage zurückzuführen sein. Für den Rest des Jahres erwartet der Verband keine wesentliche Belebung des Kreditgeschäfts. Alle Faktoren würden darauf hindeuten, dass die Investitionen des Mittelstandes auf niedrigem Niveau stagnieren.

Die Kundengelder waren im Mai mit 77,9 Milliarden Euro um 0,1 Prozent geringer als zum Jahresbeginn. Die Spareinlagen stiegen um 0,5 Prozent auf 32,6 Milliarden Euro. Die Umsätze im Wertpapiergeschäft mit den Kunden lagen bis Mai mit 4,3 Milliarden Euro um 7,8 Prozent unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Diskussion um die Ausbildungspläne wies Frankenberger auf den überproportionalen Anteil von Auszubildenden bei den Genossenschaftsbanken hin. Ihre Zahl sei mit derzeit 2811 konstant hoch. Die Ausbildungsquote sei in 2002 gegenüber dem Vorjahr von 7,2 auf 7,5 Prozent gestiegen. Von den 8850 Auszubildenden zum Bankkaufmann in Bayern bilden die Volks- und Raiffeisenbanken rund 31 Prozent aus. E. Scholl

LfA-Förderung Mittelfranken:

Erfolgreiche Zehn-Jahres-Leistungsbilanz

Als „einen wichtigen Partner bei der Entwicklung der mittelfränkischen Wirtschaft und Beschäftigung während der letzten zehn Jahre“ hat Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu die LfA Förderbank Bayern an Betrachtung der aktuellen Förderbilanz von 1993 bis 2002 bezeichnet.

Im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderungsprogramme inklusive des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms (MKP) hat die Förderbank des Freistaats in diesem Zeitraum mittelfränkischen Betrieben rund 10.500 zinsgünstige Kredite im Umfang von insgesamt 1,8 Milliarden Euro gewährt. Mit den hiermit unterstützten Investitionen von 3,9 Milliarden Euro sind zwischen Dinkelsbühl und Hersbruck rund 13.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, 285.000 Arbeitsplätze konnten dadurch gesichert werden.

Populärstes Instrument

Weiterhin das populärste Förderinstrument der Staatsregierung in Mittelfranken ist das MKP. Die kleinen und mittleren Betriebe des Regierungsbezirks haben es in den letzten zehn Jahren über 4.600 Mal in Anspruch genommen und dabei von der LfA zinsgünstige Darlehen im Gesamtwert von über 300 Millionen Euro bekommen. Mehr als jeder zweite der geförderten Betriebe war Existenzgründer. Insgesamt betragen die unterstützten Investitionen 940 Millionen Euro. Durch sie konnten über 6.800 neue Arbeitsplätze geschaffen und rund 26.000 bestehende Stellen gesichert werden. „Das MKP ist und bleibt das Fundament für eine gesicherte und stabile Mittelstandsfinanzierung in Mittelfran-

ken“, unterstrich Minister Wiesheu.

Wiesheu, der Verwaltungsratsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern ist, betonte, dass die LfA darüber hinaus auch in anderen Bereichen wie der Technologieförderung, dem Umweltschutz, der Regionalförderung einschließlich dem Fremdenverkehr oder bei Konsolidierungen einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftspolitik in Mittelfranken leiste. Der Minister wies darauf hin, dass sich Existenzgründer und mittelständische Unternehmen über das im Jahr 2001 neu geschaffene Kundencenter der LfA unter der Telefonnummer 01801/21 24 24 bayernweit zum Ortstarif Informationen über Fördermöglichkeiten beschaffen können.

Gemeindefinanzreform:

Das Modell der Wirtschaft und seine Ungereimtheiten

Bayerischer Gemeindetag bezieht Stellung

Post von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und dem Bayerischen Bauindustrieverband erhalten derzeit Bayerns Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Darin wird das auf der politischen Ebene überwiegend abgelehnte Modell der Wirtschaft zur Reform der Kommunalfinanzien als gerecht und zukunftsgerichtet bezeichnet. Gleichzeitig wird das Modell der kommunalen Spitzenverbände zur Revitalisierung der Gewerbesteuer kritisiert. Der Bayerische Gemeindetag hat das Schreiben unter die Lupe genommen und zahlreiche Ungereimtheiten aufgedeckt:

„Das Modell der Wirtschaft setzt zunächst eine Senkung der allgemeinen Einkommensteuersätze von derzeit 19,9 bis 48,5 % auf künftig 11,5 bis 32,2 % voraus, wodurch in der Tat „für viele Bürger sogar eine Steuerentlastung möglich“ wird. Allerdings müssen die Gemeinden zum Ausgleich für ihre Einnahmenverluste infolge des Wegfalls des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Abschaffung der Gewerbesteuer erst den vorgesehenen Zuschlag auf die Einkommensteuer erheben. Dadurch wird die „Steuerentlastung“ wieder kompensiert; manche Städte und Gemeinden müssen den Zuschlag so hoch ansetzen, dass die Einkommensteuerpflichtigen mehr zu bezahlen haben als bisher. In bestimmten Gemeindetypenklassen (z. B. Umlandgemeinden von Kernstädten) könnten allerdings auch geringere Zuschläge genügen.“

„Politisch besonders brisant für die Gemeinden ist, dass der vom Bundesgesetzgeber gewährte Steuerentlastung eine höhere Steuerbelastung durch die Gemeinden gegenübersteht („Schwarzer Peter-Prinzip“).“

„Das Modell der Wirtschaft führt dazu, dass die gewerblichen Unternehmen im Umfang von etwa 9 Mrd. Euro weniger zum Steueraufkommen der Gemeinden beitragen, während beispielsweise die Arbeitnehmer um rund 8,1 Mrd. Euro mehr zum Steueraufkommen der Gemeinden beitragen müssen. Die Entlastung der Wirtschaft zu Lasten der Gesamtheit der Steuerzahler wird dadurch offenkundig, auch wenn eine Entlastung der Arbeitnehmer an anderer Stelle durch Bund und Länder ins Spiel gebracht wird.“

„Das Modell der Wirtschaft führt dazu, dass bei einem ein-

heitlichen Zuschlagssatz zur Einkommens- und Körperschaftsteuer von 22,76 % die Städte bis zu 18 % ihrer kommunalen Steuerbasis (aus bisheriger Gewerbesteuer und Einkommensteueranteil) verlieren. Zum Ausgleich müssen unterschiedliche Zuschlagssätze erhoben werden, die zu problematischen Wanderungsbewegungen der Bürgerinnen und Bürger führen.“

Gewichtige Vorteile

Dabei ist bereits berücksichtigt, dass das Zuschlagsrecht für betriebliche Einkünfte der Gemeinde des Betriebssitzes zustehen soll (derzeit wird der Wohnsitzgemeinde die entsprechende Einkommensteuer zugerechnet).

„Der aktuelle Anteil der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen steht - anders als im Schreiben der Wirtschaftsverbände der Anschein erweckt wird - derzeit nicht zur Disposition.“

„Das Modell der kommunalen Spitzenverbände weist demgegenüber gewichtige Vorteile auf. Es lässt die Steuerbelastung der einzelnen Gruppen von Steuerpflichtigen im wesentlichen unverändert. Die Wirtschaft kann sich gerade nicht von der Mitfinanzierung der kommunalen Infrastruktur verabschieden.“

„Das Modell der kommunalen Spitzenverbände stabilisiert die Einnahmen der Gemeinden auf ein angemessenes und notwendiges Niveau. Auch wenn die Höhe der früheren Gewerbesteuereinnahmen nicht erreicht werden sollte, ist doch mit zusätzlichen Einnahmen von etwa 2 Mrd. Euro bundesweit zu rechnen. Das Modell der Wirtschaft verursacht demgegenüber weitere Einnahmefälle von ca. 1,2 Mrd. Euro.“

„Ziel der Gemeindefinanzre-

form nach den Vorstellungen der kommunalen Spitzenverbände ist es unter anderem, mit der Revitalisierung der Gewerbesteuer insbesondere die steuerrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Großkonzerne, die es ihnen trotz beachtlicher Unternehmensgewinne erlaubt, ihre Steuerschuld bis auf Null zu reduzieren, einzuschränken. Kleine und mittelständische Unternehmen werden durch die Gewährung von Freibeträgen weitgehend verschont. Zur Stabilisierung des Gewerbesteueraufkommens ist es aber dringend erforderlich, die Basis der Gewerbesteuer zu erweitern.“

„Die Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht wird zum einen durch die Freibeträge abgedeckt, zum anderen kann diese Berufsgruppe davon profitieren, dass die Gewerbesteuer in gewisser Weise bei der Einkommensteuer verrechnet wird (Betriebsausgabenabzug und Direktverrechnung). Bis zu einem gemeindlichen Hebesatz von 360 Punkten ist daher die Gewerbesteuer für Freiberufler im Ergebnis belastungsneutral.“

Der Bayerische Gemeindetag setzt sich in Übereinstimmung mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund nachhaltig dafür ein, die kommunale Steuerbasis zu stabilisieren und auch die Großkonzerne wieder zur Mitfinanzierung der kommunalen Infrastruktur heranzuziehen. Darüber hinaus bemühen sich die kommunalen Spitzenverbände um eine auch kassenmäßig sofort wirksame Übergangslösung, die drängende Finanznot der Kommunen zu beheben (Sofortprogramm). Für beides besteht aktuell eine ernsthafte Chance, wenn es gelingt, die gegenseitigen Blockadehaltungen von Bundestag und Bundesrat zu überwinden. Anzeichen dafür sind vorhanden. In dieser Situation ist es laut Gemeindetag kontraproduktiv, wenn von dritter Seite mit fragwürdigen Argumenten Verwirrung geschaffen wird.“

CSU beharrt auf Sofortprogramm

Kommunale Finanzreform bleibt umstritten

Unmittelbar vor der Verbandstagung des Bayerischen Städtetags in Bad Windsheim hat im Landtag die CSU-Mehrheit nochmals die „Notwendigkeit eines Sofortprogramms zur schnellen und nachhaltigen Verbesserung der kommunalen Finanzsituation“ bekräftigt. SPD und Grüne versuchten vergeblich, die Staatsregierung auf das Reformkonzept der kommunalen Spitzenverbände mit dem Kernpunkt einer verbesserten Gewerbesteuer festzulegen. Die Regierungsfraktion war nicht gegen die Gewerbesteuer, ließ jedoch deren künftige Form im Steuersystem weiter offen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget rügte ein „Schwarzes Peter-Spiel auf dem Rücken der Kommunen“. Die Problemlösung liege in München und Berlin in gleicher Weise. Neben Konkretem zu den Steuerfragen vermisser er in dem von der CSU eingebrachten Dringlichkeitsantrag auch Maßnahmen zur besseren Hilfe für die kommunalen Schulträger, von der Ganztagschule bis zur „R 6“-Realschule und zu den Personalkosten. Die Staatsregierung müsse zum Anwalt der Kommunen werden „und nicht zu ihrem Totengräber“.

Ablenkungsmanöver

Das von CSU und Staatsregierung angekündigte Sofortprogramm als Überbrückung bis zum Tag, an dem die Finanzreform die leeren Gemeindegassen tatsächlich zu füllen beginnen kann, ist in der Wertung der Grünen-Expertin Emma Kellner ein Ablenkungsmanöver. Es sei unklar, wie etwa die vorübergehend erhöhte Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer aufgebracht werden solle. Die Abgeordnete sah in der Uneinigkeit zwischen CSU und CDU einen weiteren Punkt, an dem eine Soforthilfe scheitern könne oder werde. Andererseits gab sie zu, dass die Kommunen eine Überbrückung bräuchten, auch wenn das Berliner Reformkonzept gesetzlich zum 1. Januar 2004 in Kraft trete.

Herbert Ettengruber (CSU) warf Rot-Grün vor, die Kommunen „in den Ruin getrieben“ zu haben. Die von den bayerischen

Opposition- und Berliner Regierungsparteien im Landtag eingebrachten Gegenanträge zum CSU-Dringlichkeitsantrag seien „sehr dünn“.

Desaströse Politik

Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser sprach gleichfalls von der „desaströsen Wachstumspolitik“ der Bundesregierung. Vorschläge zur Revitalisierung der Gewerbesteuer seien zunächst deren Sache. Dass aus der Reformkommission - in der Faltlhauser war - nichts herauskommen würde, sei von vorne herein klar gewesen, weil dort Vertreter aller Beteiligten von den kommunalen Spitzenverbänden bis zur Wirtschaft mitzureden hatten. In dem gegen die Stimmen der Opposition angenommenen CSU-Antrag bestätigt die Mehrheitsfraktion die Forderungen der Staatsregierung im Bundesrat: U. a. Entlastung der Kommunen durch Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau, Aufhebung des Grundsicherungsgesetzes, sofortige Novellierung des Sozialgesetzbuches VIII zur Entlastung der Kommunen bei Kinder- und Jugendhilfeleistungen, stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme durch Sozialhilfeempfänger und Ausformulierung des Konnexitätsprinzips auf Bundesebene. Die kommunalen Steuereinnahmen müssten planbarer und stetiger werden, die Steuerbasis sei unter Gewährleistung einer gerechten Lastenverteilung zu stabilisieren und die kommunale Finanzautonomie müsse gestärkt werden. RM

TREA Breisgau:

25 Jahre konstante Entsorgungsgebühren

Schwarzwälder Kommunen mit innovativem Finanzierungsmodell

Ab Juni 2005 darf auf deutschen Deponien kein unbehandelter Abfall mehr abgekippt werden. Wegen des notwendigen Baus von Abfallbehandlungsanlagen drohen in vielen Regionen höhere Entsorgungsgebühren. Im Schwarzwald führen Kommunen mit einem innovativen Finanzierungsmodell vor, dass es auch anders geht.

Am Grunde der 13 Meter tiefen Grube gießen Bauarbeiter im neuen Gewerbepark Breisgau in Eschbach, 20 Kilometer von Freiburg entfernt, die Bodenplatte für eine Zukunftsinvestition der Schwarzwald-Region: Aus Beton und Bewehrungsstahl entsteht das Fundament der künftigen Abfallentsorgung der Region.

Public-Private-Partnership

Ab 2005 sollen hier täglich 450 Tonnen Haus- und Gewerbeabfälle aus den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und dem Ortenaukreis sowie aus der Stadt Freiburg thermisch behandelt werden, 150.000 Tonnen im Jahr. Knapp 80 Millionen Euro wird die „Thermische Restabfallbehandlungs- und Energieverwertungsanlage“ (TREA Breisgau) kosten. Wie die Schwarzwald-Kommunen die teure Investition als Public-Private-Partnership mit privaten Geldgebern und Betreibern realisieren und finanzieren, könnte zum Erfolgsmodell für die öffentliche Hand werden.

Von der Anlage können sich Besucher am Bauzaun auf einer großen Informationstafel ein Bild machen: Das gewölbte Dach der

Abfallverbrennungsanlage erinnert an die Architektur eines Flugzeughangars - der neue Gewerbepark war früher ein französischer Militärflugplatz. Das rote Logo und das helle Blau des Schriftzugs „TREA“ symbolisieren die Zusage, dass die Abfallverbrennung weder Umwelt noch Anwohner stören soll. Mit diesem Versprechen hatte die Bietergemeinschaft SOTEC aus Saarbrücken (www.sotec.de) und SITA Deutschland aus Köln den Zuschlag der beteiligten kommunalen Gremien für Bau und Betrieb der Anlage gewonnen.

Politische Einigkeit

Landrat Jochen Glaeser hatte allen Grund, die politische Einigkeit der kommunalen Partner zu loben. Sie machten mit ihrem einhelligen Beschluss rechtzeitig den Weg dafür frei, dass die Region die verschärften Bestimmungen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASI) erfüllen kann. Die TASI und die Verordnung über die Ablagerung von Siedlungsabfällen regeln die Entsorgung von Hausmüll. Ab Juni 2005 verbieten sie die Deponierung nicht thermisch oder mecha-

nisch-biologisch vorbehandelter Abfälle.

Die beteiligten Kommunen im Schwarzwald haben dafür rechtzeitig die Voraussetzungen geschaffen. „Die Uhren stehen auf fünf vor zwölf“, sagt Glaeser: „Wer jetzt noch nicht geplant hat, kann die Auflagen kaum noch erfüllen. Zwei bis drei Jahre dauert es von der Planung bis zur Inbetriebnahme einer Abfallbehandlungsanlage.“ Vernünftig dimensionierte Abfallbehandlungsanlagen setzen Jahresabfallmengen von mindestens 50.000 bis 70.000 Tonnen voraus, das entspricht dem Abfall von 100.000 bis 200.000 Einwohnern.

Coup gelandet

Angesichts dieser Herausforderung haben die Breisgau-Kreise mit ihrem Beschluss einen Coup gelandet: Während andere Städte und Gemeinden als Folge der verschärften TASI-Auflagen die Bürger schon auf höhere Abfallgebühren vorbereiten, garantieren die Schwarzwald-Kommunen ihren Bürgern mit der TREA 25 Jahre lang konstante Entsorgungs-Gebühren.

Das gelang u.a. mit einem raffinierten Finanzierungskonzept. Es ist als Public-Private-Partnership-Modell (PPP) für die finanzielle Not maßgeschneidert, unter der Mehrheit der deutschen Kommunen leidet. Als Voraussetzung für die Vergabe des Entsorgungs-

auftrags hatten die Breisgau-Kreise von den Bewerbern nicht nur ein überzeugendes technisches und ökologisches Konzept, sondern auch eine Finanzierung ohne zusätzliche Belastung für Bürger und Kommunen verlangt.

„Das war ein harter Brocken“, erinnert sich Bernd Hahn, Leiter Betriebswirtschaft im Bereich Abfallbehandlung der SOTEC GmbH, einem Unternehmen der RAG Saarberg AG, Saarbrücken. Die SOTEC GmbH hat 2001 mit rund 400 Mitarbeitern einen Umsatz von 100 Millionen Euro erwirtschaftet. Sie verfügt über 30-jährige Erfahrungen in der thermischen Abfallbehandlung. SOTEC-Spezialist Hahn suchte zunächst einen potenten Partner für die Finanzierung. Fündig wurde er bei der SüdLeasing GmbH (SL) in Mannheim. Die SüdLeasing-Gruppe (www.suedleasing.de) mit Hauptsitz in Stuttgart zählt zu den größten herstellernabhängigen Leasinggesellschaften Deutschlands und ist eine 100-Prozent-Tochter der Landesbank Baden-Württemberg. Die SüdLeasing, sagt Immobilien-Spezialist Gunther Deuerling, „engagiert sich für die Finanzierung ökologischer Projekte. Nicht zuletzt wegen der TASI-Auflagen entsteht dafür ein großer Bedarf“.

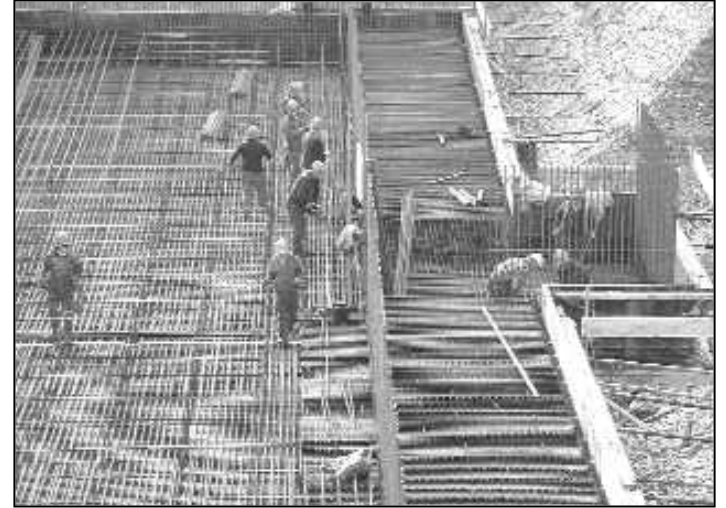
Maßgeschneiderte Finanzierung

Gemeinsam mit den Kommunen wurde ein für alle Seiten vorteilhaftes Konzept entwickelt: Zunächst wurde die MVA TREA Breisgau GmbH & Co. KG (MVA) gegründet. Sie ist die Betreibergesellschaft der Abfallverbrennungsanlage. Hundertprozentige Kommanditistin und Investor ist die SüdLeasing Immobilien GmbH (SLI), deren eigens dafür gegründeten 100-Prozent-Tochter Ilka Grundstücksverwaltungs GmbH als Komplementärin mit Stimmrechtsmehrheit die Geschäftsführung der MVA übertragen wurde. Darlehensgeber für die Finanzierung der geplanten 80 Millionen Euro Investitionskosten sind zu etwa gleichen Teilen die Landesbank Baden-Württemberg und andere öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, darunter auch zwei regionale Sparkassen.

Erbbaurechtsvertrag

Den Entsorgungsvertrag schloss die MVA mit der GAB mbH. Sie ist der Entsorgungsträger - als Kommunale Gesellschaft der beteiligten Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und Ortenaukreis, der Städte Freiburg, Heitersheim und Neuenburg sowie der Gemeinden Eschbach, Hartheim Bad Krozingen, und Ballrechten-Dottingen (www.abfallwirtschaft-breisgau.de). Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald als Eigentümer des Grundstücks für die TREA im Gewerbepark Eschbach vereinbarte mit der MVA einen Erbbaurechtsvertrag. Die MVA beauftragte die SOTEC GmbH als Generalübernehmer für die Errichtung und als Betriebsführer der TREA mit einem Geschäftsbesorgungsvertrag.

Die Verträge mit einer Laufzeit von 25 Jahren sichern die Finanzierung der Investition mit günstigen Rückzahlungskonditionen. „Die Raten für Zinsen und Tilgung können aus dem laufenden Betrieb der Müllverbrennungsanlage bezahlt werden“, erklärt SL-Experte Michael Edinger. „Pay as you use“ heißt das im Fachjargon. So bleiben die Kommunen von finanziellen Zusatzbelastungen frei. Nach 25 Jahren kann der Landkreis die Anlage zu festgelegten Konditionen übernehmen oder den Vertrag verlängern. Die Instandhaltung und Modernisierung über die gesamte Vertragslaufzeit obliegt der SOTEC GmbH.



Bauarbeiter im neuen Gewerbepark Breisgau: Aus Beton und Bewehrungsstahl entsteht das Fundament der künftigen Abfallentsorgung der Region.

Agenda 2010:

Visionen aus dem Internet

Es ist Montag, der 3. Juni 2010, 5 Uhr morgens. Der Radiowecker reißt Günther S. (46) aus dem Schlaf. Der Oldie-Sender spielt Modern Talking. Herr S. quält sich aus dem Bett. Gestern ist es etwas später geworden. Bei der Arbeit. Dienst am Pfingstsonntag - mal wieder. Früher konnte er danach wenigstens ausschlafen. „Ja ja, der Pfingstmontag“, murmelt Herr S., „ist das wirklich schon sieben Jahre her?“

Es hat sich wirklich einiges getan seit damals. Nur nicht in seinem Haus. Als 2005 die Eigenheimzulage plötzlich doch gestrichen wurde, mussten sie eben Abstriche machen. Und inzwischen hat sich Familie S. daran gewöhnt. An die frei liegenden Leitungen, den Betonfußboden.

Gut, denkt Herr S., dass damals die Garage noch nicht fertig war. Denn der Wagen ist längst verkauft. Zu teuer, seit es keine Kilometerpauschale mehr gibt. Und mit Bus und Bahn dauert es in die City ja auch nur zwei Stunden. Und was man dabei für nette Leute trifft. Zum Beispiel die Blondine, die Herrn S. immer so reizend anlächelt. Zurücklächeln mag er nicht. Wegen seiner Zähne. Aber was will man machen? 3000 EUR für zwei Kronen sind viel Geld. Und schon die Brille musste er selbst bezahlen. Hat dabei aber 15 EUR gespart. Weil er nicht gleich zum Augen-, sondern erst zum Hausarzt gegangen ist. Wegen der Überweisung.

Trotzdem: Der Urlaub fällt flach. „Das könnte Ärger geben zu Hause“, stöhnt Herr S. vor sich hin. Traurig erinnert er sich an letzte Weihnachten. Als es nichts gab. 2009 wurde nämlich auch in der freien Wirtschaft das Weihnachtsgeld gestrichen. Im öffentlichen Dienst ist das ja schon länger her. „Und bis wann gab es eigentlich Urlaubsgeld?“, fragt sich Herr S. - er kommt nicht drauf. Damals hatte man jedenfalls noch genügend Urlaub, um das Urlaubsgeld auszugeben. Heute sind es ja gerade mal 19 Tage im Jahr. Pfingstmontag? 1. Mai? Geschichte. Das stand nicht in der Agenda 2010 - so hieß sie doch, oder? Aber man soll nicht meckern. Die da oben, weiß Herr S., müssen noch viel mehr ackern.

Darum kann Günther S. mit der 45-Stunden-Woche auch ganz gut leben. Er hat auch keine Wahl. Seit der Kündigungsschutz auch in großen Betrieben gelockert wurde, mag man es sich mit den Bossen nicht mehr verscherzen. Wer will sich schon einreihen in das Heer von sechs Millionen Arbeitslosen?

Aber den Feiertagszuschlag für den Dienst an Pfingsten vermisst er schon. Was soll's, in 23 Jahren hat Herr S. es hinter sich. So üppig wird die Rente zwar nicht ausfallen, wenn das mit den Nullrunden so weitergeht. Doch wer weiß: Vielleicht bringt ihn das Rauchen vorher um? Obwohl er weniger qualmt, seit die Schachtel neun Euro kostet. Aber heute, auf den letzten Metern zum Büro, steckt Günther S. sich trotzdem eine an.



Spendenübergabe. V.l.: Dr. Siegfried Naser, Dr. Edmund Stoiber, Petra Meier to Bernd-Seidl, Dr. med. Georg Fröhlich, Dr. Eduard Leifert.

Bayerischer Sparkassentag in Lindau:

Synergien durch optimierte Zusammenarbeit ausschöpfen

Gemeinwohlorientierung als wichtiger Pfeiler der Geschäftspolitik

Die bayerischen Sparkassen blicken heute mit mehr Zuversicht in die Zukunft als noch vor wenigen Jahren. Wie der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Siegfried Naser, beim Bayerischen Sparkassentag 2003 in Lindau betonte, „wissen wir heute, dass wir als Sparkassen nach wie vor das richtige Geschäftsmodell mitbringen, das richtige Zukunftskonzept vertreten und alle Chancen haben, wenn wir unsere erfolgreiche Strategie täglich richtig umsetzen“.

Die Strategie, so Naser, stehe fest: Rechtlich wie wirtschaftlich müssten die Sparkassen selbstständig bleiben - dem Gemeinwohl verpflichtet, im Regionalprinzip arbeitend und in öffentlich-rechtlicher Rechtsform eng an die kommunalen Träger angebunden. Es gelte, alle denkbaren Synergien und Skaleneffekte durch eine optimierte Zusammenarbeit auszuschöpfen und vor Ort in den Filialen präsent zu bleiben, für alle Menschen da zu sein, den Mittelstand und die Region zu fördern sowie für ein umfassendes Angebot im Allfinanzverbund zu sorgen.

Der Anfang vom Ende

Der Präsident: „Wir lehnen jede andere Rechtsform für Sparkassen ebenso ab wie alle Gedanken über eine wie auch immer geartete Konzernstruktur. Beides wäre der Anfang vom Ende des bekannten und erfolgreichen Sparkassenwesens in Bayern.“

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr sieht Siegfried Naser im Rückzug vieler deutscher Ban-

ken aus der Kreditvergabe an Mittelstandsunternehmen. Für sie werde es wichtig sein, auch künftig verlässliche Finanzpartner zu finden. Gerade hier seien die Sparkassen in der Vergangenheit zunehmend gefordert worden.

Auftrag ernst genommen

Der Anteil der Förderkredite der bayerischen Sparkassen bei der LfA Förderbank Bayern seien beispielsweise zwischen 1998 und 2002 von 36,1 auf 44,7 Prozent gestiegen, während der Anteil der privaten Geschäftsbanken im gleichen Zeitraum von 21,9 auf 12,1 Prozent zurückfiel. Naser: „Hier wird deutlich, dass die bayerischen Sparkassen ihren öffentlichen Auftrag nach wie vor ernst nehmen und trotz geringer Margen ihren kleinen und mittleren Unternehmen Förderkredite empfehlen und vermitteln. Eigentlich sind wir damit die ‚Mittelstandsbank‘ par excellence.“

Ein wichtiger Faktor für die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Sparkassen sei der Sparkassen-Finanzverbund in

Bayern und Deutschland. So habe sich beispielsweise der Kauf der Versicherungskammer Bayern (VKB) durch die bayerischen Sparkassen für beide Seiten zum Vorteil entwickelt. Als größter öffentlicher Versicherer Deutschlands weise die VKB über alle Sparten hinweg einen Marktanteil von 19 Prozent auf. Im Bereich Lebensversicherungen betrage die Vertriebsleistung im Sparkassennetz 80 Prozent. Das vermittelte Geschäft bei der Krankenversicherung stieg im Vorjahr um 12,3 Prozent, bezogen auf den Vermittlungsanteil der Sparkassen sogar um 14,1 Prozent.

Spendenübergabe

Gemeinwohlorientierung ist ein wichtiger Pfeiler der Geschäftspolitik der bayerischen Sparkassen. Vor diesem Hintergrund übergab Präsident Naser auf Wunsch von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber 100.000 Euro an Dr. med. Georg Fröhlich, 2. Vorsitzender des Vereins Kinderhospiz Allgäu e. V., für den Aufbau eines neuen Kinderhospizes in Bad Grönenbach. 25.000 Euro gingen an die Stadt Lindau für die Gründung eines Jugendtreffs in Lindau-Zech, ebenfalls 25.000 Euro wurden für einen Jugendkulturforum im Landkreis Lindau spendet. Oberbürgermeisterin Petra Meier to Bernd-Seidl und Landrat Dr. Eduard Leifert nahmen die Zuwendung entgegen.

Bewährte Struktur

Erstere war es auch, die in ihrem Grußwort die reichhaltige Geschichte der Stadt Lindau auf das örtliche Sparkassenwesen fokussierte. Die vor über 175 Jahren gegründete Sparkasse Lindau sei besonders für die mittelständischen Betriebe zu einem wichtigen und unverzichtbaren Wegbegleiter avanciert. Gerade die gute und flexible Wirtschaftsstruktur im Geschäftsbereich habe sich in der aktuell schwierigen Wirtschaftslage bestens bewährt.

Intensiver Austausch

Dass die örtliche Sparkasse sich den steten Veränderungen der Bankenlandschaft innovativ gestellt habe, sei auch an der Fusion der gesunden Sparkasse Lindau mit der leistungsstarken Sparkasse Memmingen-Mindelheim zum 1. Januar 2001 erkennbar. Hier sei von Anfang an ein intensiver und vertrauensvoller Austausch zwischen Poli-

tik und Sparkassen gepflegt worden, so dass keine Irritationen entstanden seien. Die Rat- hauschefin: „Dieses Beispiel zeigt, wie sehr sich die Bankenlandschaft verändert und wie notwendig es ist, richtige und zukunftsweisende Markenzeichen zu setzen, will man sich mit den anstehenden Herausforderungen, die sich durch die Globalisierung der Finanzmärkte ergeben, erfolgreich stellen.“

Der Freistaat als Partner

Dass die Sparkassen für die Wirtschaft, aber vor allem für den Mittelstand unverzichtbar sind, hob Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hervor. Darüber hinaus bekannte er sich zum Erhalt des bewährten dreigliedrigen deutschen Bankensystems. Auch in Zukunft werde eine Bankenstruktur benötigt, die sich der Region bewusst sei. Hierbei könnten die bayerischen Sparkassen auf den Freistaat Bayern als Partner zählen.

Wichtiger Eckpfeiler

Im Hinblick auf die ab 2005 wegfallenden öffentlichen Haftungs- garantien Anstaltslast und Gewährträgerhaftung und einer daraus resultierenden neuen Bewährungsprobe für die Partnerschaft von Freistaat und Sparkassen meinte Stoiber: „Der Freistaat Bayern steht zu seiner Beteiligung an der Bayerischen Landesbank! Deshalb bleiben wir Partner der Sparkassen als



Stabwechsel: Der Landesobmann der bayerischen Sparkassen, Gerhard Fleck (l.), wurde von Diplom-Kaufmann Alois Hagl (r.) abgelöst.

Anteilseigner der Landesbank.“

Im Verbund mit den Sparkassen sei die Bayerische Landesbank ein wichtiger Eckpfeiler in der Versorgung aller Bevölkerungskreise mit Finanzdienstleistungen. Erfolgsgarant der wirtschaftlichen Entwicklung könnten Sparkassen und Landesbank aber nur sein, wenn sie selbst intensiv zusammenarbeiteten. Notwendig sei deshalb ein „ausdrückliches und vor allem auch tatsächlich praktiziertes Bekenntnis“ der Sparkassen und der Landesbank zum Verbund. Schließlich reichten das Maß und die Intensität der Kooperation noch nicht aus, um die immensen Herausforderungen der Zukunft meistern zu können.

Freiwillige Fusionen haben Vorrang

In Sachen Sparkassenfusionen räumt die Staatsregierung freiwilligen Fusionen weiterhin eindeutig den Vorrang ein, wie Stoiber ausführte: „Wir sind für Konsenslösungen, die den sparkassenrechtlichen Zielvorgaben und den betriebswirtschaftlichen Anforderungen entsprechen. Ich appelliere hier besonders an die Entscheidungsträger in den Landkreisen mit mehreren Sparkassen und an benachbarte kreisfreie Städte und Landkreise mit jeweils eigenen Sparkassen.“

Der Bayerische Sparkassentag 2003 stand auch ganz im Zeichen des Stabwechsels vom

Landesobmann der bayerischen Sparkassen, Gerhard Fleck, zu Diplom-Kaufmann Alois Hagl (58), seit 1. Juni 1990 Vorstandsvorsitzender der Sparkasse im Landkreis Schwandorf. Neuer stellvertretender Landesobmann wurde Karl-Ludwig Kamprath, Vorsitzender des Vorstandes der Kreissparkasse München-Starnberg.

Die Weichen gestellt

Gerhard Fleck, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bamberg, hatte die Position des Landesobmanns seit März 1996 bis zu seinem jetzt erreichten Ruhestand inne. Laut Ministerpräsident Stoiber hat er entscheidende Weichenstellungen vorgenommen, um die örtlichen Sparkassen zu stärken und zugleich den Sparkassen-Finanzverbund in Bayern auszubauen.

Unverzichtbare Sparkassen

In seiner Antrittsrede verwies der neue Landesobmann Alois Hagl zunächst auf die Unverzichtbarkeit der Sparkassen-Finanzgruppe für den Mittelstand und das Handwerk hin: Drei Viertel aller mittelständischen Unternehmen in Deutschland hätten eine Geschäftsverbindung zu einer Sparkasse, bei rund der Hälfte aller Unternehmen mit weniger als 500.000 Euro Geschäftsumsatz stelle eine Sparkasse die Hauptbankverbindung dar. Mehr als zwei Drittel aller Handwerkskredite



weg falsch und irreführend.

Für die Zukunft gelten laut Hagl folgende Maxime: Erträge steigern, Kosten senken, Verbund stärken! Mit Blick auf einen Ausspruch von Philipp Rothschild: „Wer zu spät an die Kosten denkt, tötet die Kreativität“ - gab er zu bedenken, dass bei allem berechtigten Kostensparen die Kunden und deren Wünsche nicht vergessen werden dürften. Einseitige, radikale Kostensenkungsprogramme in Form von Personalabbau und Zweigstellenschließungen brächten zwar kurzfristige Erfolge, würden sich aber langfristig nicht lohnen. Dies wiederum solle aber nicht bedeuten, „dass wir unser Zweigstellennetz und dessen Effizienz nicht überprüfen sollen“.

Erste Einsparungen

Da mehr als ein Drittel der Sachkosten durch die Informatik- onstechnologie (IT) verursacht wird, komme deren Optimierung eine zentrale Bedeutung zu. Die rund 500 Mio. Euro, die die bayerischen Sparkassen jährlich für die IT aufwendeten, verteilen sich je zur Hälfte auf die dezentralen Kosten in den einzelnen Sparkassen und auf die Informatik-Zentren. Um die IT-Kosten heute und nicht erst in einigen Jahren senken zu können, werde eine eingehende Analyse und Kostentransparenz benötigt, sagte Hagl. Erste Einsparungen seien bereits erzielt worden, wenngleich generell nachhaltige Einsparungen bei den gesamten IT-Aufwendungen wichtiger seien als kurzfristige Kostensenkungen durch pauschale Budgetkürzungen.

Schicksalsgemeinschaft

Alle, die zur Sparkassen-Finanzgruppe Bayern gehörten, bildeten eine Schicksalsgemeinschaft - in guten wie in schlechten Zeiten - , an die man sich nicht nur dann erinnern dürfe, wenn man sie brauche. „Wir sind alle Glieder einer Kette, die so stark ist wie ihr schwächstes Glied“, betonte der Landesobmann. Dessen müsse sich jeder stets bewusst sein.

Berechtigtes Interesse

Was Art und Umfang der Zusammenarbeit mit der Landesbank anbelangt, meinte Hagl, es sei wichtig zu wissen, welches Geschäftsmodell sie umsetzen wird. Wenn es der Landesbank schlecht gehe, könne es den Sparkassen als Miteigentümer, Gläubiger und Kunden der Landesbank schließlich auf Dauer nicht gut gehen. Als zur Hälfte am Grundkapital der Bank beteiligte und Hauptrisikoträger sei das Interesse der Sparkassen an der Zukunft der Landesbank durchaus berechtigt. Ziel müsse sein, zu einem „verbindlichen, ratingunterstützten Verbund“ zu kommen, der allen Vorteile bringt. Verbundgeschäfte dürften in Zukunft keine Einbahnstraße mehr darstellen.

Auf dem richtigen Weg

Hagl abschließend: „Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern wird auch in Zukunft stark sein, wenn es uns gelingt, eine einheitliche Grundstruktur und Identität zu bewahren ... Nur so können Synergien erschlossen werden, die zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit aller zwingend notwendig sind... Die öffentliche Rechtsform mit kommunaler Bindung als Klammer sichert den Zusammenhalt im Verbund als Basis für den Erfolg im Markt. Wie unsere Ergebnisse zeigen, ist die Bayerische Sparkassenorganisation auf dem richtigen Weg!“

S-UBG Bayern AG:

Erstes Geschäftsjahr positiv abgeschlossen

Bereits im ersten Geschäftsjahr hat die S-UBG Bayern ein leicht positives Ergebnis vor Steuern erzielt. Die S-UBG Bayern AG ist eine bayernweit tätige Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, an der 18 Sparkassen Aktien halten. Der Geschäftsbetrieb startete im Juli 2002.

Im vergangenen Jahr wurden zahlreiche Projektanfragen geprüft. Der Bekanntheitsgrad der Gesellschaft im Markt nimmt ständig zu, was sich in einer Vielzahl von Projektanfragen auch von Nicht-Aktionären ausdrückt.

Umfangreiche Projektprüfung

Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einer hohen Abschreibungsquote in der Branche waren die Aktivitäten des ersten Geschäftsjahres durch umfangreiche Projektprüfungen geprägt. Aufgrund dieser intensiven Vorarbeiten im deal flow ist 2003 geplant, mehrere Beteiligungen einzugehen. Der Vorstand der Gesellschaft geht davon aus, dass dieses Ziel trotz des nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes erreicht werden kann. Er berichtet, dass zwei Beteiligungen kurz vor dem Abschluss stehen. **DK**



Der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt

Für den Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank war es ein „Glücksfall“, wie es Vorsitzender und Finanzminister Professor Kurt Faltlhauser formulierte, dass er, zusammen mit Sparkassenpräsident Siegfried Naser, vor zwei Jahren Werner Schmidt als Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Landesbank verpflichten konnte. „Er war der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt“, ein Mann mit fachlicher Kompetenz, Durchsetzungskraft, schnellem Handeln und strategischem Weitblick, rühmte der Minister den Jubilar, der im Hubertusaal in Schloss Nymphenburg seinen 60. Geburtstag feierte. Zuvor wurde er bereits von seinem Vorstandskollegen Peter Kahn gebührend gelobt. Damals sei schon absehbar gewesen, dass die Landesbank, ebenso wie der gesamte öffentlich-rechtliche Kreditsektor, vor entscheidenden Herausforderungen stehe, sagte Faltlhauser. Schmidt habe also ein Schiff in schwierigen Stürmen übernommen und Faltlhauser ließ keinen Zweifel daran, dass er es bis 2005 auch sicher in den Hafens steuern würde. Beste Voraussetzungen dazu habe der Banker Schmidt, der seinen Beruf von der Pike auf gelernt und auf mehr als 30-jährige Erfahrungen als Vorstandsmitglied in Banken zurückgreifen könne. „Das ist eine beispiellose Karriere, und die beiden Gesellschafter hoffen, dass Sie dieser Erfolgsstory noch weitere Kapitel hinzufügen.“

Marianne E. Haas

Kulturstiftung der Stadtparkasse München:

Isa Genzken erhält Kunstpreis 2004

Die Jury des mit 50.000 Euro dotierten Internationalen Kunstpreises 2004 der Kulturstiftung der Stadtparkasse München hat die Berlinerin Isa Genzken als Preisträgerin gewählt. Isa Genzken, Jahrgang 1948, gehört zu den bedeutendsten zeitgenössischen Künstlern in Deutschland. Sie ist in den 70er Jahren mit farbig bemalten Holzskulpturen hervorgetreten und hat besonders in der letzten Zeit das Thema Skulptur auf eine neue Ebene gehoben. Die Künstlerin verbindet in ihren Skulpturen einen malerischen Ansatz mit einer Raumerfahrung, die architektonische Qualität einschließt.

Die Preisträgerin war neben ihrer eigentlichen plastischen Arbeit immer offen für unterschiedliche Medien wie Fotografie und Malerei. Isa Genzken ist nun eingeladen, im Jahr 2004 auf dem Museumsplatz zwischen Lenbachhaus und Kunstbau ein skulpturales Projekt zu realisieren.

Die Entscheidung fiel auf die Bildhauerin, weil die fünfköpfige Jury von internationalem Rang - bestehend aus Prof. Dr. Helmut Friedel, Ida Gianelli, Alfons Hug, Vasif Kortun und Dirk Snauwaert - davon ausgeht, dass sie mit der historisch und künstlerisch konkret geprägten Umgebung des Museumsplatzes so umgehen wird, dass ein spannungsreiches Beziehungsgeflecht entsteht. Ihr Motto „Jeder Mensch braucht mindestens ein Fenster“ bringt zum Ausdruck, dass Isa Genzken in ihrer Arbeit einen unmittelbaren Bezug zwischen Betrachter, Skulptur und Architektur sieht.

Richtungweisende Werkkomplexe

Die Künstlerin hat in den vergangenen Jahren wichtigen Werkkomplexen Titel wie „Soziale Fassade“ bzw. „Vom Himmel zurück“ gegeben. Damit gibt sie eine Vorstellung, in welche Richtung ihre Arbeit für den Museumsplatz gehen könnte.

Die 1992 gegründete Kulturstiftung der Stadtparkasse München, die jährlich 250.000 Euro für Kulturprojekte zur Verfügung stellt, hat es sich zum Ziel gesetzt, gleichberechtigt neben viel beachteten Aktionen auch Nischenkultur und den Nachwuchs zu fördern. Unterstützt werden Bildende und Darstellende Kunst, Musik, Film/Fotografie und Literatur, aber auch Denkmal-, Heimat- und Brauchtumspflege. Mehr als 190 Projekte wurden seit der Gründung gefördert.

Höhepunkt ist die Vergabe des „Internationalen Kunstpreises der Kulturstiftung Stadtparkasse München“, einer der höchstdotierten Kunstpreise in Europa. Er wird alle zwei Jahre verliehen. Diese Auszeichnung will dazu beitragen, Münchens Ruf als Kulturstadt zu stärken. Dazu werden herausragende innovative Künstlerinnen und Künstler nach München geholt und deren Werk einem großen Kreis von Kunstinteressierten zugänglich gemacht. Die Auszeichnung soll dem Preisträger außerdem helfen, seine Arbeit auch in Zukunft konsequent und kompromisslos weiterzuentwickeln.

DK

Vom Sicherheitsbedürfnis der Bausparer

Hohe Steigerungsraten im Neugeschäft der Bayerischen Landesbausparkasse

München. Hohe Zuwachsraten verzeichnet die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) gegenwärtig in ihrem Neugeschäft. Wie der Sprecher der Geschäftsleitung, Manfred Werner, in der Bilanzpressekonferenz berichtete, vermittelten die bayerischen Sparkassen und der LBS-Außendienst in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 148.510 Bausparverträge im Wert von 3,4 Milliarden Euro. Das Plus von 53,4 Prozent in der Stückzahl und 60,7 Prozent in der Bausparsumme wertete Werner als „erfreulich aber auch außergewöhnlich“. Neben dem wichtigen und beständigen Motiv der Altersvorsorge mit Wohneigentum mache sich hier die gegenwärtig besonders ausgeprägte Sicherheitsorientierung der Sparer bemerkbar. Außerdem würden die Wachstumsraten durch das relativ niedrige Absatzniveau im Vergleichszeitraum des Vorjahres verzerrt.

Das Kreditgeschäft hält sich dagegen trotz einer leichten Erholung, im ersten Halbjahr auf niedrigem Niveau. Nachdem sich die Summe der Kapitalauszahlungen 2002 um 3,4 Prozent auf etwas mehr als 1,9 Milliarden Euro ermäßigt hatte, legte sie zwischen Januar und Juni 2003 gering um 0,6 Prozent zu. Die Struktur der Finanzierungen hat sich dabei gedreht. Während im letzten Jahr vor allem kollektive Bausparmittel gefragt waren, setzten die LBS-Kunden in den ersten sechs Monaten 2003 zunehmend auch Sofortfinanzierungen.

Gesunkenes Zinsniveau

Gründe dafür sind nach Werner das gesunkene Zinsniveau und Sonderkreditprogramme der LBS. Viele Immobilienverkäufer und Modernisierer nutzten die Vorfinanzierungsprodukte, um die aktuell günstigen Konditionen mit dem niedrigen Zins eines Bauspardarlehens zu kombinieren und so bis zur Tilgung der letzten Rate ihre mo-

natische Belastung exakt kalkulieren zu können.

Im Geschäftsjahr 2002 schloss die LBS mit 187,4 Millionen Euro ab. Das Plus von 2,3 Prozent begründete die Geschäftsleitung vor allem mit marktgerechten Bauspartarifen und einer Ausweitung der Geldanlagen. Der Provisionsüberschuss reduzierte sich als Folge des guten Neugeschäfts um 27,1 Prozent auf 3,5 Millionen Euro. Der Verwaltungsaufwand wurde durch konsequentes Kostenmanagement um 5,3 Prozent auf 120,8 Millionen Euro gedrückt. Das Betriebsergebnis vor Risikoversorge verbesserte sich um 52,9 Prozent auf knapp 101 Millionen Euro.

Drittbester Jahrgang

Aufgrund eines starken zweiten Halbjahres hatte sich der Jahrgang 2002 am Ende noch zum drittbesten in der Geschichte der LBS entwickelt. 212.596 Abschlüsse ergaben ein Plus von 3,2 Prozent, 4,7 Milliarden Euro Bausparsumme er-

ÖPNV-Förderung:

Finanzspritze für kommunale Träger

Bayerisches Verkehrsministerium stellt 61 Millionen Euro bereit

Mit 61 Millionen Euro fördert der Freistaat in diesem Jahr den ÖPNV-Betrieb durch die kommunalen Träger. Die ÖPNV-Zuweisungen werden überwiegend für die Omnibus-Linien in Bayern verwendet. Der Freistaat setze auf ein integriertes und attraktives Angebot im öffentlichen Nahverkehr, betonte Verkehrsminister Otto Wiesheu. Dies sei ein wichtiger Standortfaktor und ein Plus für die Lebens- und Standortqualität in Bayern.

„Wir wollen von den prognostizierten Verkehrszuwächsen möglichst viel auf öffentliche Verkehrsmittel verlagern. Das entlastet die Straße, macht den Verkehr sicherer und ist gut für die Umwelt“, erklärte der Minister. Die Anstrengungen zahlen sich aus. Allein im letzten Jahr ist das Fahrgastaufkommen im Bus- und Tramverkehr in Bayern um nochmals neun Millionen auf den Rekordwert von 1,16 Milliarden Fahrgäste gestiegen.

Hohes Niveau

Die Staatsregierung hat die ÖPNV-Zuweisungen im Vergleich zum Vorjahr trotz angespannter Haushaltslage auf gleich hohem Niveau belassen. Knapp 37 Millionen Euro fließen heuer in die ländlichen Regionen, etwas mehr als 24 Millionen Euro kommen den Ballungsräumen zugute. „Die Aufteilung von 60 zu 40 zugunsten des ländlichen Raums hat sich bewährt. Sie ist ein klares strukturpolitisches Signal für eine Qualitätssteigerung des ÖPNV in der Fläche“, bekräftigte Wiesheu.

Gerade dort sei es zu substantiellen Verbesserungen und einer spürbaren Belebung des öffentlichen Nahverkehrs gekommen.

ÖPNV und Freizeitverkehr

Der Minister betonte, dass gerade in Bayern der ÖPNV nicht nur für Fahrten zum Arbeitsplatz oder zur Ausbildungsstätte, sondern gerade auch im Freizeitverkehr eine wichtige Rolle einnehme. Als Beispiel nannte Wiesheu hier die drei Fahrradbuslinien mit Verknüpfung zu den Bahnen im Frankenwald unter dem Namen „Frankenwald mobil“, die im Jahr 2002 mit dem Bayerischen ÖPNV-Preis ausgezeichnet worden sind, den Fichtelgebirgsbus des Landkreises Bayreuth mit seinen sechs Rundkursen um den Ochsenkopf und die Igelbusse im Nationalpark Bayerischer Wald.

Wichtige Säule

Die ÖPNV-Zuweisungen sind eine der wichtigsten Säulen der bayerischen ÖPNV-Förderung. Ihr Mittelumfang

schen Landesbank ist. „Mit dieser Transaktion bündelt die Bayerische Landesbank ihre Immobilienaktivitäten und schafft Synergien im Konzern.“ Dass der Aufschwung auf dem Immobilienmarkt weiter auf sich warten lässt, führt der LBS-Chef nicht nur auf die lahme Konjunktur und die unsichere Arbeitsmarktlage zurück. Er beklagte auch mangelnde Zeichen der Politik, dem Stimmungstief entgegenzuwirken.

Tragende Säule

In diesem Zusammenhang kritisierte Werner die von der Bundesregierung geplante vollständige Streichung der Eigenheimförderung. Ein einseitiges Sonderopfer Wohneigentum sei nicht angebracht. Die gerade von der jetzigen Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode so vehement verfochtene Förderung der privaten Altersvorsorge würde konterkariert. „Die Immobilie ist eine tragende Säule der Altersversorgung“, betonte der Sprecher der Geschäftsleitung. In den anstehenden Verhandlungen der Bundesregierung mit der Opposition und den Ländern müsse sich entscheiden, ob die Politik zu einer ausgewogenen Behandlung von Wohneigentum und Mietwohnungsbau bereit sei.

E. Scholl



Initiator der Tauschbörse: MdB Markus Ferber.

Tausche Adler gegen Eule

Erste Euro-Münzen-Tauschbörse in der Kreissparkasse Augsburg

Augsburg (pm). Deutscher Bundesadler gegen griechische Eule, finnische Moltebeere gegen das königliche Siegel aus Portugal: Am 4. Juli fand die erste Euro-Münzen-Tauschbörse Augsburgs statt. Initiatoren der Veranstaltung waren der schwäbische Europaabgeordnete Markus Ferber in Kooperation mit der Kreissparkasse Augsburg.

Von 10 bis 14 Uhr waren Euro-Tauschfreunde in der Hauptstelle der Kreissparkasse Augsburg im Sparkassensaal (4. Stock) am Martin-Luther-Platz in Augsburg herzlich willkommen. Tauschinteressenten konnten ihren eigenen Vorrat an deutschen und ausländischen Euro-Münzen mitbringen, um beliebig mit anderen Besuchern zu tauschen.

Zudem stellte Markus Ferber weit über zehn Kilo an Euro- und Cent-Münzen aller

richtet sich nach dem Kfz-Steuer-Aufkommen. Die Fördermittel gehen über die Bezirksregierungen an die bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte. Diese sind in Bayern die Aufgabenträger des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs. Die Aufteilung der Summe auf die jeweiligen Regierungsbezirke wird in Kürze erfolgen und bekannt gegeben.

anderen elf Euro-Mitgliedsstaaten bereit.

Faire Tauschregeln für Münzbestand

Für diesen Münzbestand galten faire Tauschregeln: Getauscht wurde nur der reine Münzwert. Maximal fünf ausländische Münzen durften gegen deutsche Münzen getauscht werden; rein ausländische Münzen waren hingegen in beliebiger Anzahl tauschbar.

Komplette Münzsätze der Euro-Staaten sind bei Sammlern begehrt und „die Euro-Münzen-Tauschbörse bot Gelegenheit, die zwölf Münzsätze mit insgesamt 96 Euro- und Cent-Münzen zu komplettieren“, informierte Markus Ferber, selbst begeisterter Sammler. Im Verlauf der Börse fand die Verlosung von über 100 Euro-Sammelalben statt. Der Eintritt zur Euro-Münzen-Tauschbörse war frei.

„Granitzentrum Bayerischer Wald in Hauzenberg“:

Spatenstich für ein Vorzeigeprojekt in der Region

Passaus Landrat Hanns Dorfner und der Bürgermeister der Bayerwaldstadt Hauzenberg, Bernd Zechmann, haben mit dem Spatenstich das Startsignal für den Bau der zukunfts-trächtigen Gemeinschaftsmaßnahme von Landkreis Passau und Stadt Hauzenberg, „Granitzentrum Bayerischer Wald in Hauzenberg“ gegeben.

Das Kostenvolumen der Maßnahme beläuft sich auf 3,5 Mio. Euro. Dabei entfällt eine Kofinanzierung in Höhe von je 750.000 Euro auf den Landkreis Passau sowie die Stadt Hauzenberg. Die Europäische Union (INTERREG III) fördert das Vorhaben mit 1,5 Mio. Euro und der Kulturfonds Bayern in Höhe von 400.000 Euro. Da ein noch beantragter Landeszuschuss aus der Bayerischen Landesstiftung nicht gewährt werden konnte, soll dieser Betrag aus anderen Landesmitteln aufgefangen werden. Ganz wesentlich, vor allem auch für den Ausstattungsteil, ist die Förder-zusage der Bayerischen Spar-kassenstiftung in Höhe von 30.000 €

Die Anfänge des Granitmu-seums/Granitzentrums in Hauzenberg gehen in den Gremien

des Landkreises Passau zurück bis Mitte der 90er Jahre. Schon damals wurde beschlossen, „die Errichtung eines überregionalen Granitmuseums in Hauzenberg voranzutreiben“.

Vom Juni 1999 erklärte dann der Ausschuss für Umwelt, Ab-fallwirtschaft und Energie des Landkreises Passau seine grundsätzliche Bereitschaft, die Investition in gleicher Höhe wie die Stadt Hauzenberg mitzutragen, verteilt auf einen Zeitraum von etwa 6 Jahren. Eine Verein-barung zwischen dem Land-kreis Passau und der Stadt Hauzenberg zur gemeinschaftlichen Errichtung eines Granitzentrums/-museums wurde abgeschlossen. Im November 2000 erfolgte dann die Beschlussfas-sung zum gemeinsamen Grund-erwerb des sogenannten Schachetbrüchens.

Nach ursprünglichen Überle-gungen, eine Betriebs-GmbH für das Granitzentrum in Hauzenberg zu gründen, entschlossen sich der Landkreis Passau und die Stadt Hauzenberg bald, die gesamte Führung und Ver-antwortlichkeit für den Betrieb der Einrichtung in die Hände derjenigen zu geben, die auch bei der Konzeption und Realisierung des Zentrums wesent-lichen Einfluss ausüben.

Ein entsprechender Betriebs-führungsvertrag mit zwei bisher schon besonders engagierten Privatpersonen, die sich in einer Betriebs-GmbH für das Gra-nitzentrum zusammengefasst haben wurde daher abgeschlos-sen.

Das Projekt, das in der Öff-entlichkeit vielfach noch als Granitmuseum bezeichnet wird, soll aber weit mehr sein bzw. werden. So soll auf dieser Anla-ge künftig den Urlaubern, Gä-

abends geht es auf der Showbüh-ne mit Live-Acts der Gruppen „Carlos Mogutseu“, „Luxus“ und „Souldoctors“ weiter.

Montags gibt es dort wie im Vorjahr den schon traditionellen Oldieabend mit der legendären Formation „Peter M., Guess Who and Friends“.

Mittelalterlicher Markt

Parallel zum Programm auf dem Marktplatz und dem Ver-gnügungspark bildet das Ange-bot des Heimat- und Ge-schichtsvereins in der Burg einen weiteren Schwerpunkt des Alzenauer Stadtfestes. Dort können Besucher am Samstag und Sonntag einen mittelalter-lichen Markt mit Aufführungen erleben. Diese finden Samstag und Sonntag statt. Außerdem gibt es interessante Burgführun-gen in historischen Kostümen.

Speziell für die kleinen Stadt-fest-Besucher kommt in diesem Jahr am Samstag und Sonntag „Micha's rollende Phantasiothek“. Mit sechs ungewöhnlichen Spielstationen bietet der Spielpark den Kindern viel Spaß der ganz besonderen Art. Am Sonntag verstärken zusätz-lich die städtischen Kindergär-ten und -tagesstätten das Pro-gramm für die jüngsten Gäste:

Auch Straßenkünstler dürfen natürlich beim Stadtfest nicht fehlen. „Julchen und Albert“ versprechen mit waghalsiger Trapez- und Luftartistik ein Straßentheaterprogramm der Extraklasse. Weiterhin werden Stelzenkünstler in ausgefallenen Kostümen und Masken an den Festtagen in der Innenstadt un-terwegs sein.

Entenrennen

Eine Gaudi für die ganze Fa-milie dürfte wieder das „2. Alzenauer Entenrennen“ werden, das am Sonntag, 10. August, auf dem Programm steht. Veranstaltet vom Rotary Club Alzenau werden Tausende kleiner gelber Plastikenten dann auf der Kahl um die Wette schwimmen. Durch den Kauf einer Rennlizenz für eine „Alzenauer Ren-nente“ kann jeder am Wett-kampf teilnehmen. Die Lizen-zen sind im Vorverkauf, unter anderem bei Schreibwaren Goldbach sowie am Rotary-Stand auf dem Stadtfest erhält-lich. Den Gewinnern winken tolle Preise. Der Erlös des En-tenrennens kommt der „Deut-schen José Carreras Leukämie-Stiftung e. V.“ zugute, dessen Ziel es ist, Leukämie immer und bei jedem heilbar zu machen.

sten der Region, aber auch den Einheimischen, die Geschichte des Granits, insbesondere auch dessen Abbau in unserer Region nähergebracht werden. Dazu wird auch ein Erlebnissteinbruch, der originalgetreu den hi-storischen Granitabbau nacher-leben lässt, eingerichtet werden. Das Projekt soll aber auch die Rolle eines Granitzentrums übernehmen: Ein Forum für die regionale Granitwirtschaft in Bayern, um Architekten, Plan-ner, etc. den Stand der Technik bezüglich der Verwendung und Bearbeitung des Werkstoffes Granit aus heutiger Sicht näher-zubringen und damit ein Multi-plikator für die regionale Gra-nitwirtschaft sein. In diesem Zusammenhang appellierte der Landrat auch an die gesamte Granitwirtschaft des Bayeri-schen Waldes, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, das Granitzentrum - als viel-eicht letzte Chance - anzuneh-men, es für Tagungen und son-stige Veranstaltungen zu nutzen und aktiv in das eigene Marke-ting einzubinden.

Mit der Fertigstellung und In-betriebnahme des innovativen Projektes ist im Frühjahr 2005 zu rechnen.

Angesichts so vieler Veran-staltungen gilt es, sich rechtzei-tig zu stärken. So sorgen auch in diesem Jahr die Alzenauer Vereine und ortsansässigen Gastro-nomen wieder bestens für das leibliche Wohl. Erstmals ver-wandelt sich dabei die Stadtmit-te in eine Art Themenpark, das heißt: Die Bewirtungsstände präsentieren sich und ihr Ange-bot jeweils unter einem be-stimmten Motto. Vom Weindorf über den bayerischen Biergarten bis zur urigen Harmonia-Scheune mit der alten Bauern-schaft neben dem Rathaus reicht das Repertoire.

Vielfältiges Repertoire

Neben den „gängigen“ Im-biss-Angeboten wie Bratwürst-chen und Pommes Frites finden die Besucher ein vielfältiges Repertoire an leckeren Speisen, so auch eine mediterrane Küche mit spanischen Spezialitäten, unter anderem wird es eine Rie-senpfanne mit Paella geben. Empfehlenswert sind auch die weiteren Themenbereiche wie „Musical & More“ vor dem Rathaus und „Im wilden We-sten“ in der Burgstraße. Mit Auftritten einer Square-Dance-Gruppe wird hier für die richtige Wild-West-Stimmung gesorgt. Bei den „Bergvagabun-den“ im Bereich der Kirche gilt es wie in den Vorjahren die acht Meter hohe Kletterwand zu be-zwingen. Selbstverständlich ist es auch hier möglich, sich vor und nach dieser anstrengenden sportlichen Betätigung zu stär-ken. Und wen es in die Ferne zieht, der kann bei heißen Sam-barythmen am Stand der Brasil Events Copacabana-Stimmung mitten in Alzenau erleben.

Abschlussfeuerwerk

Stimmungsvoll wird auch das große Abschlussfeuerwerk sein, mit dem das Alzenauer Stadtfest 2003 am 11. August ausklingt. Die Burg Alzenau erstrahl dann bei klangvoller Musik im Feu-erzauber.

Um dem erwarteten Besucher-andrang gerecht zu werden, setzt Alzenau auf den bewähr-ten kostenlosen Bus-Pendel-dienst. Die Busse bringen die Stadtfestbesucher jeweils im 15-Minuten Takt von den Halte-stellen in den Ortsdurchfahrten sowie den ausgeschilderten Park-and-Ride-Parkplätzen gra-tis in die Stadtmitte. Die Fahr-pläne sind an den entsprechen-nden Haltestellen angebracht. Die reguläre City-Bus-Linie fährt während dieser Zeit nicht.



Beim Spatenstich (v.l.): Bürgermeister Bernd Zechmann, Architekt Peter Brückner, Landrat Hanns Dorfner und Architekt Christian Brückner. Bild: Bosch

Puchschlagen:

Gemeindehaus eingeweiht

Ein lang ersehnter Wunsch ging für die Bürgerinnen und Bürger von Puchschlagen in Erfüllung. Das Gemeindehaus, in dem unter anderem die Freiwillige Feuerwehr, der Schützenverein und ein Gemeindesaal untergebracht sind, wurde nach knapp zweijähriger Bauzeit eingeweiht.

Überaus großes Lob erhielt die Dorfgemeinschaft für ihr uner-müdliches Engagement und die über 6000 geleisteten freiwilligen Arbeitsstunden beim Bau „ihres“ Gemeindehauses.

Zur Einweihungsfeier waren neben zahlreichen Vereinen aus der Gemeinde Schwabhausen unter anderem der Regierungsvize-präsident von Oberbayern, Dr. Wolfgang Kunert, der Landtags-abgeordnete Blasius Thäter, Landrat Hansjörg Christmann, viele Gemeinderäte, Altbürger-meister Josef Baumgartner, Gauschützenmeister Alfred Reiner sowie Kreisbrandrat Erwin Zeherer, Kreisbrandinspektor Ru-di Reimoser und der Kreisbrand-meister Paul Steier gekommen.

Rückblick

In seinem Grußwort ließ Bür-germeister Josef Mederer die Ge-schichte bis zur Fertigstellung des Gemeindehauses Revue passie-ren. Er berichtete, dass sein Vor-gänger, Altbürgermeister Josef Baumgartner, mit dem Grunder-werb einen der Grundsteine für das Gemeindehaus gelegt hatte. Bereits zwei Tage nach Antritt seines Bürgermeisteramtes vor zehn Jahren kam Puchschlagens Schützenmeister Hans Sturm zu Josef Mederer, um die Notwen-digkeit eines Gemeindehauses er-neut zu unterstreichen.

Ein „ewiger Kämpfer“

Hans Sturm bezeichnete Mede-erer als „ewigen Kämpfer“ für das Gemeindehaus. Von vornherein stand jedoch fest, dass dieses Vor-haben nur mit Eigenleistung ver-wirklicht werden kann. Und diese Aufgabe haben die Puchschlage-ner bestens gemeistert. „Das un-ermüdliche Engagement hat seine Früchte getragen und somit ist ein lang ersehnter Wunsch in Erfül-lung gegangen. Was sie hier ge-leistet haben, ist großartig und wohl im weiten Umkreis einma-lig“, lobte Mederer. Er bedankte sich beim Regierungspräsidenten für die konstruktiven und enge Zusammenarbeit.

Regierungsvizepräsident Dr. Wolfgang Kunert überbrachte in seiner Ansprache die besten Grüße der Regierung von Ober-bayern. „Mit welcher Einsatz-freude die Bürger hier mitgeholfen haben ist beachtlich. Die Puchschlager haben nicht gewar-tet, bis öffentliche Hände begon-nen haben, sondern haben gleich selbst Hand angelegt“, so Kunert. Als „vorbildhaft“ und ein „Gemeindehaus mit Modellcharakter in Zeiten der Finanznot“ bezeich-nete Landrat Hansjörg Christ-mann die Fertigstellung des Ge-bäudes. Er sprach sich ferner für dafür aus, die Interessen wie zum Beispiel Feuerwehr und Schüt-

zenverein zu bündeln, was jedoch noch keine Selbstverständlichkeit sei. Gauschützenmeister Alfred Reiner freute sich, dass ein weite-erer Schützenverein im Gau Da-chau in einem gemeindlichen Ge-bäude untergebracht ist und der Landtagsabgeordnete Blasius Thäter sprach von einer „großarti-gen Leistung des ganzen Dorfes“.

Kreisbrandrat Erwin Zeherer brachte seine Freude für die Wehr zum Ausdruck. Gerade in der momentan schwierigen finanziel-len Lage ist die Fertigstellung ei-nes Feuerwehrhauses etwas Be-sonderes. Neben einer zeit-ge-mäßen technischen Ausrüstung sei auch ein entsprechendes Ge-bäude erforderlich. Feuerwehr-vorstand Hans Ampenberger und Schützenmeister Hans Sturm sprachen allen Helfern großes Lob aus und bedankten sich bei der Gemeinde und Bürgermeister Josef Mederer.

Im Herbst 2001 erfolgte der erste Spatenstich zum Bau des neuen Gemeinde-hauses. Durch die eifrigen Hand- und Spanndiensten ging es nach dem Spatenstich gleich richtig los, so dass noch vor Wintereinbruch die Kellerdecke betoni-ert werden konnte. Der nicht nachlassenden Eigen-leistung war es zu verdan-ken, dass bereits im April 2002 der Dachstuhl aufge-stellt werden konnte. Ber-ücksichtigt man die winter-liche Unterbrechung, kann man im wahrsten Sinne des Wortes von einer „Rekord-bauzeit“ sprechen. Das offi-zielle Hebauf wurde dann gebührend am 26. April 2002, schon im neuen Ge-meindesaal gefeiert. Für die Freiwillige Feuerwehr wurde eine Fläche von 148 Qua-dratmetern und für den Schützenverein „Freiheit“ Puchschlagen eine Fläche von 173 Quadratmetern ge-schaffen. Das Gemeindehaus hat eine Grundfläche von 263 Quadratmetern, an Ge-schossflächen stehen 410 Quadratmeter zur Verfü-gung. Die im ersten Stock und im Dachgeschoss be-findlichen Wohnungen mit 87 und 105 Quadratmetern sind zwischenzeitlich bezo-gen. Der Schützenverein be-kam im Keller acht Schieß-stände. Der Gemeindesaal ist mit Eckbänken, Stühlen und Tischen möbliert. Von der Regierung von Ober-bayern erhält die Gemeinde Schwabhausen für den Be-reich der Feuerwehr einen Zuschuss in Höhe von 60.000 Euro.



Ein toller Vergnügungspark auf dem Burgplatz erwartet die Besucher des Alzenauer Stadtfestes.

Alzenau:

Stadtfest-Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Auf Hochtouren laufen derzeit die Vorbereitungen für das bevorstehende Alzenauer Stadtfest vom 8. bis 11. August. Nach dem großen Erfolg in den vergangenen beiden Jahren haben sich die Veranstalter auch heuer wieder viel einfallen lassen. So wird es an den vier Festtagen im Stadtzentrum hoch hergehen: Live-Bands, Comedy, Fun und Action, spezielle Angebote für Kinder, eine große Show-Bühne auf dem Marktplatz, ein toller Vergnügungspark auf dem Burgplatz und jede Menge Überraschungen erwarten die Besucher.

Wer seinen persönlichen Ner-venkitzel erleben möchte sollte sich die vielen Mitmach-Aktio-nen des Pro-i-Vent-Teams in der Stadtmitte nicht entgehen las-sen: Ob Spacebike, Bungee-Trampolin oder American Rodeo, all' diese Angebote im Rahmen des Alzenauer Stadtfes-tes (mit Ausnahme des Vergnü-gungsparks) sind kostenlos.

Auch der Vergnügungspark auf dem Burgplatz hat in dieser Hinsicht wieder viel zu bieten: Vom „Taumler“ über „Beach Polyp“ bis zum Flug-Simulator „Magic Moon Base“, oder hoch in der Luft im „Top Spin“ werden die Besucher so richtig durchgerüttelt. Wer es hingegen ruhiger mag und noch höher hinaus möchte, dem bietet das Riesenrad einen atemberaubenden Blick über die Stadt und bis in den Kahlgrund.

Fans des Gruseligen finden Vergnügen in der schaurigen Geisterbahn. Übrigens: Am Montag, 12. August ist „Famili-entag“, das heißt: Karussellfahr-ten gibt es dann zu stark redu-zierten Preisen. Auf der Show-

bühne am Marktplatz wird von Stadtfest-Freitag bis -Montag ein abwechslungsreiches Pro-gramm geboten:

Den Auftakt bildet freitags der offizielle Bieranstich durch Bürgermeister Walter Schar-wies. Auch heuer gibt es das tra-ditionelle „Steinbräu“ als Fest-bier. Anschließend folgt der Auftritt des Stargastes Mr. Mid-night. Dann steht die Radio Ga-laxy OpenAir-Disco auf dem Programm.

Liveauftritte

Mit dem Liveauftritt der Band „Soulfire“ wird am Sams-tag die tv touring-Showbühne eröffnet. Im Laufe des Nachmit-tags und Abends geben sich dann auch „John Beton & the five Holeyblocks“, die „Superhel-den“ und zum Abschluss „Tom-my & The Moondogs“ ein Stell-dichein auf der Showbühne.

Am Festsonntag spielt - nach dem Gottesdienst auf dem Marktplatz - „Frank Keller's Acoustic Jam“ zum Frühschop-pen auf. Nachmittags und

Kronacher und Kulmbacher Landkreisbürgermeister:

Traditioneller Ausflug nach Grainau

Die Bürgermeister der Landkreise Kronach und Kulmbach folgten im Mai der Einladung der Raiffeisen-Volksbanken der beiden Landkreise Kronach und Kulmbach zu ihrer mittlerweile traditionellen Informationsfahrt nach Grainau/Oberbayern.

Bereits nach wenigen Kilometern herrschte am ersten Tag, eine ausgelassene Stimmung im Bus des Pressiger Busunternehmens Martin. Der Vorstandsvorsitzende Direktor der Raiffeisen-Volksbank Kronach-Ludwigsstadt, Helmut Wölfel bedauerte in seinem Grußwort, dass einige Gemeindeoberhäupter kurzfristig ihre Teilnahme absagten. Nicht so allerdings der Kulmbacher Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetages, Dieter Oertel, „je weniger Personen wir sind, desto mehr bleibt für uns übrig“.

Fantastisches Panorama

Nach einer eingelegten Pause kam die Reisegruppe am frühen Nachmittag in Grainau an ihren Domizil an. Im Hotel „am Badersee“, ein Haus des Genossenschaftsverbandes Bayerns, fühlte sich jeder Teilnehmer schnell wohl. Bei herrlichem Wetter und umgeben vom fantastischen Bergpanorama startete so mancher zu einem ausgedehnten Spaziergang rund um Grainau, bevor am Abend die Kommunalpolitiker mit „Kulinarischem“ verwöhnt wurden.

Danach stellten die Bürgermeister bei einem Kegelturmier an der hoteleigenen Kegelbahn ihr Können unter Beweis. Knapp und spannend war die Begegnung der beiden Kreisvorsitzenden des Bayerischen Gemeindetages, dem Rugendorfer Bürgermeister Dieter Oertel und dem Stockheimer Gemeindeoberhaupt, Albert Rubel, die letztendlich Albert Rubel für sich entscheiden konnte. Doch als bester Kegler erwies sich der Büroleiter des Landrates und zweiter Bürgermeister der Stadt Ludwigsstadt, Stefan Schneider.

Partizipieren am Erfolg

Nach einem ausgedehnten Frühstück ging es am Samstag vormittag zunächst zum Seminar „Stressmanagement“. Hier nutzte Helmut Wölfel auch die Gelegenheit, einige Zahlen und Daten der Raiffeisen-Volksbanken und der gewerblichen Genossenschaftsbanken der beiden Landkreise Kronach und Kulmbach bekanntzugeben.

Erfreut teilte Wölfel mit, dass die rund 40.000 Mitglieder der Genossenschaftsbank für das Jahr 2002 aus dem erwirtschafteten und versteuerten Gewinn eine Dividende von 1,087 Millionen Euro erhalten. Damit partizipieren diese Bankteilhaber direkt am Erfolg „ihrer eigenen Bank“.

Mit einem Netz von 63 Geschäftsstellen, 48 Geldausgabemaschinen und 63 Kontoauszugsdruckern versorgen die heimischen Raiffeisen- und Volksbanken flächendeckend die Region mit ihren Finanzdienstleistungen und demonstrieren somit zugleich „Lebensqualität durch Nähe“.

Lebensqualität durch Nähe

Genutzt wird dieser Service von immerhin 103.000 Kunden und bereits bis dato werden 8.749 von insgesamt 198.000 Konten über T-Online beziehungsweise Internet geführt.

Auch als Arbeitgeber nehmen die Raiffeisen- und Volksbanken der beiden Landkreise einen hohen Stellenwert ein. Durchschnittlich stehen 361 Mitarbeiter in Arbeit und Brot. Diese betreuen ein Kundenvolumen in Höhe von insgesamt 1,961 Milliarden Euro, der Kronacher Anteil beträgt 153 Milliarden Euro.

Stolz sei er, so Wölfel, dass die Genossenschaftsbanken mit derzeit 21 Auszubildenden zu den bedeutendsten Ausbildern



Bei herrlichem Sonnenschein genossen die Bürgermeister der Landkreise Kronach und Kulmbach sowie der Bankdirektor der Kulmbacher Bank eG, Stephan Ringwald, der Vorstandsvorsitzende der Raiffeisenbank Thurnauer Land eG, Karl-Heinz Schneider, und der Vorstandsvorsitzende Direktor der Raiffeisen-Volksbank Kronach-Ludwigsstadt, Helmut Wölfel, die herrliche Aussicht auf der Zugspitze.
Bild: Veronika Schadeck

in der Region gehören. Auch im September 2003 werden sechs neue Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.

Beachtlicher Beitrag

Aber auch als Wirtschaftsfaktor sind die Genossenschaftsbanken nicht zu unterschätzen. Mit einem Investitionsaufwand von insgesamt 1,6 Millionen Euro leisten diese einen beachtlichen Beitrag zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft in den oftmals strukturell benachteiligten Landkreisen Kronach und Kulmbach.

Wölfel wies darauf hin, dass die Raiffeisen-Volksbanken im Landkreis Kronach 342 Millionen Euro und im Kulmbacher Landkreis 434 Millionen Euro an Krediten ausgeliehen beziehungsweise vermittelt und damit sowohl Privat- und Geschäftskunden unterstützt haben.

Genossenschaftsbanken als Vermögensverwalter

Bezüglich der Funktion der Genossenschaftsbanken als Vermögensverwalter erklärte Wölfel, dass fast jeder dritte Bürger in den beiden Landkreisen, insgesamt 1,185 Millionen Euro, über eine Raiffeisen-Volksbank angelegt hat.

Nach dem Seminar, der ausgiebigen Information durch den Vorstandsvorsitzenden Wölfel und einem ausgedehnten Mittagessen ging es am Nachmittag weiter zu Deutschlands höchstem Berg, der Zugspitze.

zu konzentrieren. Als erste Priorität wurde das Visionsziel „flächendeckende Betreuungsangebote für Kinder von berufstätigen Eltern“ ausgewählt. In der nächsten Sitzung im Herbst 03 werden sich die Ausschussmitglieder dann mit dazu passenden Projektideen befassen und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog erstellen. Es ist beabsichtigt, die Inhalte der bisherigen Arbeit des Familienausschusses dem Jugendhilfeausschuss in seiner Herbstsitzung am 29.10.2003 vorzustellen.

Hohe politische Brisanz

Der Familienausschuss ist ein Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses des Kreistages. Familienausschüsse gibt es in Bayern bisher nur noch in Würzburg und Ulm. Sie beschäftigen sich zukunftsorientiert mit der Situation der Familien vor Ort.

„Angesichts sich auflösender hergebrachter sozialer Strukturen besitzt das Thema Familie gerade heute eine hohe politische Brisanz; darauf wollten wir reagieren“, betont Jugendamtsleiter Helmut Hartwich die besondere Wichtigkeit der Ausschussarbeit.



Der Familienausschuss mit Bamberg Landrat Dr. Günther Denzler (2.v.r.)

Familienfreundlicher Landkreis Bamberg:

Von der Vision zur Wirklichkeit

Der Familienausschuss hat sich grundsätzlich zum Ziel gesetzt, die Lebensbedingungen für Familien des Landkreises Bamberg zu verbessern. Die Ausschussarbeit wurde daher unter das Motto „Mehr Zeit für Kinder - Familie im Zentrum“ gestellt und formulierte als Vision die richtungweisende Frage: „Was ist notwendig, damit der Landkreis Bamberg eine familienfreundliche Region wird?“ Diese Fragestellung war Gegenstand der 2. Sitzung, die vom freiberuflichen Trainer und Berater Helmut Beck aus Bamberg moderiert wurde.

Landrat Dr. Denzler hob in seinen Begrüßungsworten hervor, dass Familienpolitik häufig verkürzt allein als Aufgabe des Staates betrachtet werde. Dabei sei sie ein wichtiger Auftrag für alle Politikbereiche - auch und gerade für die Kommunen, die vor Ort die Lebenswirklichkeit der Familien prägen.

Konkrete Indikatoren

Anhand der formulierten Vision wurden sodann konkrete Indikatoren festgehalten, an denen, eine familienfreundliche Region zu erkennen ist. Das es den Familien dort gut geht, ist nach Auffassung des Ausschusses im Wesentlichen dann festzustellen, wenn folgende Bereiche erfüllt sind:

- ☞ „flächendeckende“ Betreuungsangebote für Kinder von berufstätigen Eltern;
- ☞ ausreichende öffentliche Verkehrsverbindungen, Landkreis - Stadt;
- ☞ ausreichende Informations-, Beratungs- und Begegnungsmöglichkeiten für Eltern und Familien;
- ☞ ausreichende Nutzungsmöglichkeiten von familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen in Betrieben und Behörden;
- ☞ ausreichendes Angebot von Familienberatung, insbesondere auch in Kindergärten und Schulen;
- ☞ ausreichende Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche über das ganze Jahr;
- ☞ ausreichende Akzeptanz von Kindern, z.B. familienfreundli-

- che Gaststätten, kindersichere Spielplätze;
- ☞ Prüfung der Familienverträglichkeit, z.B. bei der Schaffung von Wohnraum;
- ☞ ausreichendes Angebot an Lehrstellen für Jugendliche mit Schulabschluss.

Projektideen

Zur Verwirklichung dieser Ziele stellten die Ausschussmitglieder ihre verschiedenen Projektideen vor, wie z.B. „Netzwerk Ehrenamtlicher zur Betreuung von Kindern in den Gemeinden“, „Aktion - Wie komme ich wieder nach Hause - ?“, „Wettbewerb zur Familienfreundlichkeit in Einrichtungen des Landkreises“, „Anlaufstelle/Infopoint für Familien in den Gemeinden, Kindergärten und Schulen“ u.v.m.

Um in den Lebensbereichen der Familien im Landkreis Bamberg zügig zu ersten wirkungsvollen Ergebnissen zu gelangen, beschlossen die Ausschussmitglieder, sich zunächst auf eines der o.g. Visionsziele

Fachvortrag:

„Stressmanagement kompakt: Im Mittelpunkt steht der Mensch“

Einen wesentlichen Punkt der Bürgermeister-Informationsfahrt nahm der Fachvortrag „Stressmanagement kompakt: Im Mittelpunkt steht der Mensch“ ein. Hierzu konnte der Augsburger Geschäftsführer Motiv-Management-Partner, Ralph Warnatz, als Referent gewonnen werden.

Mit dem Leitspruch „Leben heißt Bewegung. Bewegung heißt Veränderung. Nur wer bereit ist, sich zu verändern, kann auch Dinge bewegen“ stimmte Warnatz auf das Seminar ein.

In der schnelllebigen und sich permanent schneller drehenden Welt wird vieles am Erfolg gemessen. Was ist aber der Erfolg. Was ist Stress und geht man damit um?

In einem kurzweiligen und interessanten Vortrag gab er viele Tipps, wie jeder Einzelne seine Situation verbessern und erfolgreich sein könne. So wies Warnatz darauf hin, dass viele Menschen über Fehler grübeln oder nach Schuldigen für einen eingetretenen Misserfolg suchen. Dabei werde ein Mensch oftmals von negativen Gedanken beherrscht. Vielmehr sollte sich jeder Gedanken machen, was „er“ bewegen könnte, um seinen „Ist-Zustand“ zu verbessern. Denn nur wirksames Handeln und positives Denken, das natürlich mit Mut und Risikobereitschaft verbunden ist, könnten Veränderungen bewirken.

Warnatz wies darauf hin, dass zwar keiner vor Misserfolgen gefeit sei, doch könne dieses Erlebnis auch als Chance für intelligentere Lösungen genutzt werden. Wichtig sei, dass das angestrebte Ziel in kleinen Schritten erfolgt.

Zum Thema Stress und Emotionen wies Warnatz darauf hin, dass 85 Prozent der Emotionen von dem geprägt seien, wie ein Mensch die Dinge innerlich aufnimmt und darstellt. Vieles hänge mit der Physiologie zusammen. Jede Situation und Eingriff ins Leben kann von verschiedenen Seiten beleuchtet und dargestellt werden. Oftmals werde der Mensch dabei vom Unterbewusstsein geleitet.

Da Erfolg auch von einer positiven Erscheinung abhängt, sollte auf ein positives Auftreten geachtet werden. Ein sympathisches und offenes Lächeln, der Augenkontakt oder positive Gesten können dies beflügeln.

Veronika Schadeck

Turniergebrüll und Minnesang

Altmannstein - Eine Zeitreise ins Mittelalter erwartet vom 25. bis 27. Juli die Besucher des Ritterturniers auf Schloss Hexenagger. Burgfräulein bangen mit ihren Rittern, wenn diese sich in glänzender Rüstung zum Turnier begeben.

Das Waffengeklirr wird begleitet vom Klang von Dudelsack, Flöte, Trommel und Schelle der Spielleute. Mitgerissen von der Musik, dem Geruch nach Pferden, Feuer und Eisen und den farbenfrohen Gewändern und Wapen der Ritter, lässt es sich wunderbar mittelalterlich wandeln. Sollte sich ein Besucher angesichts dieser Flut von Eindrücken oder durch Bogenschießen und Steinmetzarbeiten geschwächt fühlen, so schafft der Wunderpre-

diger Abhilfe. Oder man sucht das Badehaus mit Barbierin und Masseurin auf. Viel Zerstreuung liefern auch der Markt, Gaukler und Feuerspucker und Ritterlager mit Vogelfreien und Soldknechten. Den Besucher erwartet ein feuriges Spektakel mit tapferen Rittern, das dem gerecht wird, was im Holland'schen Turnierbuch von 1424 bereits niedergeschrieben wurde: „Die Herren von Hächsenacker sein je und je gewesen wacker“.

20 Jahre Kloster Banz:

Großartiges Markenzeichen politischer Bildungsarbeit

Die Hanns-Seidel-Stiftung hat im Mai das 20-jährige Bestehen des Bildungszentrums Kloster Banz gefeiert. Während etwa 200 geladene Gäste am Vormittag dem Festakt im Kaisersaal beiwohnten, machten am Nachmittag beim „Tag der offenen Tür“ mehrere Tausend Besucher von der Möglichkeit Gebrauch, die Räume des Bildungszentrums Kloster Banz zu besichtigen und sich vom Stiftungspersonal die Seminarräume zeigen und die politische Bildungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung erläutern zu lassen. Dank des strahlenden Sommerwetters glied der Innenhof der Klosteranlage einem Volksfest.

Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Staatssekretär a.D. Dr. h.c. Alfred Bayer, wies in seiner Begrüßungsrede darauf hin, dass mit Kloster Banz, „dem großartigen Zeugnis fränkischer Kultur und Geschichte“, die politische Bildungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Bayern seit 20 Jahren regional auf zwei standfesten Beinen stehe. Kloster Banz sei neben Wildbad Kreuth zu einem Aushängeschild und Markenzeichen politischer Bildungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in ganz Deutschland geworden.

Großartiges Ambiente

Es gebe keine politische Stiftung in Deutschland, der ein derartiges Bildungszentrum mit solch großartigem Ambiente und modernster Ausstattung für ihre Arbeit zur Verfügung steht, wie es die Hanns-Seidel-Stiftung mit Kloster Banz hat.

Gleichzeitig verhehlte Bayer nicht, dass der Unterhalt dieses großen Kulturdenkmals die Stiftung ständig vor immense Herausforderungen stelle. Der finanzielle Aufwand, der für die Erhaltung und Bewirtschaftung notwendig sei, könne nur be-

wältigt werden, wenn auch in Zukunft eine ausreichende öffentliche Förderung gewährleistet sei. Mit der Übernahme von Kloster Banz habe die Hanns-Seidel-Stiftung nicht nur Verantwortung für dieses prachttvolle Kulturdenkmal übernommen, sondern stehe auch in einer großen geschichtlichen und geistigen Tradition, wie Franz Josef Strauß es in seiner Rede anlässlich der Eröffnung des Bildungszentrums ausgedrückt habe. 20 Jahre später dürfe die Stiftung mit Stolz und Dankbarkeit feststellen, dass sie diesem Anspruch als geistiger Orientierungsgeber gerecht geworden ist, betonte Bayer.

Grenzenloses Wirken

An die 7.400 Seminare und Tagungen mit mehr als 440.000 Seminartagen seien in den vergangenen 20 Jahren alleine im Kloster Banz durchgeführt worden: „Diese Zahl macht deutlich, welche große Bedeutung unsere Arbeit hier für die politische Willensbildung hat.“ Auf Grund seines besonderen Ambientes, seines ausgezeichneten Services, seiner vorzüglichen Gastronomie und seiner wun-

derbaren Landschaft biete das Bildungszentrum Kloster Banz beste Voraussetzungen für das erfolgreiche Wirken der Stiftung weit über die Grenzen Bayerns hinaus.

„Für uns alle, denen dieses Kloster Banz am Herzen lag, war die Entscheidung der Hanns-Seidel-Stiftung im Jahre 1978, dieses Denkmals zu erwerben und es zu einer Bildungsstätte von europäischem Rang auszubauen, eine Sternstunde“, erklärte der oberfränkische Bezirksstagspräsident Edgar Sitzmann. Durch einstimmigen Beschluss habe die Oberfrankenstiftung für die Sanierung einen Betrag von 10 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Richtschnur des Handelns

Gemeinsam, so Sitzmann, könne man stolz sein, ein solch, von der reichen Geschichte dieses Klosters getragenes Bildungszentrum geschaffen zu haben, das sich der reichen humanistischen und christlichen Verantwortung dieses Ortes bewusst ist. „Die Hanns-Seidel-Stiftung mit ihrer verdienstvollen Bildungsarbeit ist für uns Garant, dass die christlich-abendländische Kultur auch für die kommende Zeit Richtschnur unseres Handelns sein wird.“

Wie der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Hans Zehet-

mair, betonte, habe sich das ehemalige Kloster Banz seit der Übernahme durch die Hanns-Seidel-Stiftung zu einem Ort des geistig-kulturellen und politischen Meinungsaustauschs in Nordbayern entwickelt. Die Stiftung versuche dabei, die moderne Welt zu interpretieren, sie für alle verständlicher zu machen. Dies gelinge besonders gut im beeindruckenden Ambiente von Kloster Banz, gehöre der majestätische Bau doch zu den herausragenden Leistungen der deutschen Barockarchitektur. Bildhauerkunst, Stuck und Malerei verbindeten sich hier mit der Architektur zu einem beeindruckenden Gesamtkunstwerk und schafften beste Voraussetzungen für politische Bildungsarbeit.

Aktueller Auftrag

Die politische Bildungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung baue auf einem Menschenbild auf, zu dem die freie Entfaltung der Persönlichkeit und ihre Eigenverantwortung ebenso gehörten wie die soziale Verantwortung und die Solidarität. Dieser Auftrag sei gerade in dieser Zeit, in der das Erfordernis von mehr Eigenverantwortung, einer Kultur der Selbstständigkeit und einer aktiven Bürgergesellschaft immer stärker hervortrete, aktueller denn je. Bereits Karl Valentin habe gewusst, dass es schwer ist, Prognosen abzugeben, besonders wenn sie in die Zukunft gerichtet sind. Eine Prognose aber schien Zehetmair ohne Risiko: „Ich bin sicher, dass die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung auch in Zukunft gut und erfolgreich im Interesse vieler Menschen bei uns und in aller Welt sein wird.“ DK

Beckstein verabschiedete dienstältesten Landrat Bayerns:

„Fritz Steigerwald fast Idealbild eines Landrats“

„Nach dem Bild vom idealen Landrat, das mehr oder minder allem vorschwebt, weiß dieser immer und überall Bescheid, ist allgegenwärtig, bei der Arbeit der Erste und in der Freizeit der Letzte, dabei immer höflich und bester Laune - kurz: Er vereint alle Eigenschaften eines Übermenschen und des Normalmenschen in sich. Ich glaube, Dr. Fritz Steigerwald, kam diesem Anforderungsprofil bereits sehr nahe“, lobte Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein bei der Verabschiedung des dienstältesten Landrats in Bayern Persönlichkeit und Verdienste von Steigerwald.

Für dessen 27-jährigen Einsatz zu Gunsten des Landkreises Rhön-Grabfeld und seiner Bürger dankte ihm Beckstein: „Grundsatztreue und ein Gefühl für das Machbare zeichnen Sie aus. Tatkraft und Sorge für das Wohl der Bürger sind weitere Markenzeichen. Damit haben Sie sich großes Vertrauen und Ansehen in der Bevölkerung erworben und den Landkreis entscheidend vorangebracht.“ Beckstein kündigte zugleich an, Steigerwald für dessen Verdienste in der kommenden Woche die Kommunale Verdienstmedaille in Gold zu verleihen. Zugleich gratulierte er Thomas Habermann herzlich zur Wahl als neuem Landrat und wünschte ihm für die künftige Aufgabe „Kraft, Ausdauer und Gesundheit, Erfolg und das Quäntchen Fortune, das selbst der Tüchtige braucht“.

Elan und Weitblick

Zurückblickend würdigte der Minister, dass Steigerwald die großen Gestaltungsmöglichkeiten, die ihm das Amt eines Landrats boten, immer selbstbewusst und erfolgreich genutzt hat. Beispielhaft für seine mit Elan und Weitblick vorangetriebene Aufbauarbeit nannte Beckstein den Umbau und die Erweiterung verschiedener Schulen, die Fertigstellung des Um- und Neubaus am Kreis Krankenhaus Bad Neustadt a.d. Saale, die Beteiligung am Gemeinschaftskraftwerk

Schweinfurt und der Erweiterung der Erdgasversorgung im Landkreis. Ein großes Anliegen war es Steigerwald stets, günstige Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Betrieben und für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Vorausschauend hat er deshalb auch auf den Ausbau des Fremdenverkehrs gesetzt. Zukunftsweisend war die Errichtung der Kreisgalerie in Mellrichstadt sowie die Eröffnung des Fränkischen Freilandmuseums Fladungen. Ein weiteres großes Verdienst war die Hilfestellung für Städtüringen nach der Grenzöffnung, wo er mit Nachdruck den Verwaltungsaufbau gefördert und die enge Zusammenarbeit und Verbindung zwischen den benachbarten Kommunen vorangetrieben hat.

Soziales Engagement

Besonders hob Beckstein auch Steigerwalds Wirken im sozialen Bereich hervor, so als Vorsitzender des BRK-Kreisverbands Rhön-Grabfeld, als Bezirksvorsitzender, stellvertretender Bezirksvorsitzender und Mitglied des BRK-Landesvorstandes Bayern. „Mein ganz persönliches Fazit zur Ihrer Leistung als Landrat lautet: Das Wort vom Beruf als Berufung trifft bei Ihnen in besonderer Weise zu. Dabei haben Sie hartnäckig getreu Ihrem Motto „Wenn man will, geht alles“, so manche Maßnahmen durchgesetzt, die auf den ersten Blick nicht machbar erschienen.“

Schiienenanbindung an Flughafen nimmt Hürde

Ostbayern, die mit dem Zug auf schnellem Weg zum Münchner Flughafen reisen wollen, sind ihrem Ziel ein Stück näher. Die bessere Schienenanbindung Niederbayerns und der Oberpfalz an das Flugverkehrs-Kreuz hat eine wichtige Hürde genommen: Das bayerische Umweltministerium gab bekannt, dass das Raumordnungsverfahren für die drei geplanten Varianten abgeschlossen ist.

Wie der Koordinator der Initiative „Pro Marzlinger Spange“, Peter Bartheit, Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbandes Landshut, hierzu erklärt, ist das Ergebnis der landesplanerischen Überprüfung für den Fern- und Regionalbahn-Anschluss Ostbayerns an den Flughafen München als positiv zu bewerten. Die drei Trassenalternativen „Marzlinger Spange“, „Pullinger Spange“ und „Neufahrner Kurve“ seien unter Beachtung von Maßgaben mit den Erfordernissen der Raumordnung in Einklang zu bringen.

Zeitlich attraktives Angebot

Die beiden Varianten „Marzlinger Spange“ und „Pullinger Spange“ beeinträchtigten wegen der Durchquerung der Isarauen Natur und Landschaft. „Diese negativ und von mancher Seite über Gebühr bewerteten Belange wiegen als Gegengewicht die hohe Bedeutung mit der damit verbundenen Wirkung einer funktionsgerechten Schienenanbindung des nord- und ostbayerischen Raumes an den Flughafen auf.“ Dieser Aspekt wird laut Bartheit im Fall der „Marzlinger Spange“ noch verstärkt. Sie sei die einzige Variante, die eine auf Dauer direkte Durchbindung der Fern- und Regionalverkehre gewährleisten würde. Dadurch ermöge die „Marzlinger Spange“ ein zeitlich attraktives Angebot.

Mittlerweile kristallisierte sich eine klare Präferenz für die „Marzlinger Spange“ heraus. Ein transkontinentaler Flughafen von der Bedeutung

50 Jahre Markterhebung Wallersdorf

Mit Urkunde vom 2. September 1953 wurde Wallersdorf vom Bayerischen Staatsministerium des Innern das Recht verliehen, die Bezeichnung „Markt“ zu führen. Vor 50 Jahren kam das Wirtschaftswunder langsam in Schwung. Die Markterhebung wurde damals bereits gebührend gefeiert.

Prächtiger Festzug

50 Jahre später, am 13./14. Juli 2003, wurde das Jubiläum „50 Jahre Markterhebung Wallersdorf“ mit einem prächtigen Festzug und einem Bürgerfest auf dem zwischenzeitlich neu gestalteten schönen Marktplatz begangen. Der Festzug, an dem sich die Vereine und Gewerbebetriebe mit Festwägen und Fußgruppen beteiligten, gestaltete sich zu einem großen Ereignis, dem Tausende von Besuchern beiwohnten. Im Anschluss eröffnete Bürgermeister Helmut Wimmer im Beisein von Staatsminister Erwin Huber das Bürgerfest. Zwei Tage lang wurde nach Herzenslust gefeiert. Die Bürger der Großgemeinde Wallersdorf haben mit diesem Festzug und dem Bürgerfest Gemeinschaftsgefühl demonstriert, sie können mit Recht stolz auf ihren Markt und ihre erbrachten Leistungen sein.

Margit Wimmer

Münchens brauche eine schnelle und attraktive Schienenanbindung aus einem Raum, der nicht nur Ostbayern, sondern auch die angrenzenden Regionen in Böhmen und Oberösterreich umfasst. Der Effekt der Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene werde vom Umweltministerium so hoch eingeschätzt, dass der begrenzte Eingriff in ein FFH-Gebiet zu rechtfertigen sei.

Peter Bartheit: „Die Initiative „Pro Marzlinger Spange“ fordert die zuständigen Stellen von Bund, Land, und der DB Netz AG auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die effektivste Schienen-Anbindung finanziell und planerisch schnell in die nächsten Phasen ihrer Verwirklichung treten kann.“ DK

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Jens Korn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Nürnberg:

Nachwahlen zum CSU-Fraktionsvorstand

Durch die Wahl des bisherigen CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Klemens Gsell zum Bürgermeister der Stadt Nürnberg wurden Nachwahlen zum Fraktionsvorstand erforderlich. Die CSU-Stadtratsfraktion hat daraufhin bei ihrer jüngsten Sitzung Stadtrat Michael Frieser zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Der 39-jährige Rechtsanwalt gehört dem Stadtrat seit 1990 an und war zuletzt einer der stellvertretenden Vorsitzenden. An seiner Stelle wurde Kilian Sendner, der bisher schon dem Fraktionsvorstand angehörte, zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Für ihn rückt Stadtrat Alexander Pfadenhauer in den Fraktionsvorstand nach.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind weiterhin Franz Gebhardt, Hans Paul Seel und Claudia Thoma. Die Neugewählten treten ihr Amt zum 1. Oktober an und sind wie der gesamte Fraktionsvorstand für die erste Hälfte der laufenden Wahlperiode bis 2005 gewählt. Michael Frieser verspricht die erfolgreiche Arbeit seines Vorgängers zielstrebig und kontinuierlich fortzuführen und die Positionen der CSU im Stadtrat klar und überzeugend zu vertreten.

Landkreis Schweinfurt verleiht Jugendkulturpreis 2004

Um die Kinder- und Jugendkulturarbeit zu fördern, verleiht der Landkreis Schweinfurt - Kommunale Jugendarbeit - für beispielhafte Aktivitäten in diesem Bereich den Jugendkulturpreis mit attraktiven Geldpreisen (1. Preis 500 Euro und die Jugendkulturprämie, 2. Preis 250 Euro und 3. Preis 130 Euro).

Das Thema 2004 ist Kunst mit den Bereichen: Malen, Künstlerisches Gestalten mit unterschiedlichen Materialien (Ton, Gold- und Silbermiedien, Keramik, Speckstein...), neue Techniken (Airbrush, Patchwork ...)

Alle Gemeinden, Märkte und die Stadt Gerolzhofen sowie ihre Vereine und Verbände der Jugendarbeit und Jugendinitiativen sind aufgefordert, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Pro Gemeinde kann nur eine Aktion bei der kommunalen Jugendarbeit eingereicht werden. Das heißt, dass alle Vorschläge der

möglichen Wettbewerbsteilnehmer bei der Gemeinde gesammelt werden und dann gemeinsam entschieden werden soll, welche Aktion teilnimmt. Empfehlenswert für den Wettbewerb wäre ggf. auch eine Kooperationsaktion mehrerer möglicher Teilnehmer.

Ist die Entscheidung für eine Aktion gefallen, soll die vom Teilnehmer ausgefüllte Anmeldung bis spätestens 30.09.2003 an die Kommunale Jugendarbeit zurückgeschickt werden. Informationen bei der eigenen Gemeinde oder der Jugendarbeit, Tel.: 09721/55-507.



Die neuen Mitglieder des Schloss-Kuratoriums. V. l. n. r.: Sabina Heidecke, Franz Nett, Ottmar Tinkl, der neue Vorsitzende Christian Meier, Altlandrat Otto Ammon, Toni Eckert und Annette Prechtel. Bild: fpo

Jahreshauptversammlung Kuratorium Schloss Hundshaupten e. V.:

Wechsel an der Spitze

Hundshaupten (fpo) - An der Spitze des Kuratoriums Schloss Hundshaupten e.V. hat es einen Wechsel gegeben. Bei der 9. Vollversammlung seit der Gründung des Vereins im Jahr 1999, kandidierte Altlandrat Otto Ammon nicht mehr für dieses Ehrenamt. Zum Nachfolger wurde Kreisrat Christian Meier (CSU) gewählt. Er ist als Bürgermeister von Egloffstein zuständig für den Gemeindeteil Hundshaupten. Auch der zweite Vorsitzende Professor Clemens Renker machte den Platz frei. Landrat Reinhardt Glauber (FW) wurde zum Nachfolger gewählt.

Bei der Versammlung wurden als neue Mitglieder des Kuratoriums die Kreistagsmitglieder Annette Prechtel (Grüne), Ludwig Brütting (Freie Wähler) und Ottmar Tinkl (SPD) aufgenommen. Das Gremium zählt damit 64 Mitglieder.

Die Zahl der Beisitzer wurde von bisher zwei auf sechs auf acht erhöht. Zu den bisherigen Beiräten Hanna Fahlbusch und Franz Nett kamen neu in den vergrößerten Beirat die genannten neuen Mitglieder und Vizelandrat Gregor Schmitt sowie der Ebermannstädter Bürgermeister Kreisrat Franz Josef Kraus, beide CSU. Altlandrat Otto Ammon arbeitet weiterhin im Beirat mit.

Für die bisherige gute Mitarbeit wurde Dank und Anerkennung dem seitherigen stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Renker und dem Kassenprüfer Dr. Ernst Rehm zuteil.

Neu wurde als Kassenprüferin Sabina Heidecke gewählt. Im Hinblick auf die kommenden wachsenden Aufgaben wurde die Vergrößerung des Beirates als sinnvoll erachtet.

„Als wir das Kuratorium 1995 gründeten, war es unser Ziel, ein Nutzungskonzept für das Schloss zu erstellen und umzusetzen“,

Zukunftskonzept für Regensburg

Umweltminister Werner Schnappauf, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger und Landrat Herbert Mirbeth haben beschlossen, für den Großraum Regensburg ein Entwicklungskonzept erarbeiten zu lassen. „Regensburg ist wichtiger Impulsgeber für die Entwicklung des umgebenden ländlichen Raums“, betonte Schnappauf nach der Entscheidung, ein Teilraumgutachten für den Großraum Regensburg in Auftrag zu geben.

Mit rund 200.000 Euro wird das von Wirtschaftsexperten sowie Landschafts-, Siedlungs- und Verkehrsplanern zu erarbeitende Gutachten veranschlagt. Die Hälfte der Kosten trägt das Ministerium, ein Viertel die Stadt Regensburg und ein weiteres Viertel der Landkreis Regensburg mit den beteiligten Kommunen. Bis Ende 2004 soll das Gutachten vorliegen.

Städte mit zentraler Funktion, Stadt-Umlandbereiche und der ländliche Raum sind in der Landesentwicklung die maßgeblichen Funktionseinheiten. Ihr Zusammenspiel ist nach den Worten Schnappaufs maßgeblicher Impulsgeber für eine zukunftsfähige Entwicklung einer Region. In einer immer größer werdenden Europäischen Gemeinschaft und einer zunehmenden Globalisierung muss innerhalb

betonte der Altlandrat in seinem letzten Bericht als Kuratoriumsvorsitzender. Dieses beinhaltet im wesentlichen einen Museumsbetrieb, eine Konzertreihe und die repräsentative Nutzung. Der Eigentümer Landkreis Forchheim und das Kuratorium haben darüber einen Vertrag geschlossen und sich bis auf den heutigen Tag an die Erfüllung dieses Vertrages gehalten, so Otto Ammon. Dies besage auch, dass der Kreis als Gegenleistung den Betrag von 15.000 Euro im Haushalt als Zuschuss für die Nutzung jährlich vorsieht.

Notwendiges Nutzungskonzept

Der Altlandrat stellte generell fest, dass das Nutzungskonzept nicht nur für die Besucher selbst erfolg- und ereignisreich, sondern auch für das Schloss als historische Liegenschaft von höchster Wichtigkeit war. Nur ein Gebäude, das eine adäquate Nutzung erfährt, habe eine Chance, auf Dauer die Zeiten zu überstehen.

Der Einbau einer Temperieranlage sei ein Meilenstein in der Konservierung der Burganlage gewesen. Ein weiterer Meilen-

stein wäre die Umsetzung des Konzeptes von Leaderplus im Rahmen einer EU-Fördermaßnahme. Dadurch würde die Attraktivität erheblich gesteigert und aufgewertet, aber auch die Bausubstanz auf einige Zeit konserviert werden können. Dies gilt für den Westflügel, aber auch vor allem für die vom Einsturz bedrohte obere Scheune.

Als besondere Sponsoren für die Schlossanlage hob der Altlandrat den Kreistag Forchheim, die Sparkasse Forchheim und die Baur-Stiftung unter dem früheren Regierungspräsidenten Wolfgang Winkler hervor.

Mit der Übertragung des Schlosses durch Baronin von Pölnitz sei der Kreis eine erhebliche Verpflichtung eingegangen. Es gelte auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten, zu diesen einmal eingegangenen Zusagen zu stehen.

Wichtiger Kulturstandort

Über diese moralische Verpflichtung hinaus habe sich das Schloss als wichtiger Kulturstandort im Landkreis Forchheim erwiesen und erfülle somit auch eine wesentliche kulturpolitische Funktion. Auch die Grünenkreisrätin Annette Prechtel unterstrich die kulturelle Bedeutung der Schlossanlage für den Tourismus, ebenso Kreisrat Wolfgang Tinkl.

Geschäftsführer Anton Eckert meinte: „Was wäre die Fränkische Schweiz ohne die Basilika Gößweinstein, Burg Pottenstein oder neuerdings ohne Schloss Hundshaupten?“ Die entsprechenden kulturellen Einrichtungen hätten eine positive Auswirkung auch auf die wirtschaftliche Entwicklung des Raumes.

Teilgastronomie geplant

Der Kulturreferent des Landkreises Forchheim, Toni Eckert, will das bisherige Programm im wesentlichen so beibehalten. Geplant ist eine ständige Ausstellung über die Burgen in der Fränkische Schweiz. Gedacht ist auch an eine Teilgastronomie, eine Art Museumscafé, denn eine fehlende Gastronomie sei nicht gut. Bekanntlich wurde vor einigen Jahren der berühmte Brauereigasthof Pöhlmann in Hundshaupten aus privaten Gründen geschlossen. Um bei Regen nicht abrechen zu müssen, denkt Eckert auch an eine Schutzmöglichkeit des Innenhofes des Schlosses. Der Kulturmanager des Landkreises möchte auch Veranstaltungen im Winterhalbjahr ermöglichen.

Großes Lob wurde Altlandrat Otto Ammon schließlich für seine Verdienste um die Landkreis-kultur über seine Amtszeit hinaus zuteil.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wer nicht wirbt, der stirbt. Das wussten die Kramladlbesitzer schon zu Zeiten, als man den gesunden Menschenverstand noch nicht durch das Betriebswirte-Kauderwelsch von trendigen Beraterfirmen ersetzt hatte.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las kopfschüttelnd den Entwurf eines Stadtratsantrags von Fanny Bacher, der die Einschränkung der städtischen Öffentlichkeitsarbeit zum Ziel hat.

Man muss sowieso aufpassen, dass man beim Stichwort „Public Relation“ oder kurz PR nicht verschiedene Dinge in den gleichen Sack steckt. Einerseits die überlebenswichtige Werbung um Investoren, Ansiedlungswillige und Touristen, denen wir unsere schöne Altstadt, die Kneipen, Restaurants, und Hotels zeigen wollen. Es mag ja hie und da noch Leute geben, die meinen, man könne wie die Spinne in ihrem Netz warten,



startet. Dann erscheint jedes halbe Jahr der „Bürgerbrief- was wo wann in der Stadt erledigt werden kann“, eine Art Behörden-Wegweiser und Veranstaltungskalender, der kostenlos an jeden Haushalt verteilt wird und den ein Vorwort des Bürgermeisters zielt. Und schließlich die Schreiben an bestimmte Personengruppen: Neubürger werden schriftlich begrüßt, Eltern zur Geburt des

Nachwuchses gratuliert, Geburtstage ab dem 60. mit einem Schreiben und ab dem 75. mit einem kleinen Präsent begangen, Eltern von Erstklässlern erhalten aufmunternde Worte ebenso wie Fahranfänger usw. Das ist zwar etwas aufwendig, hat aber riesige Wirkung.

Jedenfalls aasen wir nicht so wie die Bundesregierung, die das Geld, das sie für das Vorziehen der Steuerreform bräuchte, an Werbeagenturen und Zeitungen verteilt, um in immer skurrileren Anzeigen für längst ausgelutschte Projekte zu werben. Auch hat der Bürgermeister noch nie seine Haushaltsrede als Buch drucken und an Gott und die Welt verschicken lassen, so wie kürzlich ein einflussreicher Kommunalpolitiker, der in eindrucksvollen Worten den finanziellen Niedergang seiner Kommune beschrieb und weiß der Kuckuck wie viele Adressaten per Postsendung an der Not Anteil nehmen ließ.

Was wir jetzt mit der armen Fanny machen? Ganz einfach, der Bürgermeister wird sie überzeugen, dass dieser Antrag in den Papierkorb gehört und ihr einen anderen geben, der sich mit der Optimierung der EDV-Nutzung im Meldewesen beschäftigt. Da ist auch Einsparpotential drin und die Bacher wird sich bei der mündlichen Antragsbegründung blamieren, weil sie davon nix versteht. Augenzwinkernd lege ich meinem Chef ein Kalenderblatt mit einem Satz des früheren britischen Premierministers Sir Anthony Eden hin: „Jeder ist immer für allgemeine Sparsamkeit und besondere Ausgaben.“

Wer nicht wirbt, der stirbt

bis die Leute zu einem kommen. Aber diese Typen haben die Mediengesellschaft verschlafen und meinen, das Wort Internet habe was mit den Intercityzügen der Bahn zu tun. Nein, jeder Euro den man in clevere und Aufmerksamkeit erregende Werbung für seine Kommune steckt, ist gut angelegtes, ertragreiches Geld. Das wird man der fixen Fanny klar machen können, denn mit ihrem Freund Hajo Klein hat sie ja wirtschaftlichen Sachverstand an ihrer Seite.

Anders mag man es mit der städtischen PR halten, mit der eine mehr oder weniger dezente Werbung für den Bürgermeister verbunden ist. Und darauf zielt die dumme Kuh ab, wenn sie unter dem Deckmäntelchen eines Einsparungsvorschlags in Zeiten leerer Kassen bei der Öffentlichkeitsarbeit 10% streichen will. Dabei sind wir sowieso Waisenknaben, was die Eigen- und Selbstdarstellung des Bürgermeisters angeht. Eigentlich beschränken wir uns auf drei Bereiche: Den städtischen Internetauftritt, der selbstredend mit einem Grußwort vom Chef

The Sabina

Neue Anlaufstelle an Uni Würzburg

Bezirk Unterfranken fördert Dialektinstitut mit 70.000 Euro

Unterfranken ist für Dialektforscher die interessanteste Region in ganz Bayern. Dies liegt an der so genannten „Appel-Appel“-Sprachlinie, die quer durch den Spessart verläuft. Die zahlreichen ostfränkischen, rheinfränkischen und hessischen Dialekte in Unterfranken zu erforschen und Informationen über Dialektausdrücke und Schreibweisen von Dialektwörtern der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, ist Aufgabe des Unterfränkischen Dialektinstituts (UDI), das an der Universität Würzburg gegründet wurde. Vor allem Mundartautoren, Heimatpfleger, Journalisten, Mundartliedermacher, „Dialektrock“ und Politiker sollen von dem neuen Institut profitieren, erläuterte Projektleiter Professor Dr. Norbert Wolf.

Großer Wert wurde außerdem auf die Zusammenarbeit mit unterfränkischen Volksschullehrern gelegt. Auskünfte zu Fragen rund um den unterfränkischen Dialekt gibt es laut Wolf in Kürze sowohl über ein Mundart-Telefon als auch über einen elektronischen Mundart-Briefkasten.

Nach Auskunft des Sprachwissenschaftlers führt das unterfränkische Dialektinstitut die insgesamt zwölfjährige, im vergangenen Jahr abgeschlossene Arbeit, am Sprachatlas von Unterfranken fort. Die zahlreichen Tonbandaufzeichnungen und Schwarz-Weiß-Fotos zu alten landwirtschaftlichen Gerätschaften, die während der Recherchen am Sprachatlas zusammengetragen wurden, sollen digitalisiert, elektronisch archiviert und allen Interessierten zugänglich gemacht werden.

Nach Wolfs Angaben wurde für die Atlanten selbst nur etwa 60 Prozent des zusammengetragenen Sprachmaterials verwendet - ohne das neue Institut würden die Daten in Archiven verschwinden. Forscher wollen Jugendinterviews wie der Projektleiter mitteilte, besteht eine weitere Aufgabe des vom Bezirk Unterfranken mit knapp 70.000 Euro geförderten Instituts darin, die zahlreichen in unterfränkischen Dörfern existierenden Mundart-

Kompetenz an deutschen Hochschulen verschwendet werde, weil Drittmittel-Projekte auslaufen und keiner die in den Projekten gewonnenen Daten und Informationen weiter pflegt.

Beim unterfränkischen Dialektinstitut gehe es konkret um die Pflege von rund 364000 Datensätzen, die im Zuge der zwölfjährigen Forschungsarbeit am unterfränkischen Sprachatlas in 182 unterfränkischen Orten erhoben wurden.

Pat Christ

Urgeschichte zum Anfassen

Solnhofen - Die Sommerausstellung „Der Traum Solnhofen, neue Fossilfunde aus Painten“ im Bürgermeister-Müller-Museum schlägt die Brücke zwischen Wissenschaftlern und Laien. Es wird deutlich gemacht, wie nach den Versteinerungen der Tiere gesucht wird, die vor Urzeiten diese Erde bevölkerten. Die Ausstellung zeigt, wie die Funde fachgerecht geborgen und präpariert werden. In Painten, einer der klassischen Fundstätten im Altmühljura, förderten die Wissenschaftler fantastische Neufunde zu Tage. Die Ausstellungsstücke lassen somit eine farbenprächtige Welt mit Flugsauriern, Schildkröten, Schmelzschuppenfischen und Seiegeln wieder auferstehen. Die Ausstellung dauert bis zum 2. November. Vor allem für Familien mit Kindern bieten sich zudem die 2. Solnhofener Fossilientage am 9. und 10. August an.

Vorurteil widerlegen

Für den Sprachatlas wurden dem Linguisten zufolge ausschließlich betagte Dorfbewohner zu überlieferten Dialekten befragt. Mit den nun anstehenden Interviews von jungen Menschen auf den Dörfern wollen die Würzburger Sprachwissenschaftler das verbreitete Vorurteil widerlegen, dass Dialekte in Unterfranken vom Aussterben bedroht sind. Die Arbeit am Sprachatlas zu beenden, ohne ein Nachfolgeprojekt aus der Taufe zu heben, hätte laut Wolf „allen Regeln der ökonomischen Vernunft widersprochen“.

Der Lehrstuhlinhaber kritisierte in diesem Zusammenhang, dass viel zu häufig finanzielle Mittel und wissenschaftliche

CSU-KPV Neustadt a.d. Aisch/Bad Windsheim:

„Entbürokratisierung schafft mehr Bürgerservice“

„Die Ergebnisse der so genannten Henzler-Kommission enthalten eine ganze Reihe positiver Ansätze zur Effizienzsteigerung in den Verwaltungen und geben der Serviceorientierung neue Impulse“, so der Kreisvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (Neustadt a. d. Aisch/Bad Windsheim), Peter Müller, in Übereinstimmung mit CSU-Kreisvorsitzendem und Bürgermeister Hans Herold.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hatte im Dezember vergangenen Jahres eine Deregulierungskommission unter Leitung von Professor Henzler, dem ehemaligen Chef von McKinsey-Deutschland eingesetzt. Jetzt soll alles, was landesrechtlich möglich ist, schnellstmöglich umgesetzt werden.

Auch wenn bayerische Verwaltungen „einen hervorragenden Ruf“ hätten, müsse der Gesetzgeber den vielen Ideen zum Abbau unnötiger Bürokratie, die auch von Verwaltungsmitarbeitern selbst kämen, einen rechtlichen

Rahmen geben. Müller: „Bürokratieabbau spart nicht nur Kosten und Zeit, sondern führt auch zu mehr Innovation bei den Unternehmen und schon die Nerven der Menschen.“ Und „weniger Staat“ würde auch mehr Freiheit für alle bedeuten.

Positiv bewerten CSU und KPV, dass die bei Verwaltungen künftig wegfallenden Stellen verstärkt zum Beispiel für die Bereiche Bildung und Sicherheit zur Verfügung stünden.

Nach den Plänen der CSU sollen künftig Verwaltungsdienstleistungen speziell für Unternehmen

nach dem Prinzip „alles aus einer Hand“ angeboten werden. Eine einzige Anlaufstelle als Ansprechpartner beispielsweise für Betriebsgründungen oder Bauvorhaben bringe nicht nur Zeit- und Kostenersparnis. Dieses Verfahren beschleunige auch das Vorhaben als solches, was wiederum angesichts des internationalen Wettbewerbs entscheidend sein könne.

Stark macht sich die KPV auch für ein weiteres Ziel: In wenigen Jahren sollen alle Dienstleistungen, bei welchen dies möglich ist, online abgewickelt werden können. „Wir wollen den konsequenten Ausbau des e-Government“, meint Peter Müller aus Wilhelmsdorf. „Wir wollen aber auch, dass für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die den persönlichen Kontakt bevorzugen, der Service ‚von Mensch zu Mensch‘ erhalten bleibt“.

Vorgesehen seien ferner Vereinfachungen bei der technischen Arbeitssicherheit, die Reduzierung von Statistiken und Verwaltungsabbau für die Landwirtschaft. „Die Kommunalpolitiker freuen sich schon auf weniger

Standards und Vorschriften, und ganz besonders freuen sie sich auf mehr Pauschalierungen im Finanzausgleich und im Förderrecht“. Für Hans Herold und Peter Müller böte die geplante Deregulierung „neue Chancen für noch mehr Bürgerservice“. pm

Bürgermeister-Wahlen

Bei der Bürgermeister-Stichwahl in Büchenbach, Landkreis Roth, ist Amtsinhaber Lunz (CSU) abgewählt worden. Freie Wähler-Kandidat Bauz kam auf 51,62 Prozent, für Lunz stimmten 48,38 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 75 Prozent. Das Landratsamt Roth hatte die Wiederholung der Wahl vom 3. März 2002 angeordnet, weil es in einem Altenheim das Wahlgeheimnis verletzt sah. Bei der Wiederholungswahl vor zwei Wochen hatte kein Kandidat die absolute Mehrheit erzielt.

In Miesbach behielt CSU-Kandidatin Ingrid Pongratz mit 58,48 Prozent die Oberhand gegenüber dem SPD-Kontrahenten. Die Wahl wurde wegen des Todes des langjährigen 1. Bürgermeisters, Dr. Gerhard Maier, notwendig. In der Gemeinde Hohenwarth, Landkreis Cham, wiederum siegte Xaver Gmach (BdG) mit 61,93 Prozent. Josef Schmid (CSU-FWG) erreichte 38,07 Prozent der Stimmen. DK

Gymnasium Pegnitz ein EU-Zentrum?

Die oberfränkische Stadt Pegnitz lockte wiederum zum traditionellen Wirtschaftstag - heuer erstmals im neuen Feuerwehrhaus - viele Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Kirche an. Über 200 Gäste waren gekommen, um sich über die Aufgaben der Region zu informieren und den Gedankenaustausch zu pflegen.

Die angespannten Gemeindefinanzen bestimmten auch den Wirtschaftstag 2003 in Pegnitz. Doch Bürgermeister Manfred Thümmler gibt nicht klein bei. So hält er die Schaffung eines Pegnitzer Freizeitzentrums für dringend nötig. Hierzu konterte der Bayreuther Landrat Dr. Klaus-Günter Dietel: „Ihr dürft ein Freizeitzentrum bauen, aber es darf keine Konkurrenz zu meiner Therme in Obersees sein.“

Bürgermeister Thümmler forderte die Wiederherstellung des Niveaus der Gewerbesteuerumlage aus dem Jahr 2000. Durch die Einbrüche auf diesem Gebiet, durch den kaum mehr finanzierbaren Solidaritätsbeitrag für die neuen Bundesländer in siebenstelliger Höhe, fehlten der Stadt 900.000 Euro für Investitionen. Dies bedeute einen herben Verlust für die heimische Wirtschaft, denn schließlich sei die Stadt für die heimische Wirtschaft der größte Bauherr.

Manfred Thümmler hofft auf die Verwirklichung des geplanten Poser-Centers und auf die An-

siedlung von Angehörigen der US-Army auf der Steinplatte.

Lob zollte das Stadtoberhaupt dem ehemaligen Direktor des Gymnasiums Pegnitz, Herbert Scherer, der 30 Jahre an diesem Bildungszentrum arbeitete. Thümmler kann sich vorstellen, dass dieses Gymnasium angesichts seiner exponierten Lage nach der EU-Osterweiterung zu einem EU-Zentrum wird.

Wie Thümmler und IHK-Geschäftsführer Joachim Hunger ging auch der evangelische Dekan Dr. Gerhard Schoenauer bei einem gemeinsamen Gebet mit dem katholischen Dekan Franz Reus auf das wichtige Thema Ausbildung ein. Unternehmer würden gerne ehrenamtliches Engagement belohnen. Dies bewiesen zahlreiche Gutachten, die er für junge engagierte Leute in der Kirchengemeinde schreiben durfte. „Fast alle sind untergekommen“ freute sich Schoenauer. Die Krise werde besonders deutlich durch die zunehmende Zahl von Menschen in Not, die bei der Kirche um Hilfestellung bäten. fpo

Vorschau auf GZ 17

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 17, die am 4. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ Umwelt- und Abfalltechnik, Altlastensanierung
- ◀ Wasserversorgung - Wasserentsorgung
- ◀ Kommunale Museen